

I INTRO

jung. grün. stachlig. – So lautet das Motto der GRÜNEN JUGEND. Doch wir sind weit mehr, als diese drei Worte abbilden können. Unser Verband ist vielfältig, voller unterschiedlicher Menschen und Ideen. Dennoch sind sie Ausdruck unserer Politik:

jung. – weil wir Teil der jungen Generation sind, die sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzt, die Teilhabe an politischen Prozessen wahrnimmt und einfordert, und die keine Lust auf althergebrachte Denkmuster und festgefahrene Strukturen hat. Unsere Generation wird oft als egoistisch, politikverdrossen und angepasst beschrieben. Wir aber kommen zur GRÜNEN JUGEND, um gemeinsam etwas zu bewegen!

grün. – weil wir aus der Tradition der grünen Bewegungen kommen. Die zunehmende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist einer der Gründe, weshalb wir politisch aktiv sind. Dabei bedeutet „grün“ für uns mehr als Umweltpolitik. Wir sind ökologisch, sozial, basisdemokratisch, emanzipatorisch, antirassistisch, antinational, gewaltfrei, globalisierungs- und kapitalismuskritisch und denken global!

stachlig. – weil wir unbequem sind, den Finger in die Wunde legen und Ungerechtigkeiten anprangern. Wir wollen mehr als nur Denkanstöße geben und auf Probleme aufmerksam machen. Wir finden uns nicht ab mit einfachen Antworten oder gut gemeinten Kompromissen. Wir stellen die herrschende Politik kritisch in Frage und entwickeln Visionen für eine bessere Welt!

All dies macht uns als GRÜNE JUGEND aus. Aber was heißt das konkret? Was für ein Politikverständnis leitet sich daraus ab? Unser Denken und Handeln ist geprägt von der Erkenntnis, dass das Private politisch und das Politische auch privat ist. Wir setzen uns ein für eine andere Politik, aber auch für aktive Veränderungen in der Gesellschaft. Wir bleiben nicht auf der theoretischen Ebene, sondern handeln auch unseren Überzeugungen entsprechend. Wir blockieren Naziaufmärsche, befreien Menschen und Natur von Atom-, Kohle- und Gendreck, protestieren gegen Sozialabbau, werben für Fairen Handel, organisieren Seminare und fordern Frauen auf Banden zu bilden. Wir leben Gleichberechtigung, Toleranz, demokratische Partizipation, Transparenz und Offenheit in unseren Strukturen und unserer Arbeit.

Wir glauben weder daran, dass der Staat alle Probleme lösen kann, noch dass der Staat automatisch alles schlechter macht. Unsere Politik arbeitet mit den Widersprüchen, die es in der Gesellschaft gibt. Wir stehen dem Staat kritisch gegenüber und wissen, dass der Staat kein neutraler Akteur in gesellschaftlichen Konflikten sein kann. Staatliche Strukturen sind immer auch ein Ausdruck von Herrschaft und Kräfteverhältnissen. Aber wir wollen den Staat für politische Projekte nutzen und sind uns bewusst, dass er eine entscheidende Rolle spielt bei der Umsetzung unserer Ideen. Politik ist für uns weit mehr als das Organisieren parlamentarischer Mehrheiten. Ohne gesellschaftliche Mehrheiten, ohne den Rückhalt der Menschen, wird kein politisches Programm jemals umsetzbar sein – und sei es noch so gut.

Deswegen wollen wir nicht einfach Parlamente und Regierung, den Staat und die Macht kapern. Wir setzen uns gemeinsam mit den Menschen für den ökologischen und sozialen Aufbruch und die grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Strukturen ein. Die GRÜNE JUGEND ist kein Parteikader, politisches Engagement erschöpft sich für uns nicht in der

Partei- und Verbandsarbeit. Wir sind in zahlreichen außerparlamentarischen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv, auch auf globaler Ebene. Wir stehen der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahe, sind aber ein unabhängiger Jugendverband und entscheiden selbst über unsere politischen Positionen – im Zweifel auch im Konflikt mit der Partei. Wir sind nicht das Gewissen der Partei, sondern eine eigenständige politische Akteurin. Als politischer Jugendverband sind wir damit Teil einer linken und emanzipatorischen Bewegung.

Alltagspolitik ist wandelbar, aber unsere Grundsätze und unsere Vision von einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Welt sind die unerschütterlichen Leitlinien unseres politischen Handelns. Gleichzeitig sind sie eine Einladung an alle jungen Menschen, die sich damit identifizieren können und sich uns anschließen wollen. Damit wir auch in Zukunft jung. grün. stachlig. bleiben. Unser Selbstverständnis ist unterteilt in drei große Bereiche, in denen wir für politische und gesellschaftliche Veränderungen streiten: Ökonomie & Ökologie, Demokratie & Gesellschaft und Globale Gerechtigkeit. Sie betreffen unseren Umgang mit der Natur, unsere Wirtschaftsweise, das Zusammenleben in der Gesellschaft, die radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche und die globale Perspektive unseres Handelns. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen der Mensch als Individuum und die Umwelt als unsere Lebensgrundlage. Wir wollen Freiheit und Gerechtigkeit in Einklang bringen und so ein solidarisches und selbstbestimmtes Leben für alle in der Gesellschaft ermöglichen. Wir wollen ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftssystem jenseits kapitalistischer Logik verwirklichen und globale Ungerechtigkeiten überwinden.

Wir setzen uns als GRÜNE JUGEND kritisch mit den bestehenden Verhältnissen auseinander und entwickeln Visionen und Alternativen für eine grünere Welt. Manche Visionen wirken auf den ersten Blick wenig realistisch und niemals durchsetzbar. Aber sie bilden das Ziel und die Motivation für unser politisches Handeln. Politik darf sich nicht hinter vermeintlichen Sachzwängen verstecken – eine andere Welt ist möglich. Und aus Niemals wird: Heute schon!

II ÖKONOMIE & ÖKOLOGIE

Als die Grünen gegründet wurden, hieß es auf den Wahlplakaten schlicht „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“ – Diese Kinder, das waren auch wir, die wir mit der Katastrophe von Tschernobyl auf die Welt gekommen sind. Wir sind groß geworden in einer Zeit, als der Wert der Natur als schützenswerte Lebensgrundlage ins allgemeine Bewusstsein gelangte. Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels zu tragen haben wird – aber gleichzeitig übernutzen auch wir noch immer massiv die natürlichen Ressourcen und damit unsere Lebensgrundlage. Wie in einem Teufelskreis verursachen wir immer neue Umweltzerstörungen, die weitere Schäden für Natur und Klima mit sich bringen.

Mit dem Niedergang des so genannten realexistierenden Sozialismus schienen nicht nur Freiheit und Demokratie, sondern auch der westliche Kapitalismus endgültig gesiegt zu haben. Schluss mit dem ewigen Wettstreit von Sozialismus und Kapitalismus, Goodbye Systemkonkurrenz. Der Wettstreit der Systeme machte einer weitreichenden ideologischen Eintönigkeit Platz. Der Neoliberalismus wurde global zum neuen Dogma, der freie Markt zum Heilsbringer, Entfesselung und Deregulierung die zentralen Mittel der Politik. Demokratische Institutionen wurden mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Statt weltweitem Wohlstand hat uns diese Politik mitten in eine fundamentale Krise geleitet. Kein kleiner Unfall, sondern eine tiefgreifende Krise des Systems.

Mit dem Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre hat sich ein Wohlstandsbegriff in unseren Köpfen niedergelassen, der Überfluss, permanenten Konsum und niemals endendes Wachstum predigt. Das Wachstumsmantra ist zum absurden Indikator für den Wohlstand der Konsumgesellschaft geworden. Dabei ist lange klar, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind, dass Wohlstand nicht gleich Konsum ist, und dass Teilhabe sich nicht über Märkte und volle Regale organisieren lässt. Wenn die menschlichen Grundbedürfnisse befriedigt sind, bemisst sich Wohlstand für uns nicht an der Menge der produzierten Güter, sondern vor allem an einer gerechten und an Teilhabe und Ausgleich orientierten Gesellschaft, in der Entfaltung der und des Einzelnen sowie einem intakten natürlichen Lebensumfeld. Zwischenmenschliche Beziehungen und freie und selbstbestimmte Zeit ebenso wie der unbeschränkte Zugang zu Bildung und anderen Gemeingütern sind für uns Wohlstand. Wohlstand ist für uns Wohlstand durch Teilen.

Die Stichworte unserer Zeit heißen Naturzerstörung und Klimawandel, Hungersnöte auf der ganzen Welt, falsch regulierte und entfesselte Märkte und massive globale und gesellschaftliche Ungleichverteilung. Wir befinden uns in einer existenziellen Systemkrise, die Überschrift heißt Krise des Kapitalismus. Aber die Geschichte hat gezeigt, dass fast nichts unmöglich ist. Wir müssen diese Krise als Chance nutzen. Zur GRÜNEN JUGEND kommen junge Menschen, die aktiv etwas verändern wollen. Wir haben schon immer nach Alternativen gesucht – im Hier und Jetzt, aber auch für die Zukunft. Wir geben uns mit der Alternativlosigkeit des Systems nicht zufrieden. Für uns ist das Ende der Geschichte noch lange nicht erreicht!

1D Das Ende des Kapitalismus

Die GRÜNE JUGEND ist Teil einer kapitalismuskritischen Bewegung. Der Kapitalismus, also ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem sich das Eigentum an Produktivmitteln und Betriebsvermögen in den Händen einiger Weniger konzentriert, hatte von Beginn an

existenzielle Fehler, die nicht einfach durch kleine Reformen im System zu beheben sind: Der permanente Zwang zu Wachstum und Profiten, die Ausbeutung und die Unterdrückung von Mensch und Natur sind dem Kapitalismus innewohnend. Dieser kapitalistischen Logik wollen wir entgegenwirken. Als junge Menschen, die in westeuropäischen Ländern aufgewachsen sind, stehen wir global gesehen auf der Gewinnerseite dieses Systems – und wissen, dass wir damit auf Kosten der vielen VerliererInnen leben.

Der enorme materielle Wohlstand, der von der Industrialisierung an für breite Schichten der Bevölkerung geschaffen wurde, beruht ganz wesentlich auf der Ausbeutung der Umwelt und der Menschen im Globalen Süden. Nach wie vor sind die Lebensumstände der Menschen in diesen Ländern von einer neokolonialen Politik und deren Folgen wie Krankheiten, Hunger, Armut und ökologischen Katastrophen bestimmt. Aber auch in unseren westlichen Gesellschaften klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Der Kapitalismus hat es nicht geschafft ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen. Unser Ziel ist es durch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Veränderungen in einer Welt zu leben, in der gleichberechtigte Teilhabe unabhängig vom sozialen Hintergrund Alltag ist.

Immer wieder haben sich politische Bewegungen den zerstörerischen Kräften des Kapitalismus entgegengestellt – und dem Kapitalismus soziale und ökologische Fesseln aufgezwungen. Seien es die ArbeiterInnenbewegung mit dem Ruf nach menschenwürdigen Produktionsbedingungen und fairen Löhnen, die Umweltbewegung der 1980er und 1990er Jahre oder die Bewegungen des Globalen Südens gegen die Macht großer Konzerne in ihren Ländern – sie alle haben gezeigt, dass man dem Kapitalismus soziale und ökologische Fortschritte abringen kann. So ist im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte nicht ein kapitalistisches System entstanden, sondern viele verschiedene Ausprägungen.

Doch heute blicken wir auf Jahrzehnte des globalisierten Neoliberalismus zurück, im Zuge dessen trotz des gestiegenen Wohlstandsniveaus viele erkämpfte Fortschritte rückgängig gemacht oder teilweise verhindert wurden. Die Schere zwischen Arm und Reich ist immer weiter auseinander gegangen.

Die Folgen des Kapitalismus wurden noch verheerender durch die falsche und teils fehlende globale Regulierung der letzten Jahrzehnte. Mit der Globalisierung des Kapitalismus ging nicht etwa die notwendige Globalisierung der Politik einher. Die Krise des neoliberal globalisierten Kapitalismus konnte ihre zerstörerische Sprengkraft erst entwickeln durch einen Staat, der Unternehmen und Märkte von vielen Regulierungen befreit, die Ökonomie über das Politische gestellt und sich jede Forderung aus der Wirtschaft blindlings zu Eigen gemacht hat. Wir wollen, dass die demokratisch legitimierte Politik wieder die Oberhand gewinnt und sich damit den längst überfälligen Einfluss über Wirtschaft, Märkte und weltweiten Handel zurückerobert. Ein Wirtschaftssystem darf nicht durch vermeintliche ökonomische Sachzwänge begründet, sondern muss in einem demokratischen Prozess durch die Menschen gestaltet werden.

1D Die Systemfrage ist auch eine Eigentumsfrage

Eine Kritik am Kapitalismus muss immer auch eine Kritik der Eigentumsverhältnisse in einer Gesellschaft sein. Die Freiheit des Privateigentums für alle – unabhängig von Geschlecht oder Status – ist eine wichtige historische Errungenschaft. Aber inwieweit ist Privateigentum legitim und welche Verpflichtungen ergeben sich daraus? Eigentum muss immer auch der

Allgemeinheit dienen, Eigentum verpflichtet. Zu oft entscheidet heute das persönliche Hab und Gut über Fragen der Teilhabe und Zugangschancen. In vielen Bereichen zeigt sich, dass die massive Ungleichverteilung von Vermögen gesellschaftliche Missstände enorm verschärft. So ist das gesamte Betriebsvermögen in Deutschland auf nicht einmal zehn Prozent der Haushalte konzentriert. Und wer kein Eigentum an Produktivvermögen hat, dem fehlt damit in den meisten Fällen auch ein echtes Mitbestimmungsrecht darüber, was und wie im Betrieb produziert wird.

Das Grundgesetz sieht in Artikel 15 ausdrücklich vor Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen. Wir wollen diesen Grundgesetzartikel wieder mit Leben füllen und im Zweifelsfall von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, um soziale, ökologische und demokratische Ziele zu verwirklichen.

Auch die Verteilung des Privatvermögens driftet beständig auseinander. Dabei führt die ungleiche Verteilung nicht nur zu einem verschärften Auseinanderdriften der Gesellschaft, sondern beschleunigt durch die einseitige Anhäufung des Reichtums auch die Spekulation an den Finanzmärkten und erhöht das Krisenrisiko im Kapitalismus. Im gleichen Atemzug, wie die privaten Vermögen in Teilen der Gesellschaft immer weiter steigen, öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich. Parallel dazu wurden in den letzten Jahrzehnten von allen Regierungen die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen systematisch zurückgefahren, so dass die öffentlichen Kassen zunehmend ausbluten und ausgerechnet die kommunale Versorgung vielerorts längst unter ein notwendiges Minimum gekürzt werden musste. Dies ist umso gravierender, da diese Mittel dringend benötigt würden, um der steigenden Armut gerade von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken. Der Solidaritätsgedanke muss wieder stärker in den Fokus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns rücken. Deswegen setzen wir uns für deutliche Steuererhöhungen auf große Vermögen, Erbschaften, Spitzeneinkommen und Kapitalerträge ein.

Gleichzeitig wehren wir uns gegen den seit Jahrzehnten voranschreitenden Trend zur Privatisierung der Gemeingüter und den Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Im Zuge dieser Privatisierungsauswüchse wurde nicht nur konsequent gemeinschaftliches Eigentum oft zu Niedrigstpreisen verscherbelt, es wurde insbesondere das demokratische Recht auf Teilhabe durch ein Recht der gefüllten Geldbörsen ersetzt. Zugleich haben wir erlebt, wie die Politik unter dem Druck von Kapitalinteressen immer weitere gesellschaftliche Bereiche – von der Bildung, der Gesundheit bis zur Migration – zu Spielfeldern des Kapitalismus gemacht hat.

So sind immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft von betriebswirtschaftlichen Logiken, wie Effizienz, Kostensenkung und Gewinnmaximierung durchzogen. Wir lehnen diese Entwicklung ab und wollen sie in den zentralen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge rückgängig machen. Der Wohlstand einer Gesellschaft bemisst sich für uns gerade auch darin, wie sehr sie es schafft, Güter von öffentlichem Interesse auch gemeinschaftlich zu organisieren und zu nutzen. Unsere Politik misst sich nicht an ihrer betriebswirtschaftlichen Rentabilität, sondern am Dreiklang von Ökologie, Demokratie und Solidarität.

1E Eine andere Welt ist möglich

Unsere Kritik am Kapitalismus bedeutet aber nicht, dass wir zurückwollen zu den gescheiterten Versuchen à la DDR-Sozialismus oder Sowjetkommunismus. Für uns sind die persönliche Freiheit und die Selbstbestimmung des Individuums ebenso hohe Werte wie die

Solidarität der Menschen und die ökologische Nachhaltigkeit unserer Politik. Unser Ziel ist es, gemeinsam im demokratischen Prozess Ideen, Alternativen und Konzepte für eine solidarische und ökologische Ökonomie zu erarbeiten, die nicht länger dem Wachstumsfetisch huldigt, sondern nachhaltig wirtschaftet. Eine Ökonomie, in der die menschlichen Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und wirtschaftliche Beteiligung für alle möglich ist, unabhängig von Herkunft, Status, Geschlecht und Kapital.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat klar gezeigt, dass wir mit unseren nationalen Gesetzen und Rahmenbedingungen den immer internationaler werdenden Märkten nicht gewachsen sind. Egal ob in Gewerkschaften, der Umweltbewegung, progressiven Unternehmen, Parteien oder sozialen Bewegungen – mit jeder Dürreperiode, jeder Jahrhundertflut und jedem ausgefallenen Winter werden es mehr Menschen, die ein „Weiter so“ nicht länger hinnehmen wollen. Es ist deshalb an der Zeit den unregulierten Kapitalismus durch internationale Regeln der Finanzmärkte zu bändigen und ihm zumindest das notwendige aber unzureichende Versprechen einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft entgegenzustellen.

Das aber reicht uns nicht. Wir wollen heute schon für eine Welt jenseits des Kapitalismus kämpfen. Es gibt viele Ansätze, wie wirtschaftliche Prozesse jenseits der kapitalistischen Logik aussehen können. Konzepte einer solidarischen Ökonomie, die nicht länger das Profitstreben, sondern umfassend nachhaltiges – also soziales, ökologisches und demokratisches – Produzieren und Konsumieren in den Mittelpunkt stellen. Genossenschaften oder Stiftungen, die nicht rücksichtslos die Gewinne und den Unternehmenswert maximieren, sondern auf den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Produkte und Dienstleistungen abzielen. Kooperativen, die Produktionsprozesse demokratisch gestalten, Initiativen, die sich mit dezentraler Energieerzeugung die Macht von den Energiekonzernen zurückholen, Vereine, die außerhalb von klassischen Märkten ihre Hilfe anbieten oder Gemeingüter, die demokratisch bewirtschaftet werden, ohne Marktstruktur oder staatliche Regularien.

Es ist uns wichtig, dass diese Entwicklung dezentral durch Initiativen aus der Gesellschaft heraus getragen wird. Eine staatliche Forcierung würde den Prinzipien genossenschaftlicher Strukturen und der Solidarischen Ökonomie widersprechen. Wir sind der Ansicht, dass politisches Engagement nicht nur über die Parlamente getragen werden kann und wollen uns daher aktiv für die Bildung derartiger Initiativen einsetzen.

Wir wissen, dass Veränderung aus praktischem Handeln entsteht und vorhandene Dynamiken aufgreifen muss. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass auch ein paar Genossenschaften mehr den Kapitalismus noch nicht abschaffen. Unsere Politik wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, diese Anfänge zu nutzen und gleichzeitig den Kapitalismus als System zu überwinden. In unseren Augen gibt es viele gesellschaftliche Bereiche, in denen ökonomische Prinzipien nichts zu suchen haben. Eine emanzipatorische Transformation der Gesellschaft ist dann möglich, wenn wir es schaffen, diese Bereiche nach und nach aus der kapitalistischen Logik herauszulösen. Ob im Gesundheitssektor, im Bildungssystem oder im Umweltschutz – rücksichtslose Gewinnmaximierung hat dort nichts verloren.

2N No nature? No future!

Auch wir haben die Erde nur geborgt, von den kommenden Generationen und deren Kindern und Enkelkindern. Zerstörung und Schäden an der Umwelt sind nur über lange Zeiträume und häufig gar nicht wieder rückgängig zu machen. Umso mehr sind wir verpflichtet, nachhaltig mit ihr umzugehen. Hohe biologische Vielfalt ist fester Bestandteil einer intakten Natur, die

für Selbstregeneration und Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme und für das Fortbestehen auch unserer Lebensgrundlage elementar ist. Durch unsere Lebensweise und den durch uns Menschen verursachten Klimawandel vermindern wir die Artenvielfalt und die Vielfalt der Ökosysteme mehr denn je. Die Herstellung industrieller Saatgüter und der Einsatz von Hochleistungszüchtungen verursacht zudem noch eine große Armut bei der Vielfalt des genetischen Materials, das in der Welt verfügbar ist. Das Ergebnis ist ein System, das instabil ist und auf Veränderung wie den Klimawandel sehr sensibel reagiert.

Wir wissen, dass menschliches Leben und Wirtschaften niemals ohne Eingriffe in die Natur auskommen wird. Es muss also darum gehen, die Natur so wenig wie möglich zu beeinträchtigen und so nachhaltig wie möglich mit unserer Umwelt umzugehen. Um darüber hinaus auch weiterhin eine Lebensgrundlage in diesem Ökosystem zu besitzen, sind wir gezwungen, unsere Lebensweise radikal umzustellen: Artenvielfalt, Verschmutzungsrechte, Leben oder die Natur sind keine Waren, die auf Märkten gehandelt werden dürfen. Damit ist für uns aber auch klar, dass es niemals Eigentum an der Natur geben kann.

Ebenso lehnen wir Patente auf natürlich vorkommende Lebensformen ab. Die Patentierung der Biodiversität durch große Konzerne widerspricht unserem Verständnis von einer gerechten globalen Verteilung. Die biologische Vielfalt ist und bleibt ein Gemeingut, das allen gehört. Wir lehnen jeden gentechnischen Eingriff in das Biosystem von Pflanzen und Tieren ab. Global muss gewährleistet werden, dass weder staatliche noch private Raubzüge an unserer natürlichen Lebensvielfalt geschehen. Die Nutzung der Natur muss immer in einem demokratisch legitimierten Rahmen und von der Gemeinschaft kontrolliert ablaufen. Außerdem muss sie an die Verpflichtung zur nachhaltigen Bewirtschaftung, also zum Schutz von Biodiversität, der Begrenzung des Flächenverbrauchs und der Regeneration der Ressourcen gekoppelt werden.

2.1 Der Mensch ist Teil der Natur

Rund 50 Prozent der globalen Landfläche wurden bereits durch menschlichen Einfluss verändert und jeden Tag kommen tausende Hektar dazu. Die Übernutzung unseres Planeten durch den Menschen geschieht nicht nur durch die Verursachung des Klimawandels, sondern auch durch Flächenversiegelung, Rodung, Verbrauch natürlicher Gewässer, Flussbegradigungen und Tagebauten. Wir wollen diesen Trend stoppen und der Natur wieder ihre Rückzugsräume gewähren. Es ist wichtig, dass Boden und Pflanzen Zeit haben sich zu regenerieren, damit eine nachhaltige Nutzung überhaupt möglich ist. Andererseits hat die Natur auch einen Eigenwert, weswegen große Teile von ihr von der menschlichen Bewirtschaftung ausgeschlossen werden sollten. Die GRÜNE JUGEND setzt sich deshalb für den Erhalt und die Ausdehnung natürlicher Landschaften ein, in denen Tiere und Pflanzen vom Menschen ungestört leben können.

Auch für den Menschen ist eine intakte Umwelt die Grundvoraussetzung für ein gutes und gesundes Leben. Viele moderne Krankheiten sind mit Faktoren wie Luftverschmutzung, Giften in Lebensmitteln oder Lärm verbunden. Trotz aller technologischen Errungenschaften stellen diese Phänomene der heutigen Industriegesellschaft eine Gefahr für das physische und psychische Wohlbefinden dar. Deshalb müssen nicht nur unsere Städte grüner und sauberer werden, sondern jedeR braucht Zugang zu natürlichen Landschaften und ihren gesundheitlichen Vorteilen.

2.2 Environmental Justice Now!

Soziale Umweltpolitik muss ständig weiterentwickelt werden. In einer gerechten Gesellschaft muss sich Politik in Zukunft auch stärker mit der sozial und räumlich ungleichen Verteilung von Umweltbelastungen auseinandersetzen, die zu ungleichen Gesundheitsrisiken bei davon betroffenen Bevölkerungsgruppen führt. Grund hierfür sind vielfach die krankmachende Wirkung vieler Umwelteinflüsse – von radioaktivem Fallout bis zu Lösemitteln, Verkehrslärm bis Deponieabwasser, Luftverschmutzung bis Flächenversiegelung. Solche Umweltbelastungen sind sozial nicht gleich verteilt, sondern häufen sich bei benachteiligten Personengruppen und in Gemeinden bzw. Stadtvierteln. Umweltbezogene Gerechtigkeit (Environmental Justice) bedeutet für uns – zum Wohle aller – die Verhinderung und Reduzierung der Entstehung neuer Umweltbelastungen, gerechte Verteilung und Kompensation von nicht vermeid- oder eliminierbaren Umweltbelastungen auf verschiedene soziale Gruppen: vor allem soziale Schichten, ethnische Gruppen und BewohnerInnen verschiedener Regionen.

2.3 It's the climate, stupid!

Die globale Erwärmung und der Klimawandel sind eine der größten ökologischen und sozialen Bedrohungen der Menschheit und der Umwelt. Verursacht wurden diese dramatischen Temperaturveränderungen durch die wachstums- und konsumfixierte Lebensweise der Menschen im Globalen Norden. Auch wenn der Klimawandel gerade dort bisher wenig zu spüren ist, zerstört er bereits heute die Biodiversität und das Lebensumfeld von Tausenden Tieren, Pflanzen und weiteren Lebewesen. Damit ist die Klimakrise schon jetzt real. Von den Folgen sind bisher aber vor allem die Menschen im Globalen Süden betroffen, die sich deutlich schlechter auf das veränderte Klima einstellen können. Schon jetzt gibt es Millionen Klimaflüchtlinge, die ihrer Heimat und ihrer Lebensgrundlage beraubt werden und sich auf den Weg in andere Regionen machen. Das Zwei-Grad-Ziel reicht bei Weitem nicht aus, denn auch mit einer Erwärmung des Weltklimas um zwei Grad werden Gletschermassen abschmelzen, Inseln, die für viele Menschen und Tiere ein Lebensraum waren, wird es nicht mehr geben, Dürren werden genauso zunehmen wie Orkane und starkes Hochwasser.

Wir brauchen nicht nur ein Umdenken in allen gesellschaftlichen Bereichen, um endlich den Schutz und die Bewahrung der Natur in den Mittelpunkt zu stellen. Wir müssen jetzt endlich handeln und nicht erst in zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahren, denn schon das Zwei-Grad Ziel ist heute ohne einen fundamentalen Wandel in unseren Produktions- und Konsummustern nicht mehr zu erreichen. Dazu müssen wir uns einerseits einschränken, was den Luxus unbegrenzter Mobilität, übermäßigen Konsums oder weltweiten Handels angeht – und andererseits unsere technologischen und wissenschaftlichen Investitionen konsequent auf Nachhaltigkeit umstellen. Wir streben eine CO₂-neutrale Gesellschaft an, die ganz ohne das Verbrennen fossiler Rohstoffe auskommt.

Wir müssen unsere Wirtschafts- und Produktions- und Lebensweise so umgestalten, dass es nicht zum endgültigen ökologischen Kollaps kommt. Auf dem Weg dahin müssen vor allem die Länder des Globalen Nordens endlich ihrer Verantwortung für den Klimawandel gerecht werden und Gelder für Anpassungsmaßnahmen und Umweltschutz in besonders betroffenen Gebieten zur Verfügung gestellt werden. Wir streiten weiterhin für ein verbindliches internationales Klimaabkommen. Gleichzeitig wollen wir keine abstrakte Klimapolitik, sondern Klimaschutz zum Querschnittsthema mit oberster Priorität machen, indem wir in einzelnen Bereichen von Politik und Gesellschaft aufzeigen, wie konsequent ökologische Lösungen für aktiven Klimaschutz sorgen können. Dieses Ziel möchten wir unter anderem

auch durch tiefgreifende nationale und lokale Klimapläne und Klimabündnisse erreichen. Wir setzen uns auch für Aufklärung ein, Klimaschutz ist ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

2.4 Mehr Wachstum ist auch keine Lösung!

Unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten kann es nicht geben. Die politisch gesteuerte Transformation der Industriegesellschaft in eine nachhaltige und solidarische Wirtschaftsordnung, nicht in einen grün angestrichenen Öko-Kapitalismus – das ist die Herausforderung. Wir müssen wegkommen von einem sinnentleerten Wohlstandsbegriff, der den Erfolg der Politik einzig am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bemisst. Unser Maßstab für Wohlstand orientiert sich stattdessen an neuen Indikatoren, die neben dem Bruttoinlandsprodukt Variablen für den Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Umweltverschmutzung, die Verteilung von Einkommen und Vermögen, sowie für Bildung und Gesundheit mit einberechnen.

Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem ist ohne permanenten Profit, ohne Wachstum gar nicht zu denken. Aber kann es das geben, immer mehr? Die Grünen sind Ende der 1970er Jahre auch aus der wachstumskritischen Bewegung heraus entstanden. Schon damals wurde über die Grenzen des Wachstums und die politischen Schlussfolgerungen daraus diskutiert, bisher ohne Ergebnis. Dabei wird das Wirtschaftswachstum, wie wir es heute weltweit erleben, längst nicht unbegrenzt möglich sein. Lange Zeit galt deshalb in alternativen Bewegungen das Paradigma des qualitativen Wachstums. Die Frage sei nicht, ob die Wirtschaft noch weiter wachsen dürfe. Vielmehr brauche es die Unterscheidung zwischen quantitativem Wirtschaftswachstum, das mit einem wachsenden Energie- und Ressourcenverbrauch einhergeht, und qualitativem Wachstum, das es durch höhere Effizienz schafft, aus dem gleichen Input ein Mehr an Output zu produzieren. Der Versuch war, Wirtschaftswachstum und den Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und so unser wachstumsabhängiges Wirtschaftssystem mit den natürlichen Grenzen der Erde zu versöhnen.

Mehr und mehr kommen jedoch Zweifel an der Wirksamkeit dieser Entkoppelungsstrategie auf. Nicht nur, dass der weltweite Energie- und Ressourcenbedarf noch zusätzlich zum heute schon viel zu hohen Bedarf der westlichen Industrienationen wie den USA und Europa durch das starke Wachstum in Ländern wie China oder Indien massiv steigt. Vielfach zeigt sich zudem ein entgegengesetzter Kopplungseffekt – alle Effizienzgewinne werden durch insgesamt höheren Verbrauch aufgeessen. Der Boom der erneuerbaren Energien hat zwar den Verbrauch fossiler Rohstoffe gemindert, gleichzeitig wird heute aber so viel Strom wie nie verbraucht.

Wir wollen deshalb nicht nur die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum soweit wie möglich vorantreiben, sondern alles daran setzen, Wachstumstreiber in Wirtschaft und Gesellschaft abzubauen. Dafür braucht es verbindliche und harte ökologische und soziale Leitplanken und ein Umdenken von jeder und jedem Einzelnen. Zudem muss es strukturelle Änderungen in den Unternehmen geben, die das Wirtschaftswachstum massiv bremsen. Außerdem müssen bestehende Abhängigkeiten des Steuer- und Sozialsystems vom Wachstum etwa in Fragen der Finanzierung abgebaut werden. Wir wollen auch die einseitige Ausrichtung der Politik an der Steigerung des Wirtschaftswachstum endlich überwinden.

3 Wie wir wirtschaften und konsumieren wollen

Ist die Lösung für all diese Probleme nicht eigentlich, im Einklang mit der Natur zu leben? Nur so viel zu verbrauchen, wie es der Umwelt nicht schadet, Kreislaufwirtschaft, Energieverbrauch, so dass weder Klima noch die Umwelt oder der Mensch Schaden nehmen? Gerade das zu tun, was uns Menschen aus den stark industrialisierten Staaten so schwer fällt. Aber wie könnte so ein Leben im Einklang aussehen? Jeder Mensch muss das Recht haben selbst zu entscheiden, wie sie oder er leben möchte – egal wie und egal ob in der Stadt oder auf dem Land.

Wir brauchen neue Phantasie dafür, wie wir uns mit einem gewissen technologischen Fortschritt und einer Umorientierung von Prioritäten einem Zustand des Einklangs annähern können. Wenn wir wirtschaften, produzieren und konsumieren, geht das immer auf Kosten anderer Menschen und der Umwelt. Die Art und Weise allerdings, wie das im kapitalistischen System geschieht, ist nicht nachhaltig und allzu oft nicht menschenwürdig.

Wir setzen uns für die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein. Umweltverschmutzung muss etwas kosten, deshalb fordern wir, diese (externen) Kosten in den Preis von End- und Zwischenprodukten aufzunehmen, sie also zu internalisieren. Wir wollen den Weg der ökologischen Besteuerung von umweltschädlichem Verhalten konsequent weitergehen. Dies lässt sich auch sozial ausgestalten, zumal der Verbrauch von Energie und Ressourcen mit steigendem Einkommen zunimmt.

Die Frage, wie wir wirtschaften und produzieren wollen, sehen wir als eine politische Frage an, deren Antworten über einen Staat als demokratisch legitimierte und kontrollierte Institution durchgesetzt werden. Diese Antworten sind Schlussfolgerungen daraus, wie und was wir konsumieren wollen. Als GRÜNE JUGEND haben wir unser eigenes Konsumverhalten immer selbst hinterfragt. Die Lösung für die globale Umweltkatastrophe ist das jedoch nicht. Wir sehen die Verantwortung dafür auch und vor allem in der Politik, die es durch gezielte Maßnahmen versteht, klare ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen zu setzen, nachhaltigen Konsum zu unterstützen und Sozial- und Klimapolitik in Einklang zu bringen. Denn Klimaschutz kann für uns immer nur zusammen mit gerechter Sozialpolitik einhergehen. Eine solidarische Ökonomie muss in unseren Augen sowohl auf gemeinschaftliche Initiativen und private Unternehmen setzen wie auf staatliche Institutionen. Bei aller berechtigten Kritik am Staat: Der Staat ist in unseren Augen im Wirtschaftsbereich ein wichtiger Akteur, um die Ausnutzung von Marktmacht zu verhindern und die Bereitstellung öffentlicher Güter zu organisieren.

Die Subsistenzwirtschaft, bei der vor Ort erwirtschaftet wird, was konsumiert wird, wirkt heute wie eine Idee aus den Anfängen der Ökologiebewegung, die nicht einmal mehr von Grünen vertreten wird. Was theoretisch sinnvoll klingt, setzen kaum noch Menschen um. Denn wir gehören einer Gesellschaft an, die es verstärkt in die Städte zieht und die das Land verlässt. Aus der Agrar- und dann der Industriegesellschaft hat sich eine moderne Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Subsistenzwirtschaft ist für uns deshalb nur ein möglicher Weg einzelner Individuen, aber kein Rezept für die ganze Gesellschaft. Trotzdem können subsistenzwirtschaftliche Elemente zur Konsumreduktion beitragen und so unser Wirtschaftssystem entschleunigen. Wir wollen Menschen die Möglichkeit geben, diesen Weg der Konsumvermeidung zu gehen und ein selbstversorgtes Leben führen zu können.

Was jedoch auch für uns nach wie vor gilt, ist der Grundsatz: Global denken, lokal handeln. Denn was jedeR von uns persönlich konsumiert, entscheidet in einer globalisierten Welt über

Produktionsmethoden und -bedingungen. Wir wollen, dass so viel wie möglich regional produziert wird. Eine Möglichkeit der Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist das so genannte Regionalgeld.

Wenn aber der Preis für eine Mahlzeit mit Fleisch aus herkömmlicher Produktion weitaus geringer ist als eine Mahlzeit aus regional produziertem Gemüse, ist es nicht verwunderlich, dass der Fleischkonsum steigt und die Umsätze von Discountern in die Höhe schießen. Wir brauchen vielmehr eine Politik, die den hier wirtschaftenden Menschen auch kleinbäuerliche Produktion möglich macht, die gleichzeitig die Unternehmen zwingt, faire Löhne zu garantieren und die es verhindert, dass wir Menschen hier auf Kosten der Umwelt und der Menschen im Globalen Süden leben. Eine Abgabepolitik, die auch den ökologischen Fußabdruck einpreist, ist hier ein erster Schritt.

3.1 Die Marktwirtschaft als Grundlage einer solidarischen und ökologischen Ökonomie

Die Diskussion über die Zukunft unseres Wirtschaftssystems wurde und wird häufig zwischen den beiden extremen Polen kapitalistische Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft (auch Planwirtschaft genannt) geführt. Als Teil der undogmatischen Linken setzt sich die GRÜNE JUGEND für die Überwindung dieses schwarz-weiß Denkens aus Zeiten des Kalten Krieges ein. Die Marktwirtschaft – das heißt die Verteilung von Konsumgütern und Produktionsfaktoren über Märkte und durch Unternehmen, die miteinander im Wettbewerb stehen – bleibt für uns weiterhin die Grundlage eines neuen Wirtschaftssystems.

Marktwirtschaft und fairer Wettbewerb sind die Voraussetzungen für effektives und effizientes Wirtschaften, technologischen Fortschritt und Innovationen. Auch die Freiheit des Individuums im ökonomischen Kontext ist für uns ein hohes Gut, das jedem Menschen zusteht. Wir wollen, dass unser Wirtschaftssystem mehr noch als heute von mittelständischen und kleinen Unternehmen geprägt ist, die sich überwiegend als Genossenschaften oder mitarbeiterInnengeführte Unternehmen organisieren.

Natürlich kann eine nachhaltige Marktwirtschaft nur innerhalb harter ökologischer, sozialer und demokratischer Leitplanken und mit einem starken Kartellrecht funktionieren. Das Primat der Politik muss klar gesichert sein, wo es in Gefahr ist, müssen einzelne Konzerne oder Banken zerschlagen werden. Die marktwirtschaftliche Freiheit darf nie dazu benutzt werden, die Freiheit anderer zugunsten eigener materieller Vorteile einzuschränken. Auch gibt es für uns Bereiche, die klar aus der marktwirtschaftlichen Logik ausgeklammert werden müssen, wie Gesundheit, Infrastruktur und Bildung. Die Zentralverwaltungswirtschaft als einzige Alternative zum Kapitalismus hat für uns ausgedient. Nicht nur die Erfahrungen mit dem realexistierenden Sozialismus, sondern auch die Theorie einer zentralistischen und autoritären Wirtschaftsstruktur widersprechen unseren emanzipatorischen und basisdemokratischen Grundsätzen.

3.2 Rohstoffe und Recycling

Eine ökologische Gesellschaft hinterfragt die Herkunft von Ressourcen, die damit verbundenen Arbeitsbedingungen, Umweltauswirkungen und Transportkosten. Wir lehnen den globalen Handel mit Ressourcen nicht grundsätzlich ab, zumal wir auf bestimmte

Rohstoffe schlicht angewiesen sind. Die Richtung und die Intensität der weltweiten Handelsströme stellen in der heutigen Form aber das Gegenteil von globaler und ökologischer Gerechtigkeit dar. Auf die Nutzung bestimmter Rohstoffe und Abbauweisen wollen wir verzichten, wenn dadurch einmalige Ökosysteme vernichtet werden oder die lokale Bevölkerung ihres Landes beraubt wird. Stattdessen fordern wir die Entwicklung und flächendeckende Einführung nachhaltiger Abbaumethoden. Den chemieintensiven Abbau von Erzen mit niedrigem Rohstoffanteil, das nicht-nachhaltige Schlagen von Urwaldholz und den Uranabbau für Waffen und Atomkraft lehnen wir grundsätzlich ab.

Zudem brauchen wir umfassendes Recycling. Wir müssen endlich aufhören, derartig viel Müll zu produzieren, wie das jetzt der Fall ist. Denn der Recyclingprozess ist oft selbst sehr energieaufwändig. Deshalb fordern wir auch, dass schon in der Entwicklung neuer Produkte auch die spätere Möglichkeit des Recycling berücksichtigt wird. Wir setzen auf die Langlebigkeit von Produkten und die Wiederverwendung von Dingen, die wir benutzen.

Kaum ein Rohstoff dieser Erde wird von der Menschheit momentan nicht übernutzt, was vor allem am ausufernden Lebensstil und Konsumhunger der Industrieländer liegt. Die natürlichen Ressourcen sind begrenzte Güter und können damit keinem Menschen oder Unternehmen allein gehören. Deshalb muss insbesondere die Forschung nach Alternativen und für mehr Materialeffizienz gefördert werden. Produkte müssen langlebiger und weniger rohstoffintensiv werden. Der Verbrauch von Ressourcen, egal ob Flächen, Metalle, Wasser, Plastik oder Holz muss verringert werden. Die Industrieländer stehen auch dabei in der besonderen Verantwortung ihren Ressourcenverbrauch zu reduzieren und sich wieder auf die eigenen, erneuerbaren Ressourcen zu beschränken.

3.3 An einem Tag achtzig mal um die Welt

Mobilität ist heute alles – wir genießen die fast grenzenlosen Möglichkeiten als großen Zugewinn an persönlicher Freiheit. Dabei sehen wir häufig gar nicht mehr, dass diese scheinbare Freiheit uns und die ganze Gesellschaft gleichzeitig einschränkt. In der Stadt ist die Lärmbelastung enorm, öffentlicher Raum wird durch viel befahrene Straßen zerschnitten, ganz abgesehen von der hohen Schadstoffbelastung. Auf dem Land sind immer mehr Menschen auf ein Auto angewiesen, um die täglichen Besorgungen fürs Leben zu machen. Zusätzlich zieht diese Ausdünnung der Infrastruktur beträchtliche Umweltschäden nach sich, die durch das wachsende Verkehrsaufkommen und den Bau von neuen Straßen entstehen.

Wir brauchen eine andere Prioritätensetzung bei Neubaumaßnahmen. Wir wollen weg von teuren und umweltschädlichen Prestigeprojekten und hin zu sinnvollen ökologischen Infrastrukturinvestitionen. Wir fordern Vorfahrt für die Schiene mit einem europäischen Schienennetz und ausgebauten Regionalfahrplänen, Entsiegelung von innerstädtischen Straßen und einen Umbau statt eines Neubaus des bestehenden Straßennetzes.

Wir wollen entschleunigen – Mensch und Umwelt zuliebe. Eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik muss nicht nur den Klimazielen entsprechen, sondern moderne Mobilitätskonzepte umsetzen und gleichzeitig Mobilität für alle sicherstellen. Dabei müssen die unterschiedlichen städtischen und ländlichen Mobilitätsbedürfnisse und -anforderungen individuell mit modernen Fortbewegungskonzepten beantwortet werden. Das Recht auf Mobilität – in der Stadt wie im ländlichen Raum – gehört für uns zur regionalen Daseinsfürsorge. Bei der Gewährleistung einer flächendeckenden Mobilität ist zum Beispiel Elektromobilität eine Übergangstechnologie, um vom Verbrennungsmotor wegzukommen.

Doch moderne Verkehrspolitik erschöpft sich für uns nicht in der Ersetzung aller Verbrennungsmotoren durch Elektromobilität und Co., mit der an veralteten Strukturen festgehalten wird. Eine sozialverträgliche, negative Pendlerpauschale wäre eine Möglichkeit die tatsächlichen Kosten des täglichen Überlandgebrauchs eines Autos in Rechnung zu stellen und so ein Umdenken einzuleiten.

Die groben Leitlinien sind für uns ein entgeltfreier und damit kostenloser öffentlicher Personennahverkehr für alle, eine wohnortnahe Infrastruktur und der Ausbau von Fahrrad- und Fußwegen, Fahrradstationen sowie autofreie Städte. So dämmen wir den motorisierten Individualverkehr zunächst ein und schaffen ihn langfristig ab. Die kulturelle Dominanz des Autos muss gebrochen werden. Wir wollen keine großen Einkaufsparks auf der grünen Wiese, sondern dass die Befriedigung möglichst vieler Bedürfnisse vor Ort im Dorf oder im Stadtteil ermöglicht wird, damit das Verkehrsaufkommen insgesamt sinkt. Das Konzept der Stadt der kurzen Wege muss endlich Realität werden. Die Idee ist: Sich zusammen in lebenswerter Umgebung ökologisch fortbewegen, statt individuell durch die Gegend zu rasen.

3.4 Energie mit Zukunft

Unsere heutige Gesellschaft wäre undenkbar ohne Energie und Elektrizität. Trotzdem basiert unsere Energieerzeugung noch immer auf dem massiven Raubbau an der Natur. Kohle- und Atomkraftwerke beschleunigen den Klimawandel ebenso wie die Verbrennung von Öl und Gas. Es ist an der Zeit unsere Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare umzustellen – technisch möglich wäre das bereits heute.

Lange Zeit galt für uns der Dreiklang der drei E's: Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien. Dieser Dreiklang reicht jedoch nicht mehr aus. Jedes Prozent an Effizienzgewinn wird durch den so genannten Reboundeffekt wieder aufgefressen: Der neue Kühlschrank ist zwar um Klassen energieeffizienter als der alte, dafür aber auch doppelt so groß, so dass der gesamte Stromverbrauch eher noch steigt. Es geht uns deshalb besonders um Einsparungen und verbindliche gesetzliche Vorgaben zum maximalen Energieverbrauch von technischen Geräten. Gleichzeitig brauchen wir eine Erneuerung der bestehenden Strom- und Energienetze, sowie die Erforschung und den Ausbau von Stromspeichern und den Aufbau eines europäischen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetzes um die schwankende Produktion erneuerbarer Energien aufzufangen.

Der Energiesektor ist fast vollständig aufgeteilt auf die vier großen Energiekonzerne. Dieses Kartell der Energieerzeugung und -netze verhindert den Umstieg auf erneuerbare, schwächt die VerbraucherInnen und schadet damit vor allem der Umwelt. Statt dass ein Umstieg auf dezentrale erneuerbare Energien vorangetrieben wird, verfestigt das Energieoligopol längst veraltete, umweltschädliche Kohle- und Atomstrukturen. Für uns ist die Energieversorgung einer der wichtigsten Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Darum wollen wir die großen Energiekonzerne zerschlagen und die Netze in einem ersten Schritt verstaatlichen, um sie dann zu vergesellschaften. Der Staat muss die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Energiewende schaffen. Lokale und regionale Initiativen für erneuerbare wollen wir ebenso stärken wie die dezentrale Stromversorgung durch die örtlichen Stadtwerke. Die Energiekonzerne mit ihren zentralen Kraftwerken haben endgültig ausgedient, die Zukunft der Energieversorgung ist dezentral, klimafreundlich und erneuerbar.

Unsere Zukunftsvision der Energieversorgung enthält keine Atomkraftwerke. Denn Atomkraft ist nicht sicher, nicht nachhaltig und passt nicht in eine Stromversorgung durch erneuerbare Energien. Jedes Jahr gibt es neue meldepflichtig Störfälle, doch die veralteten Kraftwerke dürfen weiter laufen. Für den radioaktiven Müll ist immer noch kein Endlager gefunden worden und jedes Jahr rollen wieder Castortransporte durch Deutschland. Sie hinterlässt damit Müll für die nächsten 1000 Jahre. Der Abbau von Uran kontaminiert ganze Landstiche. Uran ist ein endlicher Rohstoff. Die Vorstellung, dass Brennstäbe unendlich wiederaufbereitet werden könnten, liegt genauso im Reich der Phantasien wie die Sicherheit von Atomkraftwerken.

3.5 Für ökologische Landwirtschaft

Die Landwirtschaft schafft die Grundlage unseres Lebens, vor allem Lebensmittel, und ist durch Biomasse in den letzten Jahren zunehmend auch zum Energielieferanten geworden. Gleichzeitig nimmt sie enorm viel Fläche der Erde in Anspruch. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieser Wirtschaftsbereich vor allem im Globalen Norden dramatisch gewandelt.

Immer mehr und immer größere Maschinen wurden verwendet, während sich ein Großteil der Menschen, die früher in der Landwirtschaft tätig waren, anderen Berufszweigen zugewandt hat. Immer mehr industriell hergestellter Dünger, Herbizide und Pestizide wurden auf die Felder ausgebracht, immer höhere Erträge wurden erwirtschaftet.

Diese Formen der Landwirtschaft waren nur durch massiven Einsatz von fossilen Rohstoffen und Mengen von Energie möglich. Sie haben die Biodiversität auf den Äckern beträchtlich schrumpfen lassen, den Klimawandel wahrscheinlich in einem hohen Maß beeinflusst und die Herstellung von Saatgut einer oligopolistisch strukturierten Industrie überlassen. Unter dem bestehenden Druck auf die ProduzentInnen aufgrund niedriger Lebensmittelpreise und politischer Leitbilder setzt sich der Trend weiter fort.

Alle Versuche, mit Genmanipulation Erträge zu erhöhen oder landwirtschaftliche Produkte zu verbessern, sind gescheitert. Das Ergebnis waren Abhängigkeit von mächtigen Konzernen, Eingriffe in die Natur mit unvorhersehbaren Folgen und zerstörte Biodiversität. Grüne Gentechnik widerspricht unserem Verständnis von ökologischem Umgang mit der Natur. Wir wollen verhindern, dass Konzerne Herrscher über ProduzentInnen werden und lehnen grüne Gentechnik grundsätzlich ab.

Die ökologische Landwirtschaft sollte ein Gegentrend zur heutigen konventionellen, nicht-nachhaltigen Landwirtschaft sein. Von ihr erhoffen wir uns eine Umsteuerung in der landwirtschaftlichen Produktion. Aber auch die ökologische Landwirtschaft übernutzt im derzeitigen System die natürlichen Ressourcen. Global kann es deshalb nur um eine ganz andere Art von Landwirtschaft gehen. Wir wollen eine (klein)bäuerliche Landwirtschaft, in der nicht nur Ertrag und Gewinn zählen. Eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft wirtschaftet mit und nicht gegen die Natur und bietet gute Arbeitsplätze.

So wie die Länder des Globalen Nordens derzeit durch protektionistische Maßnahmen ihre heimische Landwirtschaft fördern, verhindern sie auch jeglichen Fortschritt in der globalen Gerechtigkeitspolitik. Wir setzen uns für eine Einschränkung der weltweiten industriellen Fischerei auf ein erwiesenermaßen nachhaltiges Niveau ein. Export-, Mengen-, Flächen- und Investitionssubventionen müssen abgeschafft werden, der Staat sollte allein die ökologische, arbeitsintensive Landwirtschaft und Agrarumweltmaßnahmen gezielt fördern. Nur so kann auch die Landwirtschaft ihren Teil zur Eindämmung der Klimakrise leisten.

3.6 Ökologische Transformation der Industriegesellschaft

Angesichts des großen Stellenwerts der industriellen Produktion für die Gesamtwertschöpfung ist auch das verarbeitende Gewerbe ein elementarer Bereich zur ökologischen Transformation der Wirtschaft. Wir wollen auch in der Industrie ökologische Prinzipien und demokratische Mitbestimmung zum Querschnittsthema machen – die dritte industrielle Revolution wird die grüne sein.

Gerade in der industriellen Produktion fällt die ökologische Bilanz sowie die Emissionsstärke zunächst negativ ins Gewicht. Doch wir sind überzeugt, auch in der Industrie lässt sich eine CO₂-neutrale Produktion umsetzen. Dafür muss jetzt massiv in technologische Ökoinnovationen investiert werden. Intelligente Energienetze, Alternativen zum Verbrennungsmotor und energiearme Produktionsformen sind Beispiele einer zunehmenden Ökologisierung der Wirtschaft. Harte ökologische Vorgaben auf der einen Seite sowie Umweltsubventionen und Anreizprogramme auf der anderen müssen gerade in der Industrie eingeführt werden, damit wir unsere Vorstellungen von Energie- und Ressourceneffizienz umsetzen können.

Verstärkte ökologische Innovation durch Erforschung, Entwicklung und Verbreitung neuer Technologien macht Konsum und Produktion nachhaltiger. Wir wollen daher eine Ausweitung des Top-Runner-Ansatzes, bei dem die ökologischsten Modelle in ihrer Sparte Mindeststandard werden. Zusätzlich muss die Politik durch Gesetzgebung und gezielte Förderung grüne Technologien und Produkte wie intelligente Stromzähler unterstützen, welche Einspeiseschwankungen erneuerbarer Energien effizient nutzen, damit diese sich durchsetzen können.

3.7 Wissen ist keine Ware

Als GRÜNE JUGEND legen wir einen großen Schwerpunkt auf die Förderung kreativer und wissensintensiver Dienstleistungsbereiche. Momentan bildet das bestehende Patent- aber auch Urheberrecht dafür den grundsätzlichen Rahmen. Temporäre patentrechtliche Schutzfristen können für Firmen einen Investitionsanreiz in Forschung und Entwicklung darstellen und so zu neuen Innovationen führen. Wir sehen aber den aktuellen rechtlichen Rahmen als nicht länger zeitgemäß und daher dringend modernisierungsbedürftig an. Patente vergrößern immer häufiger massiv globale Ungerechtigkeiten, wirken in vielen Bereichen zunehmend forschungshemmend und sorgen oft für eine Konzentration der Rechte bei Einzelnen.

Besonders die Diskussion um Softwarepatente zeigt, wie innovationshemmend und monopolbildend sich Patente auswirken und dadurch auch die Freiheit der Wissensgesellschaft in Gefahr bringen. Patente auf Pflanzen oder Tiere führen zu einer Bestärkung der globalen Ungerechtigkeit und Nahrungsmittelverknappung der lokalen Bevölkerung im Globalen Süden. Im Fall von Patenten auf Medikamente bedrohen sie sogar ganz akut die Gesundheit und das Leben von Millionen Menschen. Wir lehnen Patente auf Leben kategorisch ab und sagen deutlich: Gesundheit geht vor Patentrecht.

Zudem fordern wir kürzere Schutzfristen, eine breitere Nutzungsmöglichkeit für die Gemeinschaft und neue Formen und Weiterentwicklungen freier Lizenzen. Perspektivisch muss diskutiert werden, ob alle Formen von Wissen, die bisher patent- oder urheberrechtlich geschützt sind, auch in Zukunft noch geschützt gehören.

Für uns ist Wissen keine Ware, sondern eine Ressource, die allen zugänglich gemacht werden muss. Der offene Zugang zu Wissen ist für uns auch eine zentrale soziale Teilhabefrage. Besonders die Möglichkeit des Internets allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status, Herkunft oder ökonomischer Leistungsfähigkeit freien Zugang zu Wissen zu ermöglichen, ist zu stärken.

Jegliche Informationen, Medieninhalte und Forschungsergebnisse, die von staatlichen Organisationen, der Allgemeinheit oder öffentlichen Stellen herausgebracht oder gefördert werden, sind unter freien Lizenzen und offenen Formaten frei zugänglich zu machen. Die kooperative Nutzung von geistigen Gemeingütern und die kollektive Intelligenz sind meistens nicht nur kreativer und aktueller, sondern auch produktiver als die klassische, monopolisierte Nutzung und Erarbeitung.

3.8 Demokratisch Wirtschaften

Es müssen sich aber nicht nur die ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ändern, sondern auch der Wirtschaftsprozess selbst muss demokratisiert werden. Wir wollen uns mit der starken Konzentration des Produktivvermögens in den Händen einiger Weniger nicht abfinden. Demokratische Teilhabe wird so verhindert und bestehende Ungleichverteilungen werden noch verfestigt. Wir setzen uns deshalb für die Transformation hin zu einer Wirtschaftsdemokratie ein. Auf diesem Weg wollen wir die Mitbestimmung in Betrieben ausweiten und Hierarchien aufbrechen. Entscheidungen darüber, was und wie angeboten und produziert wird, ebenso wie die Frage, wer LeiterIn oder ChefIn wird, sollten gleichberechtigt durch die Belegschaft getroffen werden und nicht danach gehen, wer das größte Vermögen oder die besten Beziehungen hat. Wir wollen dazu die Formen von MitarbeiterInnenbeteiligung und genossenschaftlich organisierten Betrieben ausweiten.

Unsere Wirtschaftspolitik setzt zudem verstärkt auf die Kooperation in klarer Abgrenzung zur Kartellbildung zwischen Unternehmen. Branchenspezifische, oftmals dezentrale Unternehmensnetzwerke sind ein erster Schritt zu einem solidarischen Umgang am Markt. Auf diese Weise wollen wir auch den Zwang zum ständigen Wachstum für einzelne Unternehmen beschränken. Gerade Aktiengesellschaften unterliegen heute einem permanenten Druck zu immer höheren Dividenden und Renditen, die häufig schon lange nicht mehr nachhaltig erwirtschaftet werden können, sondern massiv zu Lasten der MitarbeiterInnen oder der Umwelt gehen. Die Umwandlung von Aktiengesellschaften in mitarbeitergeführte Stiftungen, Genossenschaften oder ähnliche Rechtsformen, die keinem permanenten Profitzwang unterliegen, könnte dabei gerade den Wachstumszwang in der Wirtschaft mindern.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Unternehmen wieder ihren angemessenen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Hand leisten. Der europäische Steuerdumpingwettbewerb muss endlich ein Ende haben – stattdessen brauchen wir eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung auf hohem Niveau. Der Trend der letzten Jahre zu beständig sinkenden Unternehmenssteuern muss endlich umgekehrt werden.

40 Ode an die Arbeit

Einen großen Teil unseres Erwachsenenlebens verbringen wir mit Arbeit. Aber was ist das eigentlich, Arbeit? Wir verstehen darunter weit mehr als nur das bloße Geldverdienen. Für

uns ist Arbeit nicht an Entlohnung und Beschäftigung gekoppelt. Die GRÜNE JUGEND steht für einen neuen, breit gefassten Arbeitsbegriff, welcher mehr als klassische Erwerbsarbeit beinhaltet. Auch ehrenamtliches Engagement, künstlerische Aktivitäten oder die Pflege von Angehörigen sind für uns gesellschaftlich wichtige Arbeiten. Die meisten Menschen wollen weit mehr von ihrer Arbeit als nur den Verdienst, sie wollen sich selbst verwirklichen. Viele Menschen sehen keinen Sinn mehr in ihrer Arbeit. Das muss sich ändern. Arbeit soll es Menschen ermöglichen, ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen. Damit treten wir auch jeder Forderung nach Arbeitszwang oder Pflichtdiensten entgegen. Es darf niemals einen Zwang zur Arbeit geben – Arbeit kann, darf und soll Spaß machen.

Für viele Menschen ist ihre Erwerbsarbeit schon mehr als die Sicherung des Lebensunterhaltes – sie stiftet Sinn, gibt das Gefühl gebraucht zu werden, etwas beitragen zu können, manchmal ist sie auch ein Ort, an dem Freundschaften entstehen. Gerade deshalb ist für viele Menschen Erwerbslosigkeit ein einschneidendes Erlebnis. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diejenigen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen, auch die Möglichkeit dazu haben. Denn Erwerbslosigkeit ist in den meisten Fällen kein individuelles Schicksal, sondern ein strukturelles Problem. Das Ziel unserer Politik ist dennoch nicht Vollbeschäftigung um jeden Preis, sondern dass jede und jeder selbst über die Gestaltung des eigenen Lebens bestimmen kann.

Zugleich wollen wir aber nicht, dass für viele Menschen Erwerbsarbeit zur einzigen Identifikationsquelle wird. Ganz besonders bekommen das Erwerbsarbeitslose zu spüren, die sich ihre Lage nicht selbst ausgesucht haben, deren gesellschaftliches Ansehen aber zunehmend sinkt. Hat der Mensch keine Erwerbsarbeit, ist er nichts wert – verliert er sie, gehört er nicht mehr dazu. Gesellschaftliche Anerkennung wird über Erwerbsarbeit vorgenommen. Wir lehnen diesen vermeintlichen Zusammenhang ab. Für uns ist klar: Kein Mensch darf danach beurteilt werden, ob oder welchen Job er hat, was er verdient oder welche Leistung er im Job bringt. Eine Vorstandsvorsitzende ist nicht im geringsten wichtiger für die Gesellschaft oder besser oder schlechter als ein Erzieher oder eine Erwerbsarbeitslose. Wir wollen stattdessen, dass gesellschaftliches Engagement stärker wertgeschätzt wird, denn ohne Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement wäre unsere Gesellschaft undenkbar.

4.1 Umverteilung – auch in der Arbeit

Wir wollen, dass sich jeder Mensch nach seinen Wünschen und Möglichkeiten ins Erwerbsarbeitsleben einbringen kann. Die Verkürzung und Umverteilung der Erwerbsarbeitszeit sehen wir als ein Mittel an, um mehr Menschen die Teilhabe an der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dem Märchen von Vollbeschäftigung schenken wir keinen Glauben.

Auch Menschen, die gerne und viel arbeiten, brauchen Pausen. Sonst bleibt wenig Zeit, weder für Freizeit noch für FreundInnenschaften oder ehrenamtliches Engagement. Die Arbeitszeitverkürzung war stets eine wichtige Forderung der Gewerkschaftsbewegung, aber auch in den Anfängen der grünen Partei. Eine Verkürzung der Lohnarbeitszeit sehen wir auch weiterhin als einen emanzipatorischen Fortschritt an – damit für die Menschen mehr Zeit zum Lachen und Denken bleibt. Wir wollen die Anerkennung von nicht-bezahlter Arbeit stärken. Der Mensch muss die Zeit und die Entscheidungsfreiheit haben, auch andere Tätigkeiten auszuüben oder einfach die freie Zeit zu genießen. Die Arbeitszeit muss „flexibler“ werden – allerdings nicht im Sinne einer Steigerung der betrieblichen Effizienz, sondern um sie den

gesellschaftlichen und sozialen Lebensbedürfnissen der Beschäftigten anzupassen. Wir möchten, dass Erwerbsarbeit den unterschiedlichsten Lebensentwürfen gerecht wird.

4.2 Gute Arbeit mit demokratischer Teilhabe und fairen Löhnen

Das System der Erwerbsarbeit hat sich in den letzten Jahren stark geändert und wird das auch in Zukunft tun. Eine Entwicklung, weg von den traditionellen unbefristeten Vollzeitjobs auf Lebenszeit hin zu befristeten und wechselnden Arbeitsverhältnissen, zu mehr Beschäftigungen in Dienstleistungsbereichen, zu flexibleren Arbeitszeiten, zu PC- und Telearbeitsplätzen. Das hat große Auswirkungen: Gebrochene Erwerbsbiografien treten an die Stelle von klassischen geradlinigen Lebensverläufen. Die fortschreitende Technologisierung und die Zunahme von modernen Maschinen hat unsere Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Damit gehen aber nicht etwa sozial verträgliche Arbeitszeiten, gute Arbeitsbedingungen oder faire Löhne einher. Wir setzen uns als GRÜNE JUGEND deshalb auch weiterhin mit Nachdruck für ein gute Arbeit und angemessene Löhne ein. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn muss endlich als Untergrenze für tarifliche Vereinbarungen etabliert werden.

In den letzten Jahren ist der Trend zu Leiharbeit enorm gestiegen. Was zuerst als Berufseinstiegsmodell gedacht war, ist nun eine kostengünstige Möglichkeit geworden, ArbeitnehmerInnen auf Abruf bereitgestellt zu bekommen. Zeit- und LeiharbeiterInnen sind auf allen Ebenen im Betrieb MitarbeiterInnen zweiter Klasse. Mit dieser Entwicklung muss endlich Schluss sein. Wir wollen, dass LeiharbeiterInnen grundsätzlich die gleichen Rechte haben und am Ende des Monats den gleichen Lohn erhalten, wie alle anderen MitarbeiterInnen auch.

Durch die Komplexität des Wirtschaftssystems mit einhergehender Spezialisierung, die Globalisierung und die Verlängerung der Produktionskette fehlt immer stärker der Bezug zwischen ArbeitnehmerInnen, ArbeitgeberInnen und dem zu verkaufenden Produkt oder der Leistung. Wir wollen diesen Widerspruch auflösen. Unser Arbeitsleben muss endlich demokratische Grundpfeiler erhalten. Dem wollen wir mit dem Ansatz einer Wirtschaftsdemokratie Rechnung tragen. Der einzelne Mensch soll nicht länger bloß ein Rädchen, sondern ArchitektIn des großen Ganzen sein.

4.3 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Noch immer spiegeln sich bestehende Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern im Erwerbsleben wider: Frauen verdienen für die gleiche Arbeit im Schnitt deutlich weniger als gleich qualifizierte Männer – auch in Führungspositionen sitzen deutlich weniger Frauen als Männer. Das hat einige Auswirkungen, so haben Frauen oft eher befristete Verträge, übernehmen unterqualifizierte Arbeiten oder sind als Alleinerziehende häufiger arm oder von Armut bedroht als Männer. Wenn Frauen weniger als Männer verdienen, bleiben nach der Geburt eines gemeinsamen Kindes auch eher die Mütter als die Väter zu Hause – die Komponente Geld kann da jegliche Emanzipation ausschalten.

Zeitgleich stecken die Rollenbilder auch weiterhin in unseren Köpfen und Verhaltensweisen. So arbeiten eher Frauen als Männer in erzieherischen Berufen, dagegen eher Männer als Frauen in naturwissenschaftlichen. Neben dem finanziellen Aspekt liegt diese Einteilung auch an Kompetenzzuschreibungen. Wir wollen diese Ungerechtigkeiten in der Berufswahl und im

Erwerbsleben endlich aufbrechen. Ein Instrument dazu ist auch die Einführung einer Quote für Vorstände und Aufsichtsräte. Aber auch in kleineren Unternehmen muss Gleichberechtigung endlich zum Normalfall werden.

Auch das Steuer- und Sozialsystem trägt einen großen Teil zur Verfestigung bestehender Rollenbilder und der Diskriminierung von Frauen bei. In der sozialen Sicherung, beispielsweise dem Ehegattensplitting, oder der Gesundheitsfinanzierung finden sich diese Hürden wieder. Wir setzen uns dafür ein, das Steuer- und Sozialsystem endlich individuell zu gestalten: Das Ehegattensplitting und ähnliche Absurditäten gehören abgeschafft!

4.4 Für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Weil wir Arbeit anders verstehen, weil wir zivilgesellschaftliches Engagement stärker honorieren und jedem Menschen die Freiheit lassen wollen, frei über seine Zeit zu entscheiden, kämpfen wir für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wir lehnen den faktisch bestehenden Zwang zur Erwerbsarbeit ab. Nach unserer Überzeugung hat jeder Mensch von der Geburt bis ins hohe Alter das Recht auf die Sicherung seiner Existenz, ein würdevolles Dasein sowie die Möglichkeit am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gesellschaft ohne Einschränkungen oder Bedingungen teilzunehmen.

Das Grundeinkommen steht allen BürgerInnen individuell und garantiert zu – ohne den Zwang einer Gegenleistung. Die Höhe des Grundeinkommens muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und damit oberhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums liegen. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Kreativität ausleben können, anstatt sie mit der absurden Praxis des „Forderns und Förderns“ zu entmündigen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist für uns ein Weg, das Engagement der Menschen zu fördern – sei es politisch, familiär, persönlich, in Erwerbsarbeit oder für die Gesellschaft.

5 Geld regiert die Welt

In den letzten zwanzig Jahren wurde der Kapitalismus weltweit Stück für Stück von Fesseln, Beschränkungen und Regularien befreit. Das Kapital wurde international mobil, der Handel mit undurchsichtigsten Finanzpapieren erlaubt und nach und nach wurden immer mehr gesellschaftliche Bereiche den Finanzmärkten unterworfen. So entstand eine Welt, in der allzu oft nicht mehr die gewählten Parlamente und Regierungen, sondern die BankerInnen und BörsenhändlerInnen über die Geschicke ganzer Gesellschaften entscheiden.

Um das wieder zu ändern, ist es nicht zuletzt nötig, den Staat finanziell wieder handlungsfähig zu machen. Schon seit Jahrzehnten liegt der Staat mit seinen Ausgaben deutlich über den Einnahmen. Es gab kaum ein Jahr, in dem keine neuen Schulden aufgenommen wurden – das gilt so gut wie weltweit. Dies ist allzu oft auf eine gezielte Strategie zurückzuführen, die öffentlichen Finanzen durch Steuersenkungen auszubluten. So stehen wir heute einer Situation gegenüber, in der unsere Gesellschaft reicher ist denn je, in der es mehr MillionärInnen und mehr SpitzenverdienerInnen gibt als je zuvor und in der zugleich das Geld für elementare öffentliche Güter und Dienstleistungen fehlt. Diesen Trend wollen wir endlich wieder umkehren.

5.1 Finanzmärkte regulieren

Die letzten Jahrzehnte waren Beispiel für eine verantwortungslose Deregulierung und immer

größer werdende Profitjagd an den Finanzmärkten. Etliche Staaten haben im Zuge dieser neoliberalen Entwicklung ganz bewusst die demokratisch legitimierte Einflussnahme auf die Finanzmärkte begrenzt. Durch eine immer stärkere internationale Verflechtung der Märkte, die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen sowie die Schaffung neuer und immer gewinnversprechenderer Finanzprodukte verloren nationalstaatliche Koordinierungs- und Steuerungsmechanismen deutlich an Wirkungskraft.

Die Lücke zwischen realwirtschaftlicher Produktion und den immer größer werdenden Blasen auf den internationalen Finanzmärkten wuchs beständig. Höhepunkt war das Platzen der Blase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre, in deren Folge Banken verstaatlicht und im Eilverfahren und teils vorbei an demokratisch gewählten Parlamenten milliardenschwere Rettungsschirme entworfen wurden. Die Spekulation auf den Finanzmärkten hat ganze Länder an den Rand des Staatsbankrotts gebracht.

Die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Finanzmärkte sollen zur Unterstützung der Realwirtschaft und zur Absicherung gegen Währungsrisiken, nicht aber der rücksichtslosen Anhäufung von Gewinnen privater Akteure oder Staaten dienen. Um dies zu gewährleisten ist eine strengere Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte ebenso dringend geboten wie die demokratische Kontrolle und eine bessere internationale Koordinierung der Währungspolitik.

Dazu gehören auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen und das Verbot bestimmter Finanzprodukte. Neben der Regulierung von Finanzmärkten müssen die Märkte zukunftsfester werden. Investitionen, die sich an ökologische oder solidarische Kriterien halten, sollten deswegen bevorzugt werden.

Aber Regulierung und Kontrolle alleine reichen nicht. Es muss auch darum gehen, die aufgeblähten Finanzmärkte zu schrumpfen. Durch die private Vermögenskonzentration und die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme sind gigantische Geldsummen entstanden, die global nach den besten Anlagemöglichkeiten suchen. Eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen und die Rücknahme der zum Teil privatisierten sozialen Sicherung sind deshalb der beste Weg das „Monster Finanzmärkte“ in den Griff zu bekommen.

Auch die Rolle von Banken sehen wir kritisch. In der Finanzkrise ist es der Bankenbranche gelungen die ganze Gesellschaft als Geisel zu nehmen. Privat fette Gewinne machen und wenn es schlecht läuft, haftet die Allgemeinheit – mit diesem Prinzip wollen wir Schluss machen. Wir wollen deshalb die großen Banken, die sich in der Krise als „too big to fail“ erwiesen haben, zerschlagen. Banken sollen nur noch so groß sein dürfen, dass sie auch problemlos Pleite gehen können.

Öffentlich-rechtliche Sparkassen und genossenschaftliche Banken haben sich dagegen bewährt und haben auch in der Krise stabilisierend gewirkt. Sie kommen ihrer regionalen Verantwortung nach, sichern somit Arbeitsplätze und wichtige kulturelle und soziale Infrastruktur in den Regionen. Deshalb wollen wir sie weiter stärken. Die Krise aber hat gezeigt, dass die Landesbanken nicht mehr ihrer eigentlichen Aufgabe nachgehen, sondern versucht haben, sich auf den Finanzmärkten wie große Privatbanken zu verhalten. Auch haben sie angefangen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen und damit gerade die Begründung für viele Landesbanken in verschiedenen Regionen ad absurdum geführt.

Das Nebeneinander unterschiedlicher Landesbanken in regionaler Konkurrenz lehnen wir ab. Wichtiger als die Frage nach der Form der Banken ist deshalb, dass sie verpflichtet werden,

sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren. Sie sollen die regionale Wirtschaft und große mittelständische Unternehmen unterstützen sowie DienstleisterIn für die Sparkassen sein.

5.2 Generationengerechtigkeit – auch im Haushalt!

Staatsverschuldung ist in unseren Augen nicht prinzipiell schlimm. Wir haben uns immer wieder dafür ausgesprochen, zur Abfederung und Überbrückung konjunktureller Flaute auch schuldenfinanzierte Politik zu machen. Ebenso spricht nichts gegen schuldenfinanzierte Investitionen in nachhaltige Bereiche. Aber schon seit langem ist dabei jedes Maß und jede Kontrolle verloren gegangen. Zudem steigt die Zinslast immer drückender, so dass der Staat zunehmend handlungsunfähig wird. Für eine wirklich nachhaltige Politik ist der richtige Mix aus Konsolidierung und Investitionen in die Zukunft entscheidend. Inzwischen aber ginge ohne die jährliche Neuverschuldung gar nichts mehr, und wenn einmal Schulden abgebaut werden, dann nicht etwa nachhaltig und gerecht, sondern meistens auf Kosten des öffentlichen Eigentums oder der sozial Schwächsten.

Wir wollen eine Politik, die sich auch beim Haushalt dem Prinzip der Generationengerechtigkeit verschreibt. Unser Verständnis von Nachhaltigkeit schließt immer auch den Blick auf das soziale, gesellschaftliche und ökologische Umfeld mit ein. Unsere Politik kostet in manchen Bereichen mehr Geld als heute – dafür wollen wir in nicht-nachhaltigen Bereichen radikal kürzen. Wo in die Zukunft investiert oder öffentliches Vermögen aufgebaut wird, da sind Schulden ein akzeptables Instrument. Wo in der Flaute Schulden angehäuft werden, müssen sie in guten Zeiten auch abgebaut werden, daran hat es viel zu häufig gehapert. Sinnloses Kaputtsparen, indem Schulden durch den Lagerausverkauf abgebaut werden, ist aber das Gegenteil von generationengerechter Politik. Wir wollen einen Staat, der aktiv seine Aufgaben wahrnimmt – und der muss auch ausreichend finanziert werden.

Insbesondere die Kommunen haben unter der desolaten Haushaltslage zu leiden. In den letzten Jahren wurden immer mehr finanzielle Aufgaben auf die Kommunen abgewälzt, sodass besonders in strukturschwachen Regionen die Probleme aus eigener Kraft nicht mehr zu beheben sind. Viele Städte und Gemeinden werden so zu Verwaltern des Elends degradiert und haben kaum noch eigenen Gestaltungsspielraum. Auch die Menschen bekommen es zu spüren, wenn überall Kulturangebote, Jugendprogramme oder Schwimmbäder geschlossen werden. Dieser Zustand muss im Sinne des Föderalismus beendet werden. Die GRÜNE JUGEND setzt sich deshalb für eine finanzielle Stärkung der Kommunen und eine faire Lastenverteilung ein!

5.3 Ein handlungsfähiger Staat – wer zahlt?

Von der Steuersenkungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte hat immer nur die reiche Oberschicht profitiert, wohingegen Versuche in Richtung Konsolidierung immer zu Lasten der Breite der Bevölkerung gingen. Unter dem Deckmantel des neoliberalen Märchens vom verschwenderischen Staat werden Steuererhöhungen inzwischen sogar als „Diebstahl per Gesetz“ gebrandmarkt. Bei einer solch absurden Debatte geht jeder Blick dafür verloren, dass staatliche Leistungen allen in der Gesellschaft zu Gute kommen. Eine Gesellschaft ohne öffentliche Institutionen ist für uns alles andere als erstrebenswert. Ein Staat kann nur dann wirklich Akteur sein und seine Aufgaben erfüllen, wenn er auch ausreichend finanziert wird.

Wir wollen, dass Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen wieder ihren fairen Anteil zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen. Eine gerechte Finanzierung lastet nicht den Schwächsten oder der Mittelschicht den überbordenden Anteil an der Finanzierung auf, sondern nimmt die in die Verantwortung, die es sich auch leisten können. Dieses Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wollen wir im gesamten System von Steuern und Abgaben verwirklichen, ebenso wie eine konsequent ökologische Lenkungswirkung.

Einfach, angemessen und gerecht, so soll ein Steuersystem sein.

Einfach – also verständlich, systematisch durchdacht und ohne viele Ausnahmen.

Angemessen – um die gesellschaftlich definierten Aufgaben des Staates zu gewährleisten.

Und gerecht – denn starke Schultern sollen auch mehr tragen.

Der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ muss endlich in konkretes politisches Handeln umgesetzt werden. Für hohe Vermögen und Erbschaften ist Deutschland geradezu ein Steuerparadies. Wir brauchen endlich eine wirklich solidarische Gesellschaft, in der die Menschen, die viel haben, erkennen und einsehen, dass sie für die Einkommensschwächeren der Gesellschaft etwas abgeben müssen und sie so dem Allgemeinwohl dienen. Dies soll nicht als Übel empfunden werden, sondern eine Selbstverständlichkeit sein, die alle akzeptieren. Solidarisch und gerecht für unser Sozialsystem zu bezahlen, darf nicht mehr als Last empfunden werden, die Menschen müssen wieder gerne Steuern bezahlen.

Weit über hundert Milliarden Euro werden hierzulande pro Jahr vererbt, und das an nur wenige ErbInnen: die Reformen der letzten Jahre haben den Trend zur Vermögenskonzentration noch weiter angeheizt. Erbschaften führen dabei dazu, dass die ungleiche und ungerechte Vermögensverteilung von Generation zu Generation noch verschärft wird. Wir wollen über deutlich höhere Steuern auf Erbschaften und hohe Einkommen sowie die Wiedereinführung einer Vermögensteuer die Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben im Bildungssystem oder dem Sozialstaat wieder sicherstellen. Wir sehen gerade Vermögende auch in der Verantwortung, sich stark an der Bewältigung der hohen Staatsverschuldung zu beteiligen. Deshalb bekennen wir uns zu einem progressiven Steuermodell.

5.4 Der ermutigende Sozialstaat

Unsere Gesellschaft steht vor einer neuen sozialen Frage. Immer mehr Menschen sind ausgegrenzt und haben am gesellschaftlichen Leben immer weniger teil. Die soziale Exklusion geht mit der Herausbildung einer „Schicht der Ausgeschlossenen“ einher, die vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt ist. Diese neue Klasse setzt sich aus vielen verschiedenen Gruppen zusammen: aus den Hängengebliebenen, die schon immer draußen waren, aus den Abgestürzten, die aus der Mitte nach unten durchgefallen sind, oder aus den Verunsicherten, die Angst haben, bald zu den Ausgeschlossenen zu gehören.

Ausgrenzung erfolgt aus ganz unterschiedlichen Gründen, sei es durch Erwerbsarbeitslosigkeit, durch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder durch fehlende Bildungsgerechtigkeit. Die Gesellschaft spaltet sich aufs Neue in schier unüberwindbare soziale Klassen, in eine Klasse der Teilhabenden und eine Klasse der Ausgeschlossenen. Als zusätzliche zentrale Herausforderung kommt der demografische Wandel auf uns zu, eine alternde Gesellschaft, Fachkräftemangel und das Aussterben einiger Regionen.

Wir wollen diese Entwicklung aufhalten und umkehren, wir wollen die gleichen

Verwirklichungschancen für alle in der Gesellschaft. Dazu brauchen wir einen ermutigenden Sozialstaat, der seine BürgerInnen ernst nimmt und sie in allen Lebenslagen unterstützt. Der Sozialstaat muss die zentralen Lebensrisiken absichern, egal ob es sich um Krankheit, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit handelt.

Das heutige Sozialsystem wird diesem Anspruch nicht gerecht. Millionen von Menschen stehen vor gravierenden Problemen, doch der Staat kann ihnen nicht ausreichend helfen. Teilweise verschlimmert er bestehende Problemlagen sogar noch. Er verwaltet sie, anstatt die Menschen dabei zu unterstützen, sich aus ihrer Armut zu befreien. Öffentliche Institutionen sind schlecht ausgestattet und strukturell nicht für die neuen Herausforderungen gewappnet. In vielen Bereichen gibt es eklatante Defizite, sei es im Bildungsbereich, im Pflegebereich oder auch in der Steuerverwaltung. Bei den individuellen Transfers sieht es kaum besser aus.

Wir setzen dem Sozialabbau der letzten Jahre unser Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens entgegen. Aber für uns geht es auch und gerade um die Stärkung der Institutionen – ein Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sicherndes Grundeinkommen und ein breites Angebot öffentlicher Institutionen schließen sich für uns nicht aus. Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit werden sich nur mit besseren Kitas, Schulen und Hochschulen verwirklichen lassen, ein würdevolles Leben im Alter nur mit besseren Pflegeeinrichtungen. Einen Sozialstaat, der auf Spenden von Wohltätigen beruht, lehnen wir ab, auch wenn vorübergehend Einrichtungen wie die Tafeln in den Städten wichtig sind, um eine direkte Folge der Armut zu lindern.

Aber auch eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme ist mehr als überfällig. Wir wollen dabei über das Konzept einer BürgerInnenversicherung alle Menschen in die Versicherungen für Gesundheit und Pflege einbeziehen. Auch die Finanzierung wird so gerechter gestaltet: Statt heute einseitig die Einkommen von Gering- und DurchschnittsverdienerInnen zu belasten, setzen wir auf die Einbeziehung aller Berufe und Einkommen in die BürgerInnenversicherung. So schaffen wir auch eine schrittweise Entkopplung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme vom Faktor Arbeit. Wir wollen die Kosten des Sozialstaates, wie wir sie uns vorstellen, zudem deutlich stärker als bisher über Steuern finanzieren.

Die Reformen des Sozialstaates alleine reichen jedoch nicht aus, denn ein guter Sozialstaat macht noch lange keine soziale Gerechtigkeit. Für die Beantwortung der neuen sozialen Frage wird es auch auf andere Politikbereiche ankommen. Wir streiten überall für eine Politik der gleichen Verwirklichungschancen.

III GESELLSCHAFT & DEMOKRATIE

Die Möglichkeiten, seinen individuellen Lebensentwurf verwirklichen zu können, sind in unserer Gesellschaft immer ungleicher verteilt. Individualisierung, Globalisierung, Digitalisierung und Entsolidarisierung sind Schlagworte einer Gesellschaft ohne große Klammer für ihren Zusammenhalt. Wir streiten für die emanzipatorische Transformation, damit alle frei und selbstbestimmt leben können, unabhängig von ihrer Position. Politik und Zivilgesellschaft schaffen es bisher nur unzureichend, diese Entwicklung aufzuhalten. Aber das ist nur eine Seite. KulturpessimistInnen füllen die Feuilletons mit Thesen zum Niedergang der großen Institutionen: Familie, Schule, Kirche, Volksparteien. Die Gesellschaft zerfällt in mancher Hinsicht, in mancher Hinsicht verändert sie sich aber auch nur. Und diese Veränderung ist positiv. Individualisierung, Globalisierung, Digitalisierung – sie haben für uns auch positive Aspekte. Wir sind eine Generation, die groß geworden ist mit den Chancen der Globalisierung und wir wissen: Digital ist besser.

Je deutlicher uns bewusst wird, dass bestimmte überholte Strukturen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht mehr garantieren können, umso mehr sehen wir in ihnen nicht nur Zusammenhalt, sondern auch Zwang. Wir aber wollen einen solidarischen Individualismus, der Menschen nicht zusammenstehen lässt, weil sie müssen, weil sie gemeinsam andere hassen oder sich pseudo-biologische Bande zusammenphantasieren, sondern weil sie sich bewusst dafür entscheiden. Weil sie wissen, dass Solidarität ihnen allen trotz ihrer Unterschiede ein Mehr an Freiheit und Sicherheit ermöglicht.

Wir teilen ein emanzipatorisches Menschenbild. Jeder Mensch hat das Recht und die Fähigkeit, sein Leben selbst zu gestalten. Das gilt explizit auch für Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, illegalisierte MigrantInnen und alle anderen Gruppen, denen dieses Recht heute oft systematisch vorenthalten wird. Wir wollen, dass jeder Mensch in allen Belangen, die ihn betreffen, mitentscheiden kann und niemand lernen muss, anderen blind zu gehorchen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der die Kategorie „Geschlecht“ ihre Bedeutung verloren hat. Auf dem Weg dorthin fordern wir gleiche Rechte für alle, dazu müssen Frauen gestärkt werden.

Um ihre Freiheit zu sichern und ihre Solidarität zu organisieren, schaffen die Menschen die Demokratie. Die Bundesrepublik Deutschland entspricht unserem Idealbild einer Demokratie aber nicht. Zu sehr ist sie noch von kapitalistischen Machtverhältnissen geprägt. Zu durchzogen ist der Staat von Rassismus, Sexismus und anderen strukturellen Benachteiligungen aus Gegenwart und Vergangenheit. Zu sehr sehen staatliche Stellen die BürgerInnen als UntertanInnen, deren Ansprüche sie abwehren und die sie bis tief in die Privatsphäre ausspionieren müssen.

Wir sind nicht bereit weiter hinzunehmen, dass demokratische Strukturen immer öfter übersteigertem wirtschaftlichem Erfolgsdruck, dem Zwang zur Effizienz und der zunehmenden Ökonomisierung politischer Entscheidungsprozesse zum Opfer fallen. Wir wollen unsere gesamte Gesellschaft radikal demokratisieren und offener, solidarischer und freiheitlicher gestalten. Dies wollen wir zum Beispiel durch ein inklusives, offenes und demokratisches Bildungssystem erreichen. Wir kämpfen für die radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Rassismus, Sexismus, Homo-/Transphobie, Sozialdarwinismus, Antisemitismus oder Nationalismus sind für uns nicht bloß individuelles Fehlverhalten, sondern Fehler an unseren

gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen. Diese wollen wir bekämpfen. Wer genau hinschaut, findet sie nicht nur dort, wo sie offen geäußert werden, sondern fast überall, subtil und machtvoll. Wir finden sie selbst in uns, die wir aktiv gegen sie kämpfen. Strukturen prägen Menschen und es sind gleichzeitig die Handlungen der einzelnen Personen, die zusammen die Strukturen schaffen. In diesem Zusammenspiel von Einzelpersonen und Gesellschaft erneuern und verändern sich Strukturen ständig.

Uns geht es darum, Strukturen zu hinterfragen und aufzubrechen. Wir wollen eine Gesellschaft, die so viele Lebentwürfe zulässt, wie es Personen gibt. Wir wollen, dass endlich nicht mehr Hautfarbe, Abstammung, Name, sexuelle Orientierung oder Geschlecht bestimmen, wie Menschen zu leben haben und was sie vom Leben erwarten können.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der die Kategorie Geschlecht ihre Bedeutung verloren hat. Sie ist Ausdruck von Machtverhältnissen und Mittel zu ihrem Erhalt. Wir müssen alle Strukturen auflösen, die Frauen von Macht und Verantwortung fernhalten. Dazu wollen wir unter anderem Strukturen schaffen, die Frauen stärken und gleiche Möglichkeiten erzwingen.

Obwohl wir als GRÜNE JUGEND nahe an und in der institutionellen Politik arbeiten, ist der Staat nicht das einzige Ziel unseres Aktivismus. Denn um die Gesetze zu verändern, müssen wir die Menschen überzeugen. Um die Gesellschaft zu verändern, müssen wir die Menschen dazu ermutigen, ihr Denken und Handeln zu hinterfragen – und damit bei uns selbst anfangen. Umgekehrt ist es Ziel unserer Politik in den Institutionen, Freiräume zu schaffen für das selbstbestimmte Leben jeder einzelnen Person. Wir streiten für die emanzipatorische Transformation der Gesellschaft zu einer, in der alle frei und selbstbestimmt leben können.

6 Für eine radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche

Für die GRÜNE JUGEND bedeutet Demokratie mehr als alle vier Jahre zwei Kreuze zu machen. Wir streben die radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche an. Das bedeutet, dass jeder Mensch in allen Belangen, die ihn betreffen, auch mitentscheiden kann: Der Staat gehört den BürgerInnen, die Schule den SchülerInnen und PädagogInnen, die Betriebe den Beschäftigten, ... und die GRÜNE JUGEND ihren Mitgliedern. Das bedeutet, dass alle Menschen individuelle, unveräußerliche Rechte haben und selbst über ihr Leben bestimmen können. Die Demokratie basiert auf dem Recht des/der Einzelnen, über sich selbst zu bestimmen. Sie findet ihre Grenze im Recht der Anderen. Für uns ist die Demokratie nicht „die Diktatur der Mehrheit“. Unsere Vorstellung von einem demokratischen Staat ist untrennbar verbunden mit Minderheitenschutz und Rechtsstaat.

Ein Mensch, der frei ist, darf nicht getrieben sein von Armut und Unsicherheit. Eine Gesellschaft, die Machtmissbrauch nicht kennt, darf nicht zulassen, dass Geld die Lebensgestaltungsmöglichkeiten der Einen beschränkt und Andere im Überfluss leben. Wir wollen ein bedingungsloses Grundeinkommen, das allen Freiheit und Sicherheit ermöglicht. Wir wollen einen solidarisch finanzierten, ermutigenden Sozialstaat, der Ungleichheit beseitigt. Und wir wollen die radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche, die die Auswirkungen und Ursachen von Ungleichheit beseitigt.

6.1 Mehr als nur ein Kreuzchen machen...

In einer repräsentativen Demokratie, wie wir sie in Deutschland vorfinden, wählen die BürgerInnen nur ihre Abgeordneten in die Parlamente und Räte. Das hat seine Vorteile: Die

Abgeordneten können sich hauptberuflich mit Politik beschäftigen und so sehr viele Menschen vertreten, die das nicht können oder wollen. Das Parlament ist ein Ort, um tausende Entscheidungen für Millionen von Menschen halbwegs demokratisch treffen zu können. Doch es ist nicht der einzige Ort. Die repräsentative Demokratie schafft in ihrer aktuellen Ausgestaltung zu wenige Mitgestaltungsmöglichkeiten für die BürgerInnen. Wir halten die Menschen für mündig, über sich selbst zu bestimmen. Wo sie wollen, sollten sie das auch tun.

Wir wollen unser demokratisches System durch Elemente der direkten Demokratie ergänzen. Volksentscheide auf Europa-, Bundes- und Länderebene sowie BürgerInnenentscheide auf kommunaler Ebene, sollen den Menschen die Möglichkeit geben, Themen auf die Agenda zu setzen und einzugreifen, wenn die Parlamente nicht in ihrem Sinne entscheiden. Sie machen es möglich, bei einer Sachfrage gegen die gewählte Partei zu entscheiden und befreien so von dem Zwang, seine Stimme bei Wahlen für Jahre komplett abzugeben. Die Hürden für direktdemokratische Entscheidungen dürfen nicht so hoch sein, dass sie letztendlich BürgerInnenbeteiligung behindern. Wir setzen uns auch für alternative Beteiligungsformen wie BürgerInnenhaushalte und kommunale BürgerInnenforen ein. Die langfristige Mitarbeit der BürgerInnen und eine inklusive Moderation ermöglichen es, auch komplexe Entscheidungen unter Beteiligung von allen, die wollen, zu treffen.

Wir kritisieren die repräsentative Demokratie aber auch, weil sie gerade in ihrer aktuellen Form ein Macht-, aber vor allem Wissensgefälle zwischen BürgerInnen und den PolitikerInnen schafft. Die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung sind weder ausreichend noch niedrighschwellig. Dies schränkt die demokratischen Mitentscheidungsmöglichkeiten und die Kontrolle der gewählten Abgeordneten durch die WählerInnen massiv ein. Wir wollen, dass alle BürgerInnen freien und transparenten Zugang zu Informationen über alle Angelegenheiten haben. Wenn Verwaltungsabläufe, Verträge zwischen Staaten und Unternehmen, die Entscheidungen von staatlichen und kommunalen Betrieben oder Einsätze von Spezialeinheiten und Geheimdiensten streng geheim gehalten werden, können sie nicht diskutiert und in Frage gestellt werden. In einer demokratischen Gesellschaft darf ein Staat keine Geheimnisse vor den BürgerInnen haben. Wir wollen, dass alle BürgerInnen freien Zugang zu transparenten Informationen über alle Angelegenheiten haben.

6.2 ...und alle machen mit.

Wir leben in einer Welt, die geprägt ist durch ungleiche Machtverteilung und Hierarchien. Es existiert ein Machtgefälle zwischen Reichen und Armen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Erwachsenen und Kindern, zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen und zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten. Wir kämpfen dafür, dass diese Machtgefälle abgebaut werden.

Individuen, politische AkteurInnen, Unternehmen und der Staat dürfen Macht nicht missbrauchen und Hierarchien bewusst aufbauen oder unbewusst aufgebaute Hierarchien erhalten. Diese Forderung ist aber nicht einfach ein erhobener Zeigefinger. Die Politik muss es schaffen, Strukturen, Gesetze und Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wer mehr Geld hat, darf nicht automatisch privilegierten Zugang zu Macht in Politik und Wirtschaft haben. Niemand darf bestimmen, was geschieht, nur weil er oder sie die „richtige“ StaatsbürgerInnenschaft hat. Kinder haben das Recht, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Und das Geschlecht darf

nicht darüber entscheiden, wer einen Job bekommt.

Aber es geht uns nicht nur darum, wie Entscheidungen getroffen werden. Es geht auch darum, dass jedeR mitmachen kann. Menschen mit der „falschen“ oder keiner StaatsbürgerInnenschaft und alle, die noch keine 18 Jahre alt sind, werden von Wahlen und politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Und das, obwohl sie davon ganz genauso betroffen sind. Diese Situation halten wir für grundsätzlich falsch. Wir wollen, dass alle mitentscheiden können. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Wahlaltersgrenzen und ein Wahlrecht für alle, die mit der Entscheidung leben müssen – egal woher sie kommen. Das Konzept der StaatsbürgerInnenschaft wollen wir überwinden und stattdessen Zugehörigkeiten auf kommunaler Ebene definieren. Jeder Mensch ist BürgerIn einer Gemeinde. Alle anderen staatlichen Ebenen sind Zusammenschlüsse dieser Gemeinden.

Das Subsidiaritätsprinzip ist für uns der Schlüssel: Entscheidungen sollten immer auf der nächsten, also auf kommunaler Ebene getroffen werden. Nur wo das nicht möglich oder nicht sinnvoll ist und überall, wo andere betroffen sind, soll auf weiter entfernten Ebenen eine Entscheidung gesucht werden. Wir wollen einen demokratischen Staat, der von unten nach oben aufgebaut ist, und keinen übermächtigen Zentralstaat. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass Einzelne zu viel Einfluss haben. Wir wollen die Zeit, die eine Person dasselbe politische Amt oder Mandat einnehmen kann, begrenzen und Macht und Arbeitsbelastung auf viele Schultern verteilen. Zwei Legislaturperioden oder acht Jahre im KanzlerInnenamt sind genug. Wir streben zudem langfristig an, dass das Geschlecht bei der Besetzung von Posten keine Rolle spielt. Die hier existierenden gesellschaftlichen Schranken möchten wir mit der Einführung einer Frauenquote überwinden, die Frauen mindestens 50 Prozent der Macht zukommen lässt.

Wir wollen verkrustete Strukturen aufbrechen und wir wollen nicht, dass etwas geschieht, „weil das schon immer so war“. In der GRÜNEN JUGEND versuchen wir uns selbst an dem Projekt Basisdemokratie, weil wir wissen, dass es anders geht, auch wenn das manchmal Aufwand bedeutet. Basisdemokratie ist für uns keine leere Floskel, Basisdemokratie ist eine politische Einstellung, die wir leben wollen.

6.3 BürgerIn, nicht Untertan

Wir streiten für ein demokratisches System, das Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit für alle sichert. Menschen dürfen niemals in die Rolle von BittstellerInnen gebracht oder an der Ausübung ihrer Rechte gehindert werden. Keinesfalls darf in den Verwaltungen Willkür und Diskriminierung herrschen. Die GesetzeshüterInnen müssen sich auch selbst an Gesetze halten. Überwachung und Kontrollen dürfen nicht zum Normalzustand werden, denn sonst verliert der Staat seine Existenzberechtigung.

Wir wollen in einer Demokratie leben und dafür brauchen wir partizipierende BürgerInnen, die die Kontrolle über ihren Staat haben. Im Umgang mit ihm dürfen sie nicht zu Demut und Anpassung gedrängt werden. Wir kämpfen für einen demokratischen Staat, in dem die Menschen partizipieren und nicht kontrolliert werden. In dem es Freiräume gibt, die der staatlichen Kontrolle entzogen sind und in dem die Beteiligung aller gewährleistet ist und niemand ausgeschlossen wird.

Um die Freiräume und Rechte der Menschen zu sichern, brauchen wir einen funktionierenden

Rechtsstaat. Recht begrenzt Macht. Es muss in unserer Demokratie die Aufgabe wahrnehmen, die Minderheit vor der Mehrheit, die Schwachen vor den Starken und die BürgerInnen vor fehlgeleitetem Staatshandeln zu schützen. Das Recht war und ist aber immer auch Ausdruck von Machtverhältnissen. So spiegeln sich Kapitalismus und Patriarchat auch im Recht wider. Doch die Antwort darauf liegt nicht darin, den Rechtsstaat oder seine Prinzipien abzuschaffen. Vielmehr bedarf es einer Reform des Rechts. Eine wichtige und notwendige Reform, damit ein Staat nach unseren Vorstellungen entstehen kann, ist die Abschaffung des politischen Strafrechts. So müssen zum Beispiel Paragrafen wie 129a („Bildung terroristischer Vereinigungen“), unter dessen Vorwand häufig politisch unliebsame Gruppen verfolgt werden und 90a („Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“), der ein Bild des Staates und einen Nationalismus schützt, den wir ablehnen, gestrichen werden.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass ein entscheidender Mechanismus im demokratischen System wieder gestärkt wird: die Gewaltenteilung. Wir brauchen in der Demokratie das System der gegenseitigen Kontrolle der Institutionen. Die gerichtliche Kontrolle der Polizei ist aktuell größtenteils nicht gegeben, da oft weder Staatsanwaltschaft noch Gerichte in diesen Bereichen unabhängig handeln. Bestehende Polizeigewalt und die Praxis, dass häufig keine unabhängige Verfolgung solcher Fälle durch die Staatsanwaltschaft stattfindet, ist mehr als individuelles Fehlverhalten. Sie ist eine Folge der unzeitgemäßen Ausbildung und Ausrüstung der Polizeikräfte, sowie ihrer internen Struktur.

Gleichzeitig werden viel zu oft DemonstrantInnen und AktivistInnen kriminalisiert, überwacht oder anderweitig in ihrem Engagement eingeschränkt. Die Polizei sieht ihre Aufgabe oft mehr in der Verteidigung von Ruhe und Ordnung, als in der Verteidigung des sicheren Rahmens für den demokratischen Prozess. Wir verurteilen, dass das gewalttätige Eingreifen der Polizei als Abschreckungsmaßnahme genutzt wird, um BürgerInnen davon abzuhalten, von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch zu machen und ihre Wünsche oder ihren Protest öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Wir wollen die Ausbildung der Polizeikräfte demokratiefest machen und ihre internen Strukturen demokratisieren. Sie muss sich einer demokratischen Kontrolle von außen unterziehen und wir wollen sie angemessen aus- aber deutlich abrüsten. Zur besseren Verfolgung von Fehlverhalten und Straftaten der PolizistInnen und um nicht immer die komplette Polizeieinheit unter Generalverdacht zu stellen, setzen wir uns unter anderem dafür ein, endlich flächendeckend eine Kennzeichnungspflicht einzuführen. Diese Kennzeichnung soll in der Regel namentlich sein.

Doch Repression beginnt nicht erst beim Schlagstock, für viele ist sie Alltag in der Amtsstube. Der Umgang der Behörden mit seinen BürgerInnen ist auch heute noch allzu oft von altem UntertanInnendenken geprägt. Wer eine Demo anmelden, Sozialleistungen beantragen oder die Religion oder StaatsbürgerInnenschaft wechseln will, trifft auf Hürden, in Form von undurchsichtigen Verfahren, alltagsferner Amtssprache, komplizierten Formularen und unnötigen Gebühren. Das erschwert es den Menschen, ihre Rechte wahrzunehmen. Wir verurteilen solche Mechanismen nicht nur als intransparent, sie führen auch dazu, dass die Verwaltung politisch eingreift, ungewünschte Handlungen verbietet oder Anträge nicht bearbeitet.

Menschen, die nicht selbstbewusst im Umgang mit den Behörden auftreten oder nicht so gut deutsch sprechen, werden systematisch ausgeschlossen und an der Wahrnehmung ihrer Rechte gehindert. Wir dagegen wollen eine offene, transparente, bürgerInnenfreundliche und moderne Verwaltung als Teil unserer demokratischen Kultur.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass viele politische Gruppen die staatliche Überwachung heute zu ihrem Alltag zählen müssen. Die deutschen Geheimdienste, allen voran der Verfassungsschutz, gehören zu einem Konzept der wehrhaften Demokratie, das wir ablehnen. Wir wollen die Geheimdienste abschaffen. Es braucht keinen politischen Geheimdienst, der definiert, welche Formen politischer Aktivität und welche Positionen noch legal sind.

In unserer Demokratie muss es Aufgabe aller DemokratInnen sein, im Diskussionsprozess und durch politische Bildung, antidemokratische Positionen als solche zu enttarnen und ihre Verbreitung zu verhindern. Geheimdienste können aufgrund ihrer Struktur und ihrem Auftrag der Geheimhaltung nie einer ausreichenden demokratischen parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden, deshalb gehören sie abgeschafft. Stattdessen fordern wir eine unabhängige Behörde, die Menschenrechtsverletzungen – unabhängig von ihren VerursacherInnen – in Deutschland systematisch erfasst und publik macht.

6.4 Freiheit statt Angst

Wer den Menschen Angst macht, entmündigt sie und macht sie klein. Es gibt keine absolute Sicherheit und Freiheit stirbt mit Sicherheit. Dennoch nehmen Sicherheits- und Kontrollfreaks vieler Parteien jeden Anlass wahr, um mehr Sicherheit und weniger Freiheit zu fordern. Wir wollen nicht „die Balance von Freiheit und Sicherheit wahren“, weil damit schon ausgedrückt wird, dass Freiheiten und Rechte zur Disposition stehen. Indem wir die BürgerInnen durch permanente Überwachung unter Generalverdacht stellen und so gegenseitiges Misstrauen und Angst schüren, spielen wir TerroristInnen in die Hände und signalisieren ihnen, dass sie ihr Ziel bereits erreicht haben. Denn durch die flächendeckende Einführung von Überwachungssystemen werden lediglich die Symptome, aber nicht Gefahrenursachen bekämpft.

Die Gefahr terroristischer Anschläge wird durch übertriebene und verdachtsunabhängige Datensammelwut und permanente Videoüberwachung nicht im Geringsten gesenkt. Manche Sicherheitsmaßnahmen sind sinnvoll, aber Videoüberwachung und das Sammeln von Daten dient faktisch nur der späteren Verfolgung von Straftaten, hat aber keinerlei präventive Wirkung. Terrorismus muss langfristig und weltweit bekämpft werden, indem Ursachen wie die mangelnde globale Gerechtigkeit behoben werden. Um die Gefahr von gefährlichen Gewalttaten zu mindern, müssen flächendeckende Schusswaffenverbote eingeführt werden.

Überwachung bringt keine Sicherheit, sie verstärkt Unsicherheit und Angst. Daten, die der Staat sammelt, können immer auch missbraucht werden. Und selbst wo das nicht geschieht, wirkt Überwachung gegen die demokratische Kultur: Die Überwachung und Kontrolle stigmatisiert ganze Bevölkerungsgruppen, schürt Vorurteile gegen Fremdes. Überwachung drängt zur Anpassung. Wer ständig überwacht wird, kontrolliert sein eigenes Verhalten. Wir engagieren uns nicht nur gegen eine Ausdehnung der Überwachung, sondern gegen den ganzen Diskurs, der sie hervorbringt. Wir wollen Überwachungsmaßnahmen wieder abschaffen und die Rechte der Polizei wieder verkleinern.

Der demokratische Staat braucht, kennt und akzeptiert seine Grenzen. Die Menschenrechte und die BürgerInnenrechte schränken ihn ein und verbieten - auch angesichts größter Gefahren - staatliche Willkür, den Einsatz der Bundeswehr im Innern, Folter und

Totalüberwachung. Immer wieder werden diese Dinge von Hardlinern gefordert, sie werden bis weit in die Gesellschaft mitgetragen und wurden von Parlamenten wiederholt beschlossen oder gar von der Polizei schlicht durchgeführt. Wir aber sehen in PolitikerInnen, welche die Grenze des verfassungsmäßig gerade noch Zulässigen dauernd und einseitig zu Lasten der Freiheit strapazieren und wiederholt überschreiten, die gefährlicheren Feinde für unsere Freiheit und Demokratie, als in den vermeintlich bekämpften TerroristInnen und Kriminellen.

Wer im "Kampf gegen den Terror" alles mögliche erwägt, hat gerade aus der deutschen Geschichte und allgemein den historischen Umständen der Entstehung der Menschenrechte nichts gelernt. Die feste Verankerung der Menschen- und BürgerInnenrechte im Grundgesetz ist auch eine Reaktion auf Naziherrschaft, Vernichtungskriege und Shoa und kein Schönwetterkonzept. Sie gelten auch für KinderschänderInnen, sonst sind sie wertlos.

6.5 Der öffentliche Raum ist für alle da

Die Demokratie braucht einen öffentlichen Raum, in dem Menschen sich unbeobachtet und ohne Konsumzwang aufhalten, austauschen und ausdrücken können. In einer demokratischen Gesellschaft muss der öffentliche Raum mehr sein als ein sicheres Umfeld für die Wege zwischen Wohnung, Job und Supermarkt. Wir setzen uns ein für Freizügigkeit in der Natur. Wir streiten für ein Ende der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, der allgegenwärtigen Überwachung, der autozentrierten Verkehrspolitik und der Vertreibung von unerwünschten Personen aus dem öffentlichen Raum. Diese Entwicklungen sind eine Gefahr für das demokratische Zusammenleben und die Lebensgestaltungs- und Beteiligungsrechte der Betroffenen.

Obdachlose, DrogenkonsumentInnen oder Jugendliche gehören zu dieser Gesellschaft und dürfen nicht aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Wir setzen uns für einen öffentlichen Raum ein, der es auch Kindern und Menschen mit Einschränkungen aller Art möglich macht, selbständig am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Die Nutzung des öffentlichen Raumes für politische Kundgebungen und Aktionen, wird von den Behörden immer wieder beschränkt. Wir stellen uns gegen Polizei und Behörden, die uns und anderen AktivistInnen das Äußern unserer Überzeugungen in der Öffentlichkeit verbieten und den OrganisatorInnen bei der Planung von Versammlungen gezielt Steine in den Weg legen. Das Versammlungsrecht soll die Meinungsfreiheit sichern und ist damit eines der Standbeine unserer Demokratie. Gleichzeitig muss aber das Verbreiten von menschenfeindlichen Einstellungen und das Leugnen der Shoa, sowie die Volksverhetzung verboten sein.

6.6 Kultur ist mehr

Kultur wird oft in Verbindung mit Tradition begriffen. Sie lebt von dem ständigen Wechselspiel aus Tradition und Innovation, von Experimenten, Rückbesinnung und Verwerfung. Für uns gibt es keine Leitkultur. Menschen sind verschieden und ebenso verschieden sind ihre Ausdrucksformen. Sei es die bildende Kunst, die Musik, der Film, digitale Kultur, das Theater oder das Graffiti, welches für uns unter den Kunstbegriff fällt. Kultur ist die volle Bandbreite künstlerischer Ausdrucksformen und muss entsprechend gefördert werden.

Kunst und Kultur sind wesentliche Elemente gesellschaftlicher Integration. Wir finden es

entscheidend, dass alle Menschen, egal ob arm oder reich, Zugang zu Kunst und Kultur haben. Deswegen fordern wir eine stärkere staatliche Kunst- und Kulturförderung. Wir stellen uns aber gegen eine alleinige Förderung der tradierten Kunst- und Kulturformen, auch neue unkonventionelle Ausdrucksformen müssen Bestandteile dieser Förderung sein. Dabei darf bei der Förderung von Kunst, unabhängig von der Größe der Projekte, die Wirtschaftlichkeit keine Rolle spielen!

Die Digitalisierung unseres Lebens bringt auch neue Formen der Kultur hervor. Videospiele prägen immer stärker unseren Alltag und sind nicht nur mehr ein Wirtschafts-, sondern auch ein ernstzunehmendes, schützenswertes Kulturgut. Wir wehren uns deshalb auch gegen jede Kriminalisierung und Stigmatisierung in diesem Bereich. Die Zensur oder Indizierung von Videospielen lehnen wir ab. Wir treten auch hier für eine Politik der Selbstbestimmung ohne Bevormundung ein.

Ein besonderes Hindernis im Kulturbereich ist das aktuelle UrheberInnenrecht. Wir wollen es grundlegend reformieren. Das Kopieren von digitalen Werken zu privaten, gemeinnützigen oder nicht-kommerziellen Zwecken ist kein Verbrechen. Wir lehnen jede straf- oder zivilrechtliche Verfolgung ab. Unser Ziel ist die Unterstützung der Kreativen, die Beachtung des Schöpferwillens und ein freier Zugang zu den Werken. Wir wollen eine Stärkung freier Formen der Lizenzierung durch Creative Commons oder andere Lizenzmodelle und eine Verkürzung der entsprechenden Schutzfristen.

Wir wollen die Finanzierung von Kultur und Medien grundsätzlich neu gestalten. ProduzentInnen von urheberrechtlich geschützten Kulturgütern sollen durch eine sozial verträgliche und faire „Kultur-Flatrate“ finanziell unterstützt werden. Als Gegenleistung erhält jedeR ständigen freien Zugriff auf die entsprechenden Werke. Der nicht-kommerzielle, öffentliche Rundfunk soll durch eine allgemeine Abgabe finanziert werden. Die Unabhängigkeit der öffentlichen Sender muss durch ein streng staatsfernes Gremium und einen Ausbau der BürgerInnenbeteiligung gewährleistet werden. Des Weiteren muss der Staat mit seinem Kulturhaushalt ein breites Spektrum an kulturellen Institutionen fördern und bezuschussen. Als Voraussetzung für die Förderung müssen die Einrichtungen ihr Angebot allen Menschen unabhängig von deren finanziellen Möglichkeiten zugänglich machen.

6.7 Freies Netz für alle

Das Internet ist mittlerweile Lebensraum. Es verbindet Menschen, bietet Raum für Kreativität und stärkt unsere Freiheit. In vielen Teilen unserer Welt ist es die letzte Möglichkeit die eigene Meinung zu äußern und sich zu informieren. Es ist längst zum Medium dieses Jahrhunderts geworden und bietet die Chance, das demokratischste Medium überhaupt zu werden, auch dort, wo Menschen heute noch aufgrund ihrer politischen Ansichten unterdrückt und verfolgt werden. Das Internet ist allerdings nicht von sich aus demokratisch. Es liegt an uns, es demokratisch zu gestalten. Wir wollen das Internet und seine Möglichkeiten nutzen, stärken und allen zugänglich machen. Wir wollen die Freiheit, die es bietet, stärken und die Versuche sie einzuschränken, bekämpfen. Neue Herausforderungen des Internets nehmen wir an und wollen sie bei der Weiterentwicklung einfließen lassen.

Die GRÜNE JUGEND sieht in der Neutralität des Internets einen fundamentalen Grundsatz für ein demokratisches Internet. Netzneutralität bedeutet, dass Daten neutral übermittelt werden, wenn sie angeschaut oder hochgeladen werden. Die Diskriminierung oder Bevorzugung einzelner Inhalte oder bestimmter AnbieterInnen lehnen wir ab. Ein neutrales

Internet ermöglicht die ansatzweise Gleichberechtigung zwischen kommerziellen und freien Interessen im Netz. Deswegen ist uns die Netzneutralität so wichtig, sie ermöglicht jedem und jeder NutzerIn die gleichen Rechte im Netz. Auch Maßnahmen zum gezielten Durchsuchen von übertragenen Daten (Deep Packet Inspection) ist mit unserem Datenschutzverständnis nicht vereinbar, da die hierfür geschaffene Infrastruktur ein großes Missbrauchsrisiko besitzt. Auch darf die Veröffentlichungsfreiheit im Internet nicht weiter durch juristische Maßnahmen eingeschränkt werden.

Wir vertreten eine Netzpolitik, die nicht das Schlechte und die Gefahren in den Vordergrund stellt, sondern unsere demokratischen und freiheitlichen Werte verteidigt. Im Widerspruch dazu stehen Zensur, Überwachung und Kontrolle – wir treten weltweit dagegen ein. Auch im Internet können Gesetze durchgesetzt werden. Denn das Internet war nie und wird nie ein rechtsfreier Raum sein. Eine Politik, die das Internet zur Repression und Verbreitung einseitiger, ökonomischer Interessen nutzt und die Teilhabe am Internet beschneidet, lehnen wir ab.

Wir wollen die Möglichkeiten des Internets jeder und jedem zugänglich machen. Ein kostenloser Breitbandzugang zum Internet gehört genauso zur universellen, öffentlichen Daseinsvorsorge wie das Telefon oder die Post. Wir wollen die digitale Spaltung überwinden, egal ob zwischen Stadt und Land, Alt und Jung, Reich und Arm, Globalem Norden oder Süden. Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen muss auch auf der Ebene der selbstbestimmten und informierten Nutzung des Internets unterstützt werden. Wir brauchen einen schnellen und konsequenten Ausbau des Breitbandnetzes. Dazu gehört neben der Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen auch der Auf- und Ausbau öffentlicher Funknetze.

7 Bildung ist keine Ware

Für unsere Vorstellung von einer Demokratie, in der alle partizipieren können, müssen alle Zugang zum Bildungssystem haben. Nur mit einem guten, durchlässigen und gerechten Bildungssystem kann die notwendige Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft geschaffen werden. Kinder und Jugendliche müssen von Beginn an in einer demokratischen Kultur aufwachsen und mitentscheiden können. Sie müssen demokratische Prozesse erlernen und ausprobieren können. Dafür muss auch für ausreichende politische Bildung, sowohl im formalen, als auch im non-formalen Bildungsbereich, gesorgt werden. Bildung ist für uns Selbstzweck, sie dient der Entwicklung der Einzelnen.

Bildung ist keine Ware. Sie gibt Menschen die Möglichkeit sich die Welt, ihre Institutionen und Systeme zu erschließen und in ihnen sowie mit ihnen zu handeln. Sie versetzt Menschen in die Lage, sich die Welt durch selbstbestimmtes Handeln anzueignen und sie zu gestalten. Für uns stehen selbstbestimmtes, interdisziplinäres und projektorientiertes Lernen im Zentrum unseres Bildungsbegriffs.

Kritik am Bildungssystem ist auch immer Gesellschaftskritik. Unsere Vorstellungen von Schule basieren auf einer demokratischen, multikulturellen, inklusiven und gewaltfreien Gesellschaftsvorstellung – eine Gesellschaft, in der Solidarität und Toleranz den Alltag bestimmen und nicht Produktivität und wirtschaftliche Verwertbarkeit. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung. Wir wollen dieses Recht auf gebührenfreie Bildung aufwerten und es in der Verfassung verankern. Wir streiten für die Durchlässigkeit im Bildungssystem. Es muss Aufgabe unserer Gesellschaft sein, Menschen aus allen Schichten erfolgreich am

Bildungssystem partizipieren zu lassen. Schulen und das Bildungssystem allgemein müssen für die Menschen da sein – nicht die Menschen sind es, die sich anpassen müssen!

Wir lehnen Kleinstaaterei in der Bildungspolitik ab, denn sie führt zur Chancenungleichheit. Bereits jetzt gibt es klaffende Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während finanzschwache Bundesländer ihre Hochschulen und Schulen nicht ausreichend finanzieren können, erlangen die finanzstarken Länder Vorteile im Wettbewerb um LehrerInnen und WissenschaftlerInnen.

Durch das unsinnige Kooperationsverbot darf der Bund sich nur über Umwege an der Bildungsfinanzierung beteiligen. Außerdem kann es nicht sein, dass ein Schulwechsel oder ein Studienortwechsel oft an unterschiedlicher Bildungspolitik und Rahmenbedingungen scheitert. Den Bildungsföderalismus abzuschaffen und Bildung in die Rahmenkompetenz des Bundes zu geben, stellt ihn demokratisch auf neue Füße, denn die KultusministerInnenkonferenz ist undemokratisch und gescheitert.

Wir fordern bundesweite Bildungsstandards, in denen statt Faktenwissen bestimmte Kompetenzen als Lernziele zum Ende der Schulzeit oder des Studiums vorgegeben werden. Die Abschaffung des Bildungsföderalismus muss aber mit einer Autonomisierung aller Bildungsinstitutionen einhergehen. Wir streiten für Bildungsstandards auf Bundesebene, aber mehr Autonomie für die einzelnen Schulen und Hochschulen. Gute Bildung wächst von unten. Wir wollen, dass Politik den AkteurInnen Gestaltungsfreiräume lässt. Durch demokratische Prozesse sollen SchülerInnen, Auszubildende, Studierende, LehrerInnen, ProfessorInnen und Eltern die Institutionen vor Ort selbst gestalten. Autonomie bedeutet auch, dass Schulen die Fähigkeit erhalten sich an die lokalen Gegebenheiten anzupassen und aktiver Teil der Kommunen zu sein.

Neben der formalen Bildung spielt auch die non-formale Bildung außerhalb von Schulen und Hochschulen, in Verbänden, Jugendgruppen und Sportvereinen eine entscheidende Rolle. Alle müssen die Möglichkeit haben, sich auch außerhalb des formalen Bildungssektors auszuprobieren, zu gestalten und so aktive Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden. Zivilgesellschaftliches Engagement – ob innerhalb der Institutionen, zum Beispiel in SchülerInnen-, Auszubildendenvertretungen, ASTAen oder außerhalb der Institutionen in politischen Jugendorganisationen und Verbänden – muss endlich wertgeschätzt und darf nicht länger behindert werden. Es ist Baustein unserer Demokratie und muss gerade bei Jugendlichen gefördert werden.

Das deutsche Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert, es fehlt an qualifizierten ErzieherInnen, (Berufsschul-)LehrerInnen und ProfessorInnen, sowie SozialpädagogInnen, PsychologInnen, LogopädInnen und vielen anderen, die ein inklusives Bildungssystem für alle ermöglichen, in dem Kinder und junge Menschen nicht einfach allein gelassen werden. Die Bildungsstätten sind häufig technisch nicht auf dem neuesten Stand, es ist niemandem geholfen, wenn junge Menschen mit längst überholter Technik, Maschinen und Methoden lernen. Wir fordern, dass Bildung endlich auch entsprechend ihrer Bedeutung für unsere Demokratie finanziert wird. Auch kann es nicht sein, dass gute Bildung immer mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir fordern das Recht auf gebührenfreie Bildung ins Grundgesetz!

Das Geschlecht darf für den Bildungsweg keine Rolle spielen. Alle Bildungsinstitutionen von der Kita an müssen dafür sorgen, dass geschlechtsspezifische Rollenbilder aufgebrochen und die binäre Geschlechtsordnung in die Vergangenheit katapultiert werden. Wir wollen nicht

nur mehr Männer in Kitas und Grundschulen, sondern wir wollen, dass ErzieherInnen und LehrerInnen in ihrer Ausbildung und in Fortbildungen für das Thema sensibilisiert werden. Unterrichtsinhalte und Lernmaterialien müssen geschlechtergerecht gestaltet werden, sowohl für Mädchen als auch für Jungen bedarf es geeigneter Angebote um ihr Berufswahlverhalten zu erweitern. Die Hochschulen sind dazu aufgerufen, sinnvolle Gleichstellungskonzepte aufzustellen. Ausbildungsberufe, die überwiegend von Frauen gewählt werden, müssen endlich gerecht entlohnt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und das bereits in der Ausbildung!

7.1 Von klein auf gut für alle

Frühkindliche Bildung wurde jahrelang in der Bedeutung für die Entwicklung von Kindern unterschätzt. Durch gute Kindertagesstätten (Kitas) werden Grundlagen im Leben gelegt, die später kaum wieder aufzuholen sind. Wir wollen Kitas, in denen alle Kinder zu Selbstständigkeit, Toleranz und nachhaltigem Denken und Handeln befähigt werden. Kitas dürfen aber nicht zu Vorschulen werden, denn Kinder sollen zunächst spielerisch lernen. Leistungsdenken hat da nichts zu suchen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die frühkindliche Bildung ein entscheidender Faktor ist, um der Chancengleichheit in der Gesellschaft ein Stück näher zu kommen und das Auseinanderklaffen der Chancen von Kindern aus bildungsfernen und bildungsnahen Milieus einzudämmen. Wir fordern deshalb, dass der Besuch von Kitas für alle Kinder kostenfrei und für Kinder ab dem 4. Lebensjahr verpflichtend wird.

Die GRÜNE JUGEND fordert Kita-Konzepte, die alle mitnehmen und sowohl Kinder mit Behinderung als auch Kinder nicht-deutscher Herkunft integrativ einbinden. Dazu müssen auch mehr Männer und MigrantInnen als ErzieherInnen gewonnen werden. Wir wollen insgesamt eine Stärkung der Rolle der ErzieherInnen. Wir streiten dafür, dass ErzieherInnen eine hochwertige Ausbildung genießen und auch dementsprechend viel besser bezahlt werden.

7.2 Unsere Basisschule

Unsere Leitlinien für ein gutes Bildungssystem spiegeln sich deutlich in unserem Schulkonzept wieder. Wir wollen eine Schule, die jedem Menschen eine freie, persönliche Entwicklung ermöglicht und das praktische und theoretische Werkzeug zur Lebensbewältigung in die Hand gibt. Wo sonst, wenn nicht in der Schule, ist Raum und Zeit, um demokratische Prozesse zu erlernen.

Um eine lebendige Demokratie mit kritischen Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, muss Beteiligung an Entscheidungsprozessen von Beginn an selbstverständlich sein. Dabei heißt Beteiligung nicht nur das bloße Abfragen von Interessen oder Ideen. Sie bedeutet das gleichberechtigte Einbeziehen aller Betroffenen auf Augenhöhe. Das kann bedeuten, dass in einer Vollversammlung über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel diskutiert und abgestimmt wird, das heißt aber auch, dass die SchülerInnen selbst über das wann, was und wie ihres Lernprozesses entscheiden.

Für die GRÜNE JUGEND ist klar: Eine demokratische Schule muss eine Gemeinschafts- und Ganztagschule sein, in der alle mindestens neun Jahre gemeinsam und solidarisch lernen. Bildung ist für alle da. Das mehrgliedrige Schulsystem verhindert durch seine starken Selektionsmechanismen soziale Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass der Bildungserfolg

und die Schulart, die man besucht, vom sozialen Status der Eltern abhängig sind. Wir fordern die Abschaffung von Sonderschulen. SonderschülerInnen sind stigmatisiert und haben kaum eine Chance auf einen guten Schulabschluss. Stattdessen sollen alle SchülerInnen in der Basisschule gemeinsam lernen.

Unsere Schule braucht keine Autoritäten. Dafür brauchen wir einen Wandel in der Rolle der LehrerInnen. Sie müssen nicht mehr frontal Wissen vermitteln, sondern begleiten einen selbstbestimmten Lernprozess, beraten beim Wählen von Themen und Methoden, stehen für Fragen zur Verfügung und werden als ExpertInnen zu Rate gezogen. Wir fordern eine umfassende Reform des Lehramtsstudiums. Praxisnähe, Pädagogik und Fachdidaktik müssen in der LehrerInnenausbildung eine zentrale Rolle einnehmen.

Unsere Schule ist eine autonome Schule. Die Schulgemeinschaft entscheidet selbst über die Rahmenbedingungen ihres Lernens und Lehrens sowie ihr Schulkonzept. Der Staat sorgt für ausreichende Finanzierung.

Wir brauchen keine Noten und damit keinen NC mehr. Noten verhindern einen demokratischen und selbstbestimmten Lernprozess ohne ihren pädagogischen Zweck dabei zu erfüllen. Sie treffen pauschale Aussagen, dienen lediglich der Selektion und sichern die Autorität der LehrerInnen. Wir wollen Lernstandsberichte, die gemeinsam zwischen PädagogInnen und SchülerInnen erstellt werden, deren Zweck es ist, eine echte und hilfreiche Rückmeldung zum aktuellen Lernprozess zu geben. Das Sitzenbleiben muss ebenso wie das Abschulen endlich der Vergangenheit angehören.

Wir streben ein Bildungssystem an, in dem Privatschulen überflüssig werden. Bis dies erreicht ist, bekennen wir uns zu öffentlichen Schulen, sehen aber auch, dass Privatschulen, wie die freien Waldorf- oder Montessorischulen VorreiterInnen in der Entwicklung der Schullandschaft und der Pädagogik sind. Wichtig ist, dass keine Kinder bei bestimmten Schulformen ausgeschlossen werden, egal, ob aus finanziellen oder anderen Gründen.

7.3 Für ein Recht auf eine gute Berufsausbildung

Die GRÜNE JUGEND hält am dualen Ausbildungssystem fest. Die Grundidee, Betriebe und Staat gleichermaßen an der Ausbildung zu beteiligen ist richtig und ermöglicht eine qualitativ gute Ausbildung. Trotzdem gibt es viele Stellschrauben, an denen wir drehen müssen, damit das duale Ausbildungssystem zukunftsfähig, gerecht und demokratisch wird. Für uns ist klar: eine gute Berufsausbildung ist Grundlage für den Berufseinstieg. Ohne Ausbildung droht Arbeitslosigkeit oder die lebenslange Arbeit in schlecht bezahlte Aushilfsjobs. Da unzählige ausbildungsfähige Unternehmen gar nicht oder zu wenig ausbilden, droht dies schon jetzt vielen Jugendlichen direkt nach dem Schulabschluss.

Alle Betriebe haben eine gesellschaftliche Verpflichtung auszubilden, werden dieser aber leider vielerorts nicht gerecht. Ausbildungspakte der Vergangenheit waren das Papier nicht wert, auf dem sie standen. Ausbildung darf nicht länger als bloßer Kostenfaktor betrachtet werden. Wir fordern deshalb eine Ausbildungsplatzumlage, die ausbildende Betriebe entlastet und nichtausbildende Betriebe spürbar zur Kasse bittet. Dadurch können die Kosten der Ausbildung gleichmäßig verteilt, der Anreiz zur Ausbildung erhöht und die Hemmung vor Ausbildungstätigkeit abgebaut werden. Wir fordern des Weiteren, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die gewisse Ausbildungsquoten erfüllen.

Um möglichst allen Jugendlichen einen reibungslosen Übergang vom Schul- ins Ausbildungssystem zu gewährleisten, muss Berufsberatung bereits frühzeitig in der Schule stattfinden. Die SchülerInnen müssen bereits hier auf die Anforderungen des Berufslebens vorbereitet werden. Rollenspezifisches Berufswahlverhalten muss frühzeitig hinterfragt und aufgebrochen werden.

Denjenigen, die nicht direkt einen passenden Ausbildungsplatz finden, wollen wir durch ein umlagefinanziertes System die bestmögliche Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz anbieten.

Auszubildende dürfen in den Betrieben nicht nur als günstige Arbeitskräfte gesehen werden. Wir setzen uns daher für eine angemessene und existenzsichernde Vergütung der Ausbildung ein. Auszubildenden und ArbeitnehmerInnen müssen außerdem die gleichen Rechte zustehen. Erziehungs- und Bildungsurlaub sowie tariflich oder betrieblich vereinbarte Regelungen müssen selbstverständlich auch für Auszubildende gelten. Die Übernahmequoten nach der Ausbildung sinken immer weiter. Wir fordern gerade von den öffentlichen ArbeitgeberInnen eine Vorbildfunktion einzunehmen und Auszubildende nach ihrer Ausbildung auch in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

Wir streiten dafür, dass die Demokratie endlich auch in der Ausbildung Einzug hält, denn nur, wer in seinem Arbeitsverhältnis selbst mitbestimmt, kann zufrieden damit sein. Jugend- und Auszubildendenvertretungen müssen endlich mitbestimmen können. So müssen sie mit der Geschäftsleitung anstelle des Betriebsrates über ausbildungsspezifische Themen verhandeln dürfen und Sanktionen, z.B. Blockaden von Neueinstellungen ausüben können, wenn die Geschäftsleitung ihren Forderungen nicht nachkommt.

7.4 Zurück in die Hochschulzukunft

Wir kritisieren, dass sich Universitäten und Fachhochschulen in den letzten Jahrzehnten stark verändert haben. Denn immer größer wurde dabei der Einfluss von Unternehmen, immer stärker wurde Hochschulpolitik Teil der deutschen Wirtschaftspolitik. Dieser Entwicklung wollen wir uns mit allen Mitteln entgegenstellen. Die Verwirtschaftlichung von Hochschulen hat viele Gesichter. Rückbau von geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten, starke Förderung von Fachbereichen, die große Relevanz in wirtschaftlichen Verwertungsprozessen haben, Etablierung von Hochschulräten, in denen VertreterInnen der Wirtschaft Stimmrecht haben, Studiengebühren, Verkürzung der Regelstudienzeit, Drittmittelzwang und vieles mehr zeigen einen gefährlichen Wandel der Hochschulen.

Wir wollen eine Hochschule, in der die Vielfalt an Fachbereichen das Bild bestimmt und an der Studiengänge nicht nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit bewertet werden. Das Studium darf nicht einer strengen Verwertungslogik unterliegen. Auch und gerade die Forschung und Lehre in den Geisteswissenschaften haben einen großen gesellschaftlichen Wert, sie dürfen nicht weiter ausgeschlachtet werden. Dafür brauchen die Hochschulen, insbesondere die Geisteswissenschaften, mehr Geld. Drittmittelfinanzierung sehen wir vor diesem Hintergrund kritisch. Sie führt zum Teil dazu, dass Prestigeprojekte gefördert werden und der Einfluss der Wirtschaft auf Wissenschaft steigt. Grundsätzlich müssen Hochschule und Wissenschaft aus öffentlichen Kassen finanziert werden. Die Unabhängigkeit von Forschung muss gewährleistet werden.

Auch den Bolognaprozess hat die GRÜNE JUGEND kritisch begleitet, gerade in Deutschland wurde er mit einem starken Fokus auf Wirtschaftlichkeit umgesetzt. Statt den durch Europa angestoßenen Reformprozess zu nutzen, um die angestaubten Hochschulen sinnvoll zu reformieren und Teil eines Europäischen Hochschulraums zu werden, wurde das Gegenteil erreicht. Die Regelstudienzeit wurde in vielen Fächern radikal gekürzt und der Bachelor als Regelabschluss etabliert, damit StudentInnen möglichst früh dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Durch die Modularisierung wurde das Studium unflexibler und neue Mobilitätshemmnisse wurden aufgebaut. Die Zulassungsbeschränkungen für Masterstudiengänge lehnen wir ab. Wer seinen Bachelor gemacht hat, muss, wie in anderen Staaten üblich, das Recht auf einen Masterstudienplatz haben. Wir streiten daher für eine Reform der Reform. Bologna gibt in der Theorie viele Möglichkeiten, ein demokratisches und flexibles Studium zu ermöglichen. Die zweistufigen Abschlüsse sollten es nach dem Bachelor ermöglichen, den Fachbereich zu wechseln und auch ein Umsatteln im Studium unter Anrechnung der erbrachten Leistung ermöglichen. Die Reform der Reform muss unter gleichberechtigter Beteiligung aller, insbesondere der Studierenden umgesetzt werden.

Wir kämpfen gegen jede Form der Studiengebühren. Das Studium wird dadurch zur Ware und zum Luxusgut. Studieren war auch vor der flächendeckenden Einführung von Studiengebühren schon teuer und nur Wenige konnten es sich leisten. Die Studiengebühren verschärfen die Zugangshürden zum Studium noch weiter. Seit Einführung hat nahezu jede Bundesregierung das BAföG erhöht. Eine Verbesserung der Lebenssituation von Studierenden hat sich jedoch äußerst selten eingestellt. Wir fordern daher eine rasche Abkehr vom BAföG, hin zum Aufbau einer elternunabhängigen Förderung und Finanzierung des Studiums. Stipendiensysteme können immer nur eine Ergänzung darstellen. Wir wollen mehr jungen Menschen ein Hochschulstudium ermöglichen und damit die Hochschulen heterogener und demokratischer machen!

Wir wollen eine autonome Hochschule, in der demokratisch über Lehr- und Forschungsinhalte von den betreffenden Interessengruppen entschieden wird. Wir fordern deswegen eine verfassungskonforme Viertelparität in allen Gremien der Hochschule. Also eine gleichberechtigte Beteiligung von StudentInnen und ProfessorInnen, sowie wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen.

Die Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen hilft nicht weiter. Die Aufteilung in Universitäten und Fachhochschulen hat nur etwas mit dem Ständedenken in der ProfessorInnenschaft zu tun. Für uns heißt es deshalb, die unterschiedlichen Hochschultypen müssen überwunden und die Idee der Gesamthochschule wieder aufgegriffen werden. So können Synergien zwischen Fachbereichen und Studiengängen in den bisher unterschiedlichen Hochschultypen besser genutzt werden.

7.5 Nein zur Generation Praktikum

Viele junge Menschen machen nach der Schule, der Ausbildung oder dem Studium Praktika, um ihr Wissen in der Praxis zu testen. Praktika können sinnstiftend sein, junge Menschen können sich in ihnen weiterentwickeln und sie können bereichern. Praktika können aber auch Ausbeutung und Frustration bedeuten.

Für uns ist es inakzeptabel, dass zahllose junge Menschen in eine Schleife aus un- oder

schlechtbezahlten Praktika oder von einem befristeten Vertrag in den nächsten geschickt werden. Es kann nicht sein, dass im aktuellen System junge ausgebildete Menschen so wenig wertgeschätzt und hemmungslos ausgebeutet werden. Wir verurteilen Branchen und Unternehmen, die systematisch junge ausgebildete Menschen unter falschen Versprechungen als PraktikantInnen einstellen und ausnutzen, ohne ihnen in irgendeiner Weise eine Perspektive bieten zu wollen. Wir fordern gesetzliche Regelungen, die ein angemessenes Praktikumsgehalt sichern und klare Begrenzungen für die Dauer von Praktika setzen, um die systematische Ausbeutung junger Menschen zu beenden.

8 Selbstbestimmt und frei leben

Das Ziel der Demokratisierung aller Lebensbereiche und einer solidarischen und ökologischen Wirtschaftsweise ist das selbstbestimmte Zusammenleben aller in der Gesellschaft. Doch sind es nicht nur der Staat und Kapitalismus in ihrer jetzigen Form, die den Menschen in seinen Lebensgestaltungsmöglichkeiten beschränken. Es sind auch Strukturen in unserer Gesellschaft, die das individuelle Recht auf die freie Entfaltung einengen. Die Gesellschaftspolitik der GRÜNEN JUGEND ist aber kein Lobgesang auf den Individualismus. Die Freiheit des Einzelnen ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft.

Wir lehnen die Vorstellung ab, dass gesellschaftliche Strukturen und individuelle Verhaltensweisen unveränderbar sind. Diese Vorstellungen bestehen nicht einfach so, sondern sind oft ideologisch motiviert und eng verknüpft mit den ungleichen Machtverhältnissen in der Gesellschaft. Diese Strukturen behindern die freie Entfaltung aller – aber die, die unten stehen, spüren das zuerst. Wer als EinzelneR aus ihnen ausbrechen will oder einfach nicht hineinpasst, spürt es noch härter. Unser Weltbild ist nicht deterministisch vorbestimmt, wir glauben an Veränderungsmöglichkeiten und Wandel durch das, was jedeR Einzelne sich entscheidet zu tun. Das bedeutet erstens, dass wir uns Diskriminierung, Ausschluss und Hass aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Geburtsort, sexueller Orientierung, einer Behinderung, dem Alter, der Religion oder jedem anderen absurden Grund jederzeit und mit voller Kraft entgegenstellen. Und es bedeutet zweitens, dass wir uns dafür einsetzen, diesen Kategorisierungen ihren Sinn und ihre Wirkungsmächtigkeit zu nehmen.

Individualität, Solidarität und Verantwortung schließen sich für uns nicht aus, sondern sind Grundbestandteile der Gesellschaft, in der wir leben wollen und für die wir uns politisch einsetzen. Wir wollen, dass jeder Mensch er oder sie selbst sein kann, und wir wollen, dass gleichzeitig die Solidarität zwischen den Menschen gestärkt wird.

8.1 Grenzen abschaffen auch beim Geschlecht

Wir leben in einer Gesellschaft, die in allen Bereichen von einer tiefgreifenden Vergeschlechtlichung geprägt ist. Jedem Menschen wird direkt bei der Geburt oder schon davor ein Geschlecht zugeschrieben, männlich oder weiblich, dazwischen gibt es nichts. Dieses Geschlecht bestimmt einen großen Teil des weiteren Verlaufes des Lebens des Menschen. Denn neben diesem biologischen Geschlecht, das sich in irgendwie ausgeprägten körperlichen Merkmalen zeigt, wird den Menschen auch ein soziales Geschlecht zugewiesen, das aus einem Bündel von Verhaltensweisen besteht, die "männlich" oder "weiblich" sein sollen. Dass viele Menschen daran verzweifelt sind, weil sie sich nicht als eines dieser beiden Geschlechter gefühlt haben, wird dabei ausgeblendet. Damit verbunden ist eine Zuschreibung

von Eigenschaften zu den Geschlechtern. Über das rein biologische Geschlecht bestimmen diese Rollenbilder das Leben der Menschen. Wir verurteilen, dass Menschen durch Druck und Diskriminierung in diese Rollenbilder gedrängt werden. Wir wissen aber auch, dass wir selbst in den Kategorien weiblich und männlich denken und entsprechend handeln und damit dazu beitragen, dass sie so fest sind, wie sie sind. Wir bemühen uns, das zu durchbrechen.

Es gibt Menschen, die sich weder als Mann noch Frau im klassischen Sinn verstehen. Es gibt größere Unterschiede innerhalb dieser beiden biologischen Geschlechtskategorien als zwischen ihnen. Und letztendlich ist ohnehin jedeR eine ganz eigene Person mit ganz eigenen Eigenschaften, Verhaltensweisen und Gedanken. Die strenge Aufteilung in zwei Geschlechter und die Verhaltensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind menschengemacht. Sie sind das Ergebnis und Ursache von Zwang, Diskriminierung von und Druck auf AbweichterInnen, Unwissenheit und Denkverboten. Sie schränken die Lebensgestaltungsmöglichkeiten der Menschen ein. Unser Ziel ist daher nicht nur das Aufbrechen von Rollenbildern, sondern langfristig die Abschaffung der Kategorie Geschlecht.

8.2 Frauen, bildet Banden!

Die Erkenntnis, dass die Geschlechter menschengemacht sind, lässt sie noch lange nicht verschwinden. In einer Gesellschaft, in der die Geschichte, die Rollenbilder und die Machtverhältnisse so sind wie in der unseren, wirken sie hauptsächlich zum Nachteil von Frauen. Auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der das Geschlecht nicht mehr über die Lebenschancen von Menschen entscheidet, dürfen die patriarchalen Machtverhältnisse nicht vernachlässigt werden. In der Wirtschaft und in der Politik ebenso wie bei der persönlichen Lebensgestaltung sind es Frauen, deren Möglichkeiten durch den allgegenwärtigen Sexismus besonders stark eingeschränkt werden. Die Abschaffung der Geschlechter wird ohne die Überwindung des Patriarchats nicht möglich sein.

Frauen werden in unserer Gesellschaft nicht nur durch ungleiche Bezahlung diskriminiert. Dieses Beispiel ist wohl das plastischste und am häufigsten genannte. Aber auch in allen anderen Lebensbereichen sind Frauen strukturell benachteiligt. Immer noch ist es Gang und Gäbe, dass Frauen die Kinder erziehen, auch wenn sie teilweise genau wie Männer einen Beruf ausüben. Immer noch ist es „normal“, dass Frauen im Sport nicht soviel Aufmerksamkeit zukommt wie Männern. Immer noch werden Frauen im Steuersystem systematisch benachteiligt. Immer noch ist es so, dass Mädchen beigebracht wird, dass sie sich „typisch weiblich“ verhalten sollen – also zurückhaltend, weich und leise. Und immer noch ist es so, dass viele Frauen und Männer all dies als „normal“ betrachten, weil diese Rollenbilder so tief in ihnen und uns allen verankert sind.

Auch sexualisierte und häusliche Gewalt sind immer noch Probleme, von denen hauptsächlich Frauen betroffen sind. Die GRÜNE JUGEND stellt sich jeder Form von Gewalt gegen Frauen – sei es Vergewaltigung, häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung, Frauenhandel oder Zwangsprostitution – entschieden entgegen.

Wir sehen uns in feministischer Tradition und gestalten Feminismus neu. Wir wollen Rollenbilder aufbrechen und endlich Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern herstellen. Wir wollen auf der institutionellen Ebene alles abschaffen, was in der Praxis zur Benachteiligung von Frauen führt. Wir wollen Institutionen schaffen und stärken, die die individuelle Lebensgestaltung von Frauen stärken. Ein wichtiges und umkämpftes Gebiet ist

es dabei, dafür zu sorgen, dass auch Frauen, die Kinder geboren haben, sich selbst verwirklichen können. Überall da, wo Frauen durch sexistische Strukturen in der Gesellschaft benachteiligt werden, wollen wir durch Regeln entgegenwirken, die Frauen fördern, wie zum Beispiel durch die Einführung von Frauenquoten.

Die Freiheit und Würde der Frau steht über der Würde des ungeborenen und unentwickelten Lebens. Das Recht auf einen sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch ist das Recht jeder Frau. Des Weiteren muss ein umfassendes psychologisches Beratungsangebot und gute ärztliche Beratung bezüglich eines Schwangerschaftsabbruchs und möglicher Alternativen auf freiwilliger Basis erhalten und ausgebaut werden.

Viel zu oft wird Frauen die Kompetenz abgesprochen und ihnen der Weg in Jobs und Führungspositionen verwehrt. Die Einführung einer Quote soll dazu beitragen, dass Frauen tatsächlich gleichberechtigt werden und sie auf allen Ebenen mindestens 50 Prozent der Macht haben – egal ob in Unternehmen, Parteien, Parlamenten oder Regierungen. Damit diese Frauen nicht „männliche“ Eigenschaften annehmen müssen, um anerkannt zu werden, ist diese Frauenförderung so wichtig. Männer sollten in dem Prozess zum Erreichen einer geschlechtergerechten Gesellschaft zunächst als Partner verstanden werden und nicht nur als Gegner.

Durch gezielte Maßnahmen der Gendersensibilisierung sollen Männer ihre Verhaltensweisen reflektieren und aktiv strukturelle Änderungen und Änderungen im alltäglichen Verhalten (Undoing-Gender) unterstützen. Auch und insbesondere, wenn dies bedeutet, dass sie auf eine Abschaffung der bestehenden gesellschaftlichen Bevorzugung von Männern mit hinwirken und ebenso eine vorübergehende gesonderte Förderung von Frauen bis zum Erreichen der geschlechtergerechten Gesellschaft nicht nur mittragen, sondern aktiv unterstützen.

In der GRÜNEN JUGEND und in vielen anderen Organisationen ist die 50+-Quote ein erfolgreiches Instrument, um zu garantieren, dass Ämter wirklich gleichberechtigt besetzt werden. Die Quote ist aber nur Mittel zum Zweck – unser Ziel ist es, dass es irgendwann keiner Quote mehr bedarf, sondern dass unabhängig vom Geschlecht alle Menschen gleichberechtigt in allen Arbeitsbereichen arbeiten können.

8.3 Rollenbilder aufbrechen

Doch das reicht nicht: Auch der Sexismus im Alltag muss beendet werden. Überall in der Gesellschaft treffen wir auf feste Vorstellungen von dem, was es bedeutet, ein Mann oder eine Frau zu sein. Als Kinder wird uns anezogen, welches Verhalten sich für einen Jungen oder ein Mädchen gehört und welches sich für unser Geschlecht nicht ziemt. Diese Rollenzuweisung zieht sich durch das gesamte Bildungssystem, in dem wir immer wieder erfahren für welche Fachrichtungen welches Geschlecht besser geeignet sein soll. Besonders durch Medien werden diese Stereotype immer wieder aufs Neue verfestigt und weiterentwickelt.

Während die meisten Rollenbilder in der Berufswelt noch immer Frauen diskriminieren – weil sie zu schwach und zu „weiblich“ für die harte Arbeitsrealität wären – gibt es auch „positive“ Rollenbilder, die wir aufbrechen wollen. Auch diese vermeintlich „positiven“ Rollenbilder, die Frauen aufgrund ihrer Weiblichkeit und Mutterinstinkte als friedliche und mitfühlende Wesen überhöhen und die Männer als starke, schmerzresistente und

durchsetzungsfähige Beschützer idealisieren, bestätigen ein starres Rollenverständnis, das Frauen und Männer in ein fremdbestimmtes gesellschaftliches Korsett zwingt.

Die feministische Bewegung hat viel erreicht in Bezug auf das Aufbrechen weiblicher Rollenbilder, aber kaum jemand hat sich im politischen Feld um die männlichen Rollenbilder und deren Aufbrechen bemüht. Diesen Missstand zu beheben, sehen wir als eine unserer Aufgaben an. Obwohl Männer in einer Gesellschaft, die Rollen nach Geschlecht zuweist, „oben“ stehen, sind auch sie dadurch in ihren Lebensgestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Wir wollen auch sie motivieren, sich stärker mit ihrer eigenen Geschlechterrolle auseinanderzusetzen und aus den starren Rollen auszubrechen. Jegliche Rollenbilder müssen aufgebrochen werden, damit wir alle ein selbstbestimmtes Leben frei von Diskriminierung führen können.

8.4 Im Zweifel gegen Zweisamkeit und Normativität

Die GRÜNE JUGEND akzeptiert alle sexuellen Vorlieben. Wir lehnen jede Repression, Diskriminierung oder Bevorzugung einzelner Formen der gemeinsamen Liebe, Sexualität und Verantwortung füreinander ab, solange die Ausübung sexueller Handlungen zweifelsfrei im mündigen Einverständnis aller Beteiligten vollzogen wird. Die klassische, romantische Zweierbeziehung zwischen einem Mann und einer Frau betrachten wir als eine von vielen möglichen Formen des Zusammenlebens. Die meisten Menschen entscheiden sich dennoch dafür – weil sie es wollen, weil sie es nicht anders kennen oder weil ein massiver Druck in der Gesellschaft hin zu Familie und Zweisamkeit herrscht. Ehe und Familie haben es bis ins Grundgesetz geschafft. Wir wollen diesen Druck abbauen, das Grundgesetz und die Gesetze ändern, die bestimmte Lebensformen benachteiligen oder andere bevorzugen.

An die Stelle von Ehe und eingetragener Partnerschaft soll in Zukunft der Familienvertrag treten. In einem Familienvertrag können Erwachsene alle wichtigen rechtlichen Fragen verbindlich miteinander regeln. Auch Kinder können Teil des Familienvertrages werden und bekommen so ein aktives Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht. Die Berücksichtigung von Familienformen mit mehr als zwei sozialen Elternteilen ist dabei ein zentrales Anliegen von Patchwork- und Regenbogenfamilien. Auch Geschwister sollen Kinder bekommen und Familienverträge abschließen dürfen, ohne dafür bestraft zu werden.

Menschen, die sexuelle Vorlieben oder Partnerschaftsmodelle leben möchten, die aus der derzeitigen Norm fallen, trifft oft soziale Ächtung und Benachteiligung. Dies schränkt ihre Lebensgestaltung ein und kann psychisch krank machen. Hier muss sich vor allem die Gesellschaft verändern: Wir wollen eine Gesellschaft, in der es keine Norm gibt, wie ein Mensch sein Leben zu leben hat – solange das Verhalten nicht fremdschädigend ist. Damit in der heutigen Gesellschaft das Leben für Menschen, die Probleme im Umgang mit ihrer Sexualität haben, einfacher wird, sollten sie die Möglichkeit haben, vorurteilsfreie, kompetente und rücksichtsvolle Beratung und Hilfestellung in Anspruch zu nehmen.

Aufgeklärtes und selbstbestimmtes Sexualverhalten kann nur dann gelebt werden, wenn der Zugang zu Verhütungsmitteln und Informationen über Sexualität besteht. Die Tabuisierung des Themas in der Öffentlichkeit, aber auch in Schulen, führt dazu, dass ein selbstbewusster Umgang mit der eigenen Sexualität von Kindestagen an erschwert wird.

Homophobie ist ein weltweites Menschenrechtsproblem: Viele Staaten kriminalisieren

einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen durch ihre nationale Gesetzgebung. Weltweit werden Menschen deshalb wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt, misshandelt, inhaftiert oder gar ermordet. Die Androhung von Strafverfolgung bedeutet für alle homo-, bi-, inter- und transsexuellen Menschen einen Zwang zur Selbstverleugnung und damit eine eklatante Einschränkung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Es ist ein Leben in steter Unsicherheit, denn Phasen relativer Ruhe bei der Strafverfolgung können jederzeit in eine Phase massiver Repression umschlagen. Da viele staatliche Institutionen die Menschenrechte von sexuellen Minderheiten missachten, kommt es zu sexuellen Übergriffen, die oft ungestraft bleiben. Die Menschenrechte sind unteilbar und besitzen universale Gültigkeit. Die Rechte von homo-, bi-, inter- und transsexuellen Menschen sind dabei selbstverständlich mit eingeschlossen und es ist gut, dass sie immer weiter ins Zentrum des Menschenrechtsdialogs rücken.

Die GRÜNE JUGEND fordert deshalb die Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes wegen sexueller Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes. Wir fordern das Ende jeglicher Sondergesetzgebung für Transsexuelle und eine Abschaffung des Transsexuellengesetzes. Wer eine Geschlechtsumwandlung vornehmen will, darf nicht gezwungen werden, unfruchtbar zu werden.

8.5 Du bist wichtiger als Deutschland!

Die Gesellschaft sollte jedem Menschen die Freiheit geben, sich und seine Gruppen frei zu finden und damit seine Identitäten zu definieren. Das Konstrukt Nation ist eine krasse Beschränkung dieser Freiheit, weil sie den Menschen das Gefühl gibt, festgelegt zu sein und weil sie anderen die Macht gibt, sie festzulegen.

Wir leben in einer Welt, in der Nationen und die Zugehörigkeit zu Nationen eine wichtige Rolle spielen. Wir lehnen nationalstaatliches Denken und die Idee der Nation ab, weil sie Menschen ohne ihr Zutun ausschließt, in Kategorien steckt, bewertet und Lebenschancen zuweist. Ebenso lehnen wir Nationalismus und damit verbundene Konzepte der StaatsbürgerInnenschaft ab, weil sie dem individuellen Anspruch auf Rechte und Freiheit entgegenstehen.

Wir kämpfen gegen jede Form von Nationalismus und Patriotismus, auch gegen die modernen scheinbar harmlosen Erscheinungen. Denn die Grenze zwischen gemeinschaftlichem (Party-)Patriotismus und dem systematischen Ausschluss Anderer ist fließend und gefährlich. Wir wehren uns gegen deutschen und jede andere Form von Patriotismus, weil seine nationalen und konservativen Tendenzen einer emanzipatorischen Politik und globaler Solidarität im Wege stehen.

8.6 Humane Flüchtlingspolitik

Die GRÜNE JUGEND stellt sich auch gegen den strukturellen Rassismus in der Flüchtlingspolitik und die Praxis Flüchtlinge wie Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Diskriminierung von Flüchtlingen durch Lagerunterbringung, Residenzpflicht und durch das Asylbewerberleistungsgesetz lehnen wir ab. Unmenschliche Praktiken wie Kettenduldungen, Abschiebungen, Abschiebehäft und die Politik der Repression und Kontrolle gehören abgeschafft. Im Gegenzug brauchen wir ein Bleiberecht für Flüchtlinge.

Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts in den 1990er Jahren ist die Zahl bewilligter Asylanträge auf ein Minimum geschrumpft. Für uns ist klar: Asyl ist Menschenrecht, daher fordern wir die Abschaffung des Prinzips der sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten und der Flughafenregelung. Auch im Rahmen der Dublin-II-Verordnung darf sich Deutschland nicht mehr Asylverfahren entziehen. Zudem muss es endlich ein Asylverfahren geben, das den AsylbewerberInnen eine faire und realistische Chance gibt, Asylgründe vorzuweisen.

Um der Verantwortung des Flüchtlingsschutzes nachzukommen, muss Deutschland endlich auch ein Resettlement-Programm des UNHCR (der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) einrichten und in diesem Rahmen jährlich ein Kontingent besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen. Langfristig fordern wir, dass sich alle Menschen frei bewegen und reisen können, unabhängig von ihrem Behördenstatus!

8.7 Für ein kulturelles Miteinander!

Uns ist klar: Teil der Gesellschaft ist, wer sich als solches fühlt. Es gibt keinen gesellschaftlichen Konsens, was Deutsch-Sein bedeutet und was Maßstab für die Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft sein sollte. Pluralismus heißt, dass alle Lebensentwürfe akzeptiert werden – solange sie selbst nicht menschenverachtend und unterdrückerisch sind oder anderen Schaden zufügen. Diese Freiheit, die Freiheit einer eigenen Lebensphilosophie, kulturellen Identität und eines Zugehörigkeitsgefühls wird allerdings manchen unhinterfragt gestattet, anderen verweigert. Einem Stadtteil wie beispielsweise Hamburg-Blankenese wird nie der Vorwurf gemacht, eine Parallelgesellschaft auszubilden, einem Stadtteil wie Berlin-Neukölln jedoch sofort.

Integration als politische Forderung sehen wir kritisch, da dieses Schlagwort immer einseitig verwendet wird. Wir stellen den Ausdruck „Integration“ in Frage, weil dabei implizit die Anforderung mitschwingt, MigrantInnen sollten sich zwanghaft in eine bereits geschaffene Gesellschaft eingliedern. Diese Assimilationspolitik lehnen wir unter allen Umständen ab.

Wir möchten die Weichen für eine Inklusion von MigrantInnen stellen: Hierzu gehört es, dass sie sich mit ihren jeweiligen kulturellen Hintergründen einfügen können, ohne sich an einer Leitkultur orientieren zu müssen. Für uns bedeutet Integration vielmehr die Teilnahme an einem gesellschaftlich-demokratischen Bezugsrahmen, wozu natürlich eine funktionierende Kommunikation und der gemeinsame Durchlauf von Lebensstationen wie Kitas, Schulen und Hochschulen ebenso wie die Arbeitswelt gehören. Forderungen nach demokratischen Grundwerten, politischer Bildung, Sprachförderung und Erwachsenenbildung betreffen alle Teile der Gesellschaft, Defizite sind hier vielmehr Ergebnis von sozio-ökonomischen Benachteiligungen. Auch die Weiße Mehrheitsgesellschaft braucht eine Diskussion über Integration in die Gesellschaft! Hier ist eine gemeinsame Auseinandersetzung nötig.

Wir möchten die soziale und kulturelle Spaltung unserer Gesellschaft auflösen. Ob sie eine Zuwanderungsgeschichte haben oder nicht, viele Menschen in unserer Gesellschaft sind mit vielfältigen Ausschlussmechanismen in Arbeitswelt, Schule und Freizeit konfrontiert, sei es durch strukturelle Diskriminierung seitens staatlicher Institutionen und Bürokratie oder durch persönliche Anfeindungen. Alle Menschen haben ein Recht darauf, frei von nationaler, religiöser und rassistischer Ideologie zu leben!

Wir wehren uns gegen eine Einwanderungspolitik, die Menschen auf ihren ökonomischen Nutzen reduziert. Menschen sind keine Ware! Langfristig streben wir eine Welt ohne Grenzen

an, in der sich eine derartige Politik erübrigt. Bis wir dort angelangt sind, streiten wir für eine Einwanderungspolitik, die sich am Bedarf der Menschen orientiert, die hier einwandern wollen und nicht am vermeintlichen wirtschaftlichen Bedarf unserer Gesellschaft.

8.8 Glaube ist privat

Der Wunsch, die Welt zu gestalten und zu verbessern, verbindet uns als Mitglieder der GRÜNEN JUGEND. Die Motivationen dafür sind aber so vielfältig wie wir selbst. Säkularer oder religiöser Humanismus, die Selbstverpflichtung zur Verantwortung für die Mitmenschen und die Welt, der Wert der Natur – abstrakt als Biodiversität oder als Mutter Erde –, die praktische Vernunft, der Wunsch in einer herrschaftsfreien, grenzenlosen friedlichen Welt zu leben, Feminismus und anderes – all das sind Grundlagen unseres politischen Handelns. Diese Politik ist emanzipatorisch mit einer tief greifenden Verantwortung für soziale und ökologische Aufgaben. Das Wohlergehen des Einzelnen und der Gesellschaft bilden für die GRÜNE JUGEND den höchsten Wert. Unser Wertekanon verbindet uns als GRÜNE JUGEND und bildet das Leitbild für unser gemeinsames politisches Handeln.

Wir leben in einer christlich geprägten Gesellschaft, der Staat muss nach unseren Vorstellungen jedoch völlig neutral gegenüber Religionen und Weltanschauungen sein. Wo er mit diesen interagiert, muss er jede Anschauung nach den gleichen Maßstäben behandeln. Die individuelle Freiheit zu glauben, was man will, ist ein wichtiges Grundrecht. Die Neutralität des Staates erfordert es auch, dass das (Grund-)Gesetz frei von religiösen Bezügen ist. Ebenso muss anerkannt werden, dass viele Menschen keiner Glaubensrichtung angehören oder dies als Privatsache ansehen. Dies muss beispielsweise bei der Besetzung von repräsentativen Räten berücksichtigt werden.

Organisierte Weltanschauungen und Religionen sind Teil einer pluralistischen Gesellschaft. Sie können legitime RepräsentantInnen ihrer AnhängerInnen und damit GesprächspartnerInnen der Politik sein. Wenn hierarchische oder autoritäre Religionsgemeinschaften bzw. deren Oberhäupter Rassismus, Biologismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit oder Antisemitismus predigen, fördern, rechtfertigen oder einfach eine offene Flanke bieten, dann kritisieren wir das als GRÜNE JUGEND.

Kein Mensch darf aufgrund seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Religionszugehörigkeit diskriminiert werden. Wir sprechen auch dann von Diskriminierung, wenn Menschen auf eine ihrer pluralen Identitäten, in dem Falle der als AnhängerInnen einer bestimmten Religion, reduziert werden oder Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihres Namens oder ihrer Herkunft einem religiösen oder kulturellen Hintergrund zugeordnet werden, dem sie sich selber nicht zugehörig fühlen.

Jeder Mensch darf selbst entscheiden, als wen oder was er sich definiert. Die GRÜNE JUGEND kritisiert deshalb die zunehmende Islamfeindlichkeit in Deutschland und Europa. Diese tritt teils offen zutage durch rechtspopulistische AkteurInnen, hat aber auch subtile Facetten in Form von kulturrassistischer „Islamkritik“, die von der so genannten Mitte der Gesellschaft kultiviert wird. Wir sind gegen jegliche Instrumentalisierung und Pauschalisierung von Religionen zum Zwecke der Ausgrenzung und Stigmatisierung.

8.9 Recht auf Rausch

Die GRÜNE JUGEND setzt sich für eine aktive Drogenpolitik ein, die zwischen persönlicher Freiheit und der Verantwortung des Individuums für sich und andere abwägt. Wir wollen einen emanzipatorisch-aufgeklärten Umgang mit Drogen. Das Recht auf Rausch basiert auf einem selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper. Im Mittelpunkt unserer Drogenpolitik stehen die Entkriminalisierung aller KonsumentInnen, der regulierte Verkauf aller Drogen in Fachgeschäften und die Erziehung zum mündigen Umgang mit Drogen. Die Grenze zwischen legalen und illegalisierten Drogen war schon immer willkürlich, auch die Unterscheidung zwischen weichen und harten Drogen entbehrt einer objektiven Grundlage. Bisher legale Drogen wie z.B. Alkohol- und Tabakprodukte müssen Teil dieser Drogenpolitik sein und nicht außen vor stehen. Kommerzielle Werbung für Drogen soll verboten werden.

Die Verfolgung und Stigmatisierung von KonsumentInnen verhindert, dass gerade die Menschen mit einem problematischen Drogenkonsum echte Hilfe bekommen und eine sinnvolle Erziehung zu mündigem Drogenkonsum stattfinden kann. Drogenkonsum wird es in jeder Gesellschaft geben, das Thema durch eine Illegalisierung zu Tabuisieren ist dabei der schlechteste Umgang damit. Anstelle der heutigen Prävention mit dem Ziel der Abstinenz wollen wir, dass KonsumentInnen durch neutrale Informations- und Beratungsangebote unterstützt werden selbstbestimmt und kompetent zu handeln. Drogenmündigkeit ist unser emanzipatorischer Weg um Genuss zu fördern und problematischen Konsummustern vorzubeugen. Maßnahmen zur Förderung der Drogenmündigkeit sollen ohne Zwang, sondern auf freiwilliger Basis stattfinden. In der Schule sehen wir den Bedarf für eine obligatorische Grundbildung.

Der Verkauf von Drogen soll in staatlich kontrollierten Drogenfachgeschäften stattfinden. Die dort angestellten VerkäuferInnen bekommen eine spezielle Ausbildung, die es ihnen ermöglicht, die KonsumentInnen über sicheren Konsum aufzuklären, problematischen Konsum zu erkennen und nach Bedarf Beratungs- und Hilfsangebote zu vermitteln.

8.10 Tiere sind keine Ware!

Der Verzehr von Fleischprodukten und die Ausbeutung von Tieren in Medizin und Forschung sind leider immer noch ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Tiere werden behandelt, als wären sie keine Lebewesen, sondern Produkte für das menschliche Wohlbefinden. Wir sprechen uns klar gegen Tierhaltung, Tierversuche und Tötung aus.

Die Nutzung von Tieren in der Forschung versuchen wir durch die Förderung von Alternativen zu minimieren, mit dem Ziel, die Nutzung von Tieren in der Forschung generell zu beenden. Die Tierhaltung in Zirkussen möchten wir komplett abschaffen. Zoos und andere Anlagen, welche den alleinigen Zweck haben, Tiere zum Objekt für die Unterhaltung des Menschen zu machen, sollen geschlossen und bei entsprechender Größe in Tieraufzuchtstationen für vom Aussterben bedrohte aber nachweislich auswilderungsfähige Tiere umgestaltet werden. Die Jagd als Freizeitveranstaltung, ebenso wie der industrielle Massentierfang, der zu massiver Ausbeutung der Bio-Systeme und Artensterben führt, darf nicht weiter praktiziert werden. Stattdessen müssen mehr Naturschutzgebiete und Programme zur Erhaltung bedrohter Tierarten eingerichtet werden, damit kommende Generationen nicht in einer Welt ohne Artenvielfalt leben müssen.

Weiter fordern wir eine leidlose Haltung von Tieren, insbesondere der Nutztierhaltung und eine Einführung von Recht- und Schutzbestimmungen und deren konsequente Durchführung.

Es müssen Standards geschaffen werden, die das Zufügen von Leid und die Ausbeutung von anderen Lebewesen beenden und die deren Existenz nicht nur auf den Nutzen für den Menschen beschränken. In einer Zukunftsvision wünschen wir uns eine weitestgehend tierproduktfreie Ernährung, wollen jedoch keine generelle Verurteilung vom Konsum, solange dieser bewusst, in Maßen und unter biologischen sowie tiergerechten Standards stattfindet. Die GRÜNE JUGEND erkennt an, dass diese Vision einen Entwicklungsraum benötigt und nicht durch einen radikalen Weg zu realisieren ist, sondern Zeit für eine Bewusstseins- und Einstellungsänderung braucht.

9 Menschenverachtung und Ausgrenzung – Schluss damit!

Die GRÜNE JUGEND wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, als ihre Mitglieder zur zweiten Generation nach dem Ende des Nationalsozialismus gehörten. Unsere Eltern waren keine TäterInnen im mörderischen NS-System. Welchen Einfluss hat die NS-Zeit dann überhaupt für unsere politische Sozialisation? Wir wissen: Es gab keine Stunde Null. Am 8. Mai 1945 wurde zwar der NS-Staat besiegt, seine menschenverachtende Ideologie konnte aber nicht von heute auf morgen aus den Köpfen der Menschen verdrängt werden. In vielen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen der neuen BRD – sei es in der Rechtsprechung, in der Medizin oder der Politik – wirkten hochrangige Nazi-Offiziere und FunktionärInnen weiter, als sei nichts gewesen. Als GRÜNE JUGEND stellen wir uns in die Tradition derjenigen politischen Kräfte, die immer wieder auf diese skandalösen Verbindungen hingewiesen haben. Unsere Generation trifft keine Schuld für die Shoa, den Holocaust. Dennoch erwächst daraus die Verantwortung, die Erinnerung am Leben zu halten. Wir sind die letzten, die noch die Möglichkeit hatten, mit ZeitzeugInnen dieser Geschichte zu sprechen. Die Forderung „Nie wieder Auschwitz“ ist eine Grundlage unserer politischen Kultur.

Viele unserer Mitglieder engagieren sich in antirassistischen Initiativen. Wir blockieren Nazi-Aufmärsche, klären über die Rechten auf und stellen uns jedem Rassismus in den Weg. Antifaschismus ist für uns kein Problem der Haushaltspolitik. Es muss selbstverständlich sein, dass eine aktive antifaschistische Gegenkultur gefördert wird.

9.1 Gegen jede Extremismustheorie

Wir lehnen die Extremismustheorie ab. Die Gleichstellung von „links“ und „rechts“ ist in vielfacher Hinsicht problematisch. Sie stellt zwei politische Ideologien gleich, die in vielen Bereichen niemals gleich waren. Bei aller berechtigten Kritik an der DDR mit ihrer organisierten staatlichen Verfolgung und Repression – der NS-Staat ist ein einmaliges Verbrechen, die Singularität der NS-Verbrechen bleibt für uns unbestreitbar. Millionen von Menschen wurden aufgrund ihrer Religion, ihrer politischen Einstellung, ihrer Geburtsorte, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Behinderung oder aufgrund ihres mutigen Widerstandes ermordet oder haben mit schweren Leiden überlebt. Die menschenverachtende industrielle Ermordung von über sechs Millionen Menschen mit dem Ziel, ganze Gruppen für immer auszulöschen, wie sie in den vielen Konzentrationslagern stattfand, ist grausam und erwehrt sich jeglichen Vergleichs.

Die industriell organisierte Ermordung von über sechs Millionen Menschen mit dem Ziel, ganze Gruppen für immer auszulöschen, ist in der Geschichte unvergleichbar. Auch heute gilt: Das Problem sind die Nazis. Seit der Gründung der BRD und der späteren Wiedervereinigung sind viele Menschen durch die Angriffe von Neonazis gestorben. Wer die

Gleichstellung von „links“ und „rechts“ vorantreibt, verharmlost die Nazis und schwächt und kriminalisiert die notwendige antifaschistische Gegenkultur.

Rassismus ist nicht nur problematisch, wenn die NPD eine Wahl gewinnt oder ein besonders brutaler rassistischer Angriff stattgefunden hat. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rassismus und Antisemitismus war und ist ein Problem von weiten Teilen der Gesellschaft. Rassistische Pogrome wie in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda wurden von nebenbei stehenden AnwohnerInnen beklatscht. Es ist einfach, menschenverachtende Ideologien an die so genannten „Ränder“ zu verbannen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Rassismus und Antisemitismus sind eng verknüpft mit vielen Institutionen und Normen. Es gibt einen strukturellen rassistischen Konsens in weiten Teilen dieser Gesellschaft, bis hin zur radikalen Linken. Die GRÜNE JUGEND kann sich davon nicht ausnehmen, setzt sich aber die Aufgabe diese Strukturen zu durchbrechen.

9.2 Antifaschismus

Unser Engagement gegen Nazis wendet sich gegen ein falsches und verbrecherisches Menschenbild und gegen Bestrebungen, autoritäre Strukturen zu etablieren. Wir begreifen Naziaktivitäten als den Versuch, ein Klima in der Gesellschaft herzustellen, in dem Nationalismus, Rassismus und Sexismus normal und alle linken und liberalen Aktionen grundsätzlich problematisch sind. Wo dies gelingt, sind die Nazis in der Lage, die Lebensgestaltungsmöglichkeiten aller anderen massiv einzuschränken.

Dazu nutzen Nazis verschiedene Strategien: Präsenz durch Aufmärsche, Einschüchterung von GegnerInnen durch gezielte Gewalt, Errichtung von „nationalen Zentren“, von denen Aktionen ausgehen, sowie das Einsickern in bürgerliche Institutionen wie die Freiwillige Feuerwehr, in die Jugendarbeit oder den Sportverein. Darüber hinaus verstecken sich RechtspopulistInnen hinter vermeintlicher Islamkritik, transportieren so ihre antidemokratische und ausländerfeindliche Ideologie und versuchen über das Schüren von Angst vor „Überfremdung“, meist mit Bezug auf kommunale Themen, vor Ort Fuß zu fassen. Eine Patentlösung gegen Nazis kann es nicht geben. Wir müssen Nazis vor Ort stellen und die Menschenfeindlichkeit ihrer Politik bloßstellen sowie demokratische Alternativen aufzeigen. Die GRÜNE JUGEND ist daher Teil diverser Bündnisse und zeigt Gesicht für eine offene Gesellschaft.

Wir als GRÜNE JUGEND fordern alle rechtsstaatlichen Mittel im Kampf gegen Rechts auszuschöpfen. Um das Abrutschen junger Menschen zu verhindern, ist ausreichend finanzierte Bildungs-, Aufklärungs-, Präventions- und Jugendarbeit notwendig. Daneben müssen wir auch weiterhin die Unterstützung von Programmen, Initiativen und Bündnissen gegen Rechts in den Vordergrund stellen. Die Sensibilität an Schulen und Jugendeinrichtungen für rechte Tendenzen muss steigen, zudem bedarf es Programmen für Opfer rechter Gewalt. Letztlich müssen AussteigerInnenprogramme gefördert und ausgebaut werden. Auch für Angehörige und Bekannte von Rechtsextremen bedarf es Anlaufstellen und Beratungsangeboten.

9.3 Antirassismus

Der Rassismus ist in unserer Gesellschaft nicht etwa überwunden oder ein Randphänomen, sondern ein strukturelles Problem, das wir tagtäglich aufs Neue angehen müssen. Rassismus

als Ideologie und System hat zum Zweck, die Vorherrschaft und Privilegien der Herrschenden, der Weißen abzusichern. Weißsein ist nicht etwa eine biologische Kategorie sondern eine soziale und politische Position: Weiße haben in unserer Gesellschaft die soziale Vorherrschaft und politische Macht inne, sie stellen die unbenannte Norm dar, nach der alles bemessen wird. Auch wenn der Begriff der „Rasse“ schon seit langem auf der biologischen Ebene widerlegt ist, sind rassistische Vorurteile und Logiken noch lange nicht aus den Köpfen und Institutionen verschwunden. Zunehmend wird der Begriff „Rasse“ durch Ethnie oder Kultur ersetzt, durch die wertbehaftete Gegenüberstellung von „traditionell und archaisch“ und „modern und zivilisiert“ entsteht wiederum ein rassistisches Gefälle.

Von Klein auf bekommen wir das Bild vermittelt, dass die deutsche Gesellschaft eine Weiße Gesellschaft sei, deren Werte auf Christentum und Aufklärung aufbauen. Wer da vermeintlich nicht hineinpasst, wird täglich mit Ausgrenzungsmechanismen konfrontiert. Schwarze, People of Colour, MuslimInnen, JüdInnen, Sinti und Roma, alle als „Nicht-Deutsch“ wahrgenommenen Menschen leben teils schon seit Jahrhunderten in Deutschland und sind Teil der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit werden sie trotzdem als „anders“ behandelt. Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, die Menschen nicht nach ihrem Äußeren und scheinbaren Gruppenzugehörigkeiten definiert, sondern alle Menschen als gleichberechtigte Individuen und vollwertige Mitglieder eben jener Gesellschaft betrachtet.

Allerdings gibt es Rassismus nicht nur im Negativen, in der Ausgrenzung: Die offenen Anfeindungen gegen Menschen, die als Nicht-Deutsch wahrgenommen werden, sind genauso rassistisch wie die ständige Verknüpfung von Schwarzen mit Exotik, Sexualität oder guten sportlichen Leistungen. Gerade aus der Motivation vermeintlich Gutes zu tun, ergeben sich an manchen Stellen rassistische Stereotype – sehr plakativ auf den Spendenaufrufen der entwicklungspolitischen Organisationen – oder eine Austauschbarkeit, indem Schwarze und People of Colour lediglich als Platzhalter für Vielfalt im öffentlichen Raum auftauchen. Diese vermeintliche Vielfalt wird aber nicht dadurch erreicht, dass wir uns lediglich damit schmücken, dass es auch Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft gibt, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen dafür streiten, dass vermeintliche Gruppenzugehörigkeiten ihre Bedeutung verlieren. Die GRÜNE JUGEND sieht den Menschen als Individuum und nicht als AngehörigeN einer Gruppe! So stellen wir uns im erweiterten Sinne auch gegen biologischen Determinismus.

9.4 Gegen Antisemitismus

Antisemitismus ist keine spezifisch „deutsche“ Eigenschaft, dennoch wurde er unter deutscher Herrschaft mit verbrecherischer Konsequenz ausgeführt. Im Gegensatz zu rassistischen Diskriminierungen wertet der Antisemitismus JüdInnen nicht per se ab, sondern erfindet diese als machtvolle „Strippenzieher“ im Hintergrund. Die gefräßige Spinne, die weltumfassende Krake oder der langnasige Spekulant sind bekannte Karikaturen und Ausdruck dieser Form von Antisemitismus. Die Shoa basierte auf der Konstruktion eines „homogenen jüdischen Volkes“, welches das „deutsche Volk“ aussaugen würde. Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus. Ob es der direkte Juden Hass von Neo-Nazis oder verkürzte Kapitalismuskritik ist, die sich antisemitischer Rhetorik bedient. Wenn noch heute Synagogen in Deutschland von Polizeieinheiten geschützt werden müssen, kann von Normalität oder „Schlusstrich“ keine Rede sein.

Eine relativ neue Variante des Antisemitismus ist eine auf antisemitischen Argumenten

basierende Kritik an Israel. Wir kritisieren jedes staatliche Handeln, das sich gegen Menschenrechte und Gerechtigkeit wendet. Doppelte Standards helfen, wie in jedem anderen Konflikt, so auch im Nahostkonflikt nicht weiter. Es gibt nicht nur Gut und Böse, kein plakatives Israel oder Palästina. Auf beiden Seiten finden wir als GRÜNE JUGEND politische FreundInnen und politische GegnerInnen.

Seit Jahren veranstaltet die GRÜNE JUGEND Austauschprogramme in den Nahen Osten und wir sehen es als unsere Aufgabe an, in diesem Konflikt zu differenzieren. Wir wenden uns gegen all jene Kräfte, die versuchen, das Existenzrecht des Staates Israel zu delegitimieren, aber genauso möchten wir ein gerechtes und selbstbestimmtes Leben für Palästinenser und Palästinenserinnen. In diesem Konflikt sind unsere BündnispartnerInnen diejenigen, die sich für einen gemeinsamen, emanzipatorischen Weg einsetzen.

9.5 Gegen Islamfeindlichkeit

Unter dem Deckmantel der Islamkritik ist die rassistische Diskriminierung von Menschen muslimischen Glaubens in der breiten Gesellschaft in Deutschland, aber auch in ganz Europa, alltäglich geworden. Es findet jedoch keine sachliche Diskussion statt, sondern lediglich das Aussprechen von Stereotypen. Diese negativ-stereotype Haltung gegenüber dem Islam und seinen tatsächlichen oder mutmaßlichen Angehörigen ist in der Gesellschaft weit verbreitet, auch innerhalb der demokratischen Parteien. Wir als GRÜNE JUGEND nehmen diese Gefahr ernst.

Durch die pauschale Verknüpfung des Themas Islam mit Integrationsproblemen und die undifferenzierte Gleichsetzung seit dem Anschlag 9/11 mit „Islamismus“ und „Terrorismus“ wird das Feindbild Islam geschaffen. Der Neubau von Moscheen bzw. Minaretten oder die Verschleierung durch Burka oder Niqab werden instrumentalisiert, anstatt der offenen Forderung „Ausländer raus“ wird nun von der Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ gesprochen. Die Burka bzw. Niqab und die Minarette symbolisieren den „vermeintlichen“ grundsätzlich undemokratischen, intoleranten und gewaltbereiten Islam.

Diese Verknüpfung mit sozialen und politischen Problemen wie Angst vor sozialem Abstieg, fehlender Gleichberechtigung und Mitbestimmung zeigt, dass hinter der Islamkritik die seit langem herrschende Diskriminierung steckt. Die erwähnten Probleme lassen sich nicht durch Beschneidung der Religionsfreiheit beseitigen. Deshalb spricht sich die GRÜNE JUGEND ausdrücklich gegen diese Verbote hier in Deutschland, aber auch in ganz Europa aus. Islamfeindlichkeit darf nicht geduldet werden! Wir müssen offen mit den sozialen und politischen Problemen umgehen und aufzeigen, dass Rassismus diese Probleme nicht lösen kann.

IV GLOBAL & GERECHT

Wir leben in einer Welt, in der der Geburtsort und die Familie, in die ein Mensch hineingeboren wird, entscheidend dafür sind, ob er mit den Grundbedürfnissen des Lebens zu kämpfen hat oder aber unbeschwert leben kann. Täglich werden Menschen verfolgt, gequält und vertrieben – aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung. Krieg und Gewalt sind für viele Menschen bitterer Alltag. Hinzu kommen soziale und ökologische Katastrophen, die Menschen dazu zwingen, FreundInnen und Familie zu verlassen. Statt einem besseren Leben warten neue Repressionen und neue Qual. Statt neuem Glück finden sie oft Grenzpatrouillen, Stacheldrahtzäune und Internierungslager. Die GRÜNE JUGEND macht nicht Politik für die Deutschen, sondern Politik für alle Menschen auf der Welt. Für uns ist klar: wir sind alle BürgerInnen dieser einen Welt – kein Mensch ist illegal!

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Dieses revolutionäre Versprechen für alle Menschen einzulösen und nicht nur für einen kleinen, reichen Teil ist unser Ziel. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bildet für uns die Basis unseres globalen Zusammenlebens. Jedes dieser Rechte ist von besonderem Wert und wir wehren uns gegen jegliches Aufrechnen oder Gegeneinanderausspielen von bürgerlichen Freiheitsrechten und sozialen und wirtschaftlichen Rechten. Weltweit gibt es Übereinstimmung darüber, dass die entscheidenden Werte wie Menschenwürde, Selbstbestimmung und Unversehrtheit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendig sind. Da die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in ihrer Form westlichen Ursprungs ist, dürfen gesellschaftsspezifische und regional unterschiedliche Ausformulierungen und Konzepte nicht von vornherein als kulturrelativistisch abgetan werden. Wir wollen, dass alle Menschen diese Rechte nicht nur haben, sondern auch in Anspruch nehmen können und vor allem dürfen.

Voraussetzung dafür ist eine friedliche und demokratische Welt, in der der globale Wohlstand gerecht verteilt ist und in der die ökologischen Grenzen nicht weiter überschritten werden. Deshalb streiten wir für eine Friedenspolitik, die nicht auf Macht und Militär setzt, sondern auf Gewaltfreiheit, die Wahrung des Völkerrechts, auf internationale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit. Deshalb streiten wir dafür, dass alle Menschen die Möglichkeit bekommen, in freier Willensbildung ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine Umverteilung des globalen Wohlstandes. Und deshalb streiten wir für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und für ernsthaften Klimaschutz.

Wir wissen aber auch: um den Anspruch gleicher Rechte durchzusetzen, muss sich unsere Welt grundlegend wandeln. Heute endet das Denken und die Solidarität vieler Menschen spätestens an den Grenzen der eigenen Nation. Das Ziehen von nationalstaatlichen Grenzen erzeugt Unterschiede, Ungleichheit und führt zu Ausschluss, Leid und Diskriminierung. Historisch ist es allerdings immer wieder gelungen, die Grenzen der Solidarität und der Identität zu erweitern.

Als EuropäerInnen erleben wir hautnah, wie sich erneut Grenzen verschieben und aufheben. Diese Erfahrungen bestärken uns in unserer Vision einer Welt ohne nationale Grenzen – einer Welt, in der sich alle Menschen frei bewegen und ihre politischen Rechte an dem Ort wahrnehmen können, an dem sie sich entschieden haben zu leben. Zugleich wissen wir: eine Welt ohne nationale Grenzen gibt es nicht von heute auf morgen. Wir kämpfen für den Abbau nationalen Denkens, die Angleichung der Lebensumstände weltweit und für globale Umverteilung. Deshalb setzen wir auf eine Strategie die Grenzen der Nationalstaaten durch

internationales Recht und regionale wie globale Demokratie schrittweise aufzuheben. Die Europäische Union entspricht zwar noch nicht unseren Ansprüchen an eine regionale Demokratie, wir wissen aber, dass sie in ihren demokratischen Strukturen bereits weit fortgeschritten ist und sehen dadurch die Möglichkeit, aber auch die Verantwortung, sie noch weiter zu entwickeln.

Wir setzen uns für ein Zusammenwachsen der Weltgemeinschaft ein. Dies ist ein langer Weg und bedeutet zu aller erst einmal, dass wir uns unserer Sozialisation, also unserer Anpassung an gesellschaftliche Denk- und Gefühlsmuster durch Verinnerlichung von sozialen Normen, bewusst werden. Es ist unvermeidbar, dass uns in unserer Erziehung bestimmte Normen, Kategorien und Vorstellungen mitgegeben werden. Oft werden rassistische Denkmuster, nationalistische Aggressionen und sexistisches Verhalten gesellschaftlich anerzogen oder von der Gesellschaft geprägt. Diese Sozialisation versuchen wir zu überwinden, indem wir uns nicht mehr primär über Sprache, Religion, Kultur, oder Nationalität, sondern als Individuen und über globale und elementare Werte definieren.

Kultur und Tradition sind nicht mit der Geburt festgelegt, sondern können dynamisch ergänzt, neu gelebt und vermischt werden. Identität muss nicht mit Ausschluss verbunden sein, vielmehr wollen wir Gemeinsamkeiten aufzeigen, die über nationale Grenzen hinweg Menschen verbinden. Wir setzen uns für den Wandel von Identitäten hin zu einem globalen Bewusstsein und globaler Verantwortung ein. Globale Identitäten können nur langsam von unten, mit Hilfe von überregionalen Netzwerken, Jugend- und Kulturaustausch, dem Erlernen von Sprachen, modernen Kommunikationsmitteln und einer globalen Medienlandschaft wachsen. Daran wollen wir gemeinsam mit unseren globalen und europäischen Partnerorganisationen, wie GYG (Global Young Greens), FYEG (Federation of Young European Greens) und CDN (Cooperation and Development Network) arbeiten.

10 Frieden schaffen ohne Gewalt

Das friedliche Zusammenleben aller Menschen auf dieser Welt ist ein elementarer Bestandteil unserer Vision einer Welt ohne Grenzen. Die Bundeswehreinsätze in Kosovo und Afghanistan waren für viele von uns einschneidende Momente. Gerade der Kosovo-Einsatz hat uns die Zwickmühle zwischen dem Schutz der Menschenrechte und unserem grundsätzlich pazifistischen Verständnis aufgezeigt. Auch in Anbetracht dessen setzen wir uns weiterhin für eine pazifistische Friedens- und Sicherheitspolitik ein, bei der die Sicherung der Menschenrechte gewährleistet werden kann.

Damit meinen wir nicht Pazifismus als individuelle Haltung, sondern als politische und ethische Position. Wir verstehen darunter eine grundlegende Abscheu vor dem Einsatz von Gewalt. In unseren Augen kann Gewalt weder politisch noch individuell eine nachhaltige Strategie zur Lösung von Konflikten sein. Jeder weiß, dass Gewalt immer Gegengewalt erzeugt, eine Eigendynamik entwickelt und niemals frei von Macht und Interessen gebraucht werden kann. Pazifismus ist für uns der Handlungsgrundsatz in allen Lebensbereichen und nicht einfach nur ein Mittel unter vielen Konflikte gewaltfrei zu lösen: er erfordert weit mehr als nur zivile Konfliktprävention, die versucht, dafür zu sorgen, dass es erst gar nicht zu gewalttätig ausgetragenen Konflikten kommt.

10.1 Eine Welt ohne Waffen

Unser Ziel ist eine Welt ohne Waffen und Armeen, in der alle Menschen ohne Angst und Gewalt leben können. Auch wenn die Zahl der Kriege in den letzten Jahren zurückgegangen ist, so herrschen weltweit nach wie vor zahllose bewaffnete Konflikte, in denen jeden Tag tausende Menschen durch Minen, Bomben und Kleinfeuerwaffen ums Leben kommen. Kleinwaffen sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit, durch sie werden Konflikte in der ganzen Welt geschürt und Millionen von Menschen getötet.

Vor den historischen Erfahrungen von Krieg und Massenvernichtung stehen gerade, aber nicht ausschließlich, Deutschland und Europa in der Verantwortung ihre Rüstungsproduktion und -exporte einzustellen, um nicht für weiteres Elend in der Welt verantwortlich zu sein. Die Rüstungsindustrie verdient jährlich Milliarden durch den Handel mit dem Tod, das muss ein Ende finden. Die Einsatzverbote für Tod und überflüssige Verletzungen, unnötige Leiden oder ausgedehnte, lang anhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachende Waffen, wie zum Beispiel Landminen und Chemiewaffen müssen auf alle Waffen ausgeweitet werden.

Für uns heißt es, weg mit jeglicher atomarer Waffentechnologie und das in jeder Hinsicht! Nicht nur die konventionelle Abrüstung, auch die atomare muss massiv vorangetrieben und beschleunigt werden. Dazu brauchen wir vor allem transparente, unabhängige und globale Kontrollen zur Überprüfung der Waffenlager und der Abrüstung. Die größte terroristische Bedrohung ist die Weiterverbreitung von nuklearen Materialien, da sie entweder zum Bau von Atomwaffen oder so genannten schmutzigen – also mit radioaktiven Materialien versetzten – Bomben verwendet werden können, die nach der Explosion radioaktive Strahlung verbreiten. Die Atomenergie und der Ausbau von Atomprogrammen weltweit trägt dazu bei, dass die Technologie und die nötigen Materialien leichter zugänglich sind, denn viele Bereiche und Erzeugnisse der Atomindustrie sind grundsätzlich für die zivile wie auch militärische Nutzung geeignet. Das Ende der atomaren Energie ist also auch ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Welt frei von Atomwaffen.

10.2 Eine Welt ohne NATO und Armeen

Ein weiterer entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer friedlichen Welt ist ein Wandel des bestehenden militärisch-industriellen Komplexes, also den wechselseitigen Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Politik, Militär und Rüstungsindustrie.

Um unser Ziel einer friedlichen Welt zu erreichen, müssen alle nationalen Armeen inklusive der Bundeswehr abgeschafft werden. Da dies jedoch nicht von heute auf morgen durchführbar ist, setzen wir uns in Europa für ein Zusammenschmelzen der nationalen Armeen zu einer gemeinsamen europäischen ein, die aber nur mit einem Mandat der reformierten Vereinten Nationen und Zustimmung des Europäischen Parlaments eingesetzt werden darf. Dies muss mit massiver Abrüstung, Einsparungen und Verschrottung einhergehen.

Wir unterstützen außerdem alle jungen Menschen, die sich zur Kriegsdienstverweigerung entscheiden. Wir wollen frei nach dem Motto „Stell dir vor, es ist Krieg und keineR geht hin“, dass Menschen, die den Militärdienst verlassen, mit Straffreiheit rechnen können. Wir wehren uns entschieden gegen eine Militarisierung der Gesellschaft, wir möchten militärische Strukturen und sicherheitspolitische Logiken aus der Öffentlichkeit zurückdrängen! Einen Einsatz von Armeen im Inneren lehnen wir vehement ab.

Auch in einer Welt ohne Waffen bedarf es aber eines demokratisch legitimierten Gewaltmonopols, dies wollen wir bei den Vereinten Nationen (UN) ansiedeln. Denn wir sind der Meinung, dass der UN als zentraler Organisationsinstanz von globalem Frieden das Gewaltmonopol zur Lösung von Konflikten zusteht. Dieses muss jedoch straff demokratisch legitimiert und überwacht werden. In diesem Sinne setzen wir uns anstelle nationaler Armeen für internationale Friedenskräfte ein, welche zur zivilen Konfliktlösung und zur Mediation eingesetzt werden können und damit die Funktion einer Art Weltpolizei unter globaler parlamentarischer Kontrolle übernehmen.

Unter keinen Umständen dürfen nationale oder regionale Armeen oder Militärbündnisse wie die NATO weiter aggressiv und ohne UN-Mandat eingesetzt werden. Besonders die NATO stellt in unseren Augen eine Gefahr für den Frieden dar. Ihre Logik ist im Kalten Krieg stecken geblieben und sie verfolgt ihre Interessen einseitig und mit militärischen Mitteln. Die NATO ist ein Militärbündnis, sie ist als solches endgültig überholt und muss als solches endgültig abgeschafft werden.

10.3 Pazifismus heißt global Verantwortung zu übernehmen

Die sicherheitspolitische Weltlage hat sich in den letzten Jahren geändert. Das Wohlstandsgefälle auf der Welt wächst, wodurch Ungerechtigkeit und Frustration geschürt werden. Die Akteure in bewaffneten Konflikten und Kriegen sind nicht mehr vor allem Staaten, sondern auch eine Vielzahl bewaffneter Bewegungen und TerroristInnen. Die Bedrohung durch Terroranschläge dient als Begründung für viele innen- und außenpolitische Maßnahmen. Doch für diese Art von Bedrohung kann nicht die Logik von zwischenstaatlichen Kriegen angewendet werden. Es ist keine Lösung, mit militärischen Mitteln dagegen vorzugehen und ganze Landstriche zu bombardieren, denn das schafft nur neue Opfer, neuen Hass und kurbelt die Gewaltspirale weiter an. Vielmehr muss dagegen mit einem pazifistischen Politikansatz und globaler Gerechtigkeitspolitik vorgegangen werden.

Pazifistische Politik muss langfristig und im Querschnitt angelegt sein. Das heißt, sie muss in allen Politikfeldern mitgedacht werden. Sie muss sich kreativ für den Frieden einsetzen, also unkonventionelle Herangehensweisen fernab von eingespielten institutionellen und diplomatischen Abläufen ausprobieren. Zu einem ganzheitlichen pazifistischen Ansatz gehören natürlich die langfristige Analyse sich anbahnender Konflikte in Form von Frühwarnsystemen, ziviler Konfliktprävention und die Bearbeitung von schwelenden und vergessenen Konflikten. Da aber viele Konflikte strukturelle ökonomische und politische Faktoren haben, sind Abrüstung, Entmilitarisierung, Menschenrechtsschutz, globale Gerechtigkeitspolitik und schließlich auch eine Gesellschafts- und Imperialismuskritik sowie das Aufdecken von Interessen und Machtverhältnissen ebenfalls unverzichtbar.

Pazifismus ist für uns mehr als eine Vision. Pazifistische Politik bedeutet, globale Verantwortung zu übernehmen, aufkeimende Krisen und Menschenrechtsverletzungen ernst zu nehmen und deren Lösung nicht einfach anderen zu überlassen. Verantwortung übernehmen bedeutet aber nicht alternativlos den Einsatz von Gewalt, im Gegenteil. Basierend auf globaler Solidarität und unseren Werten nehmen wir diese Verantwortung wahr, indem wir am Wandel arbeiten, weg von militärischer Logik und deren moralisierender Legitimation. In einer eskalierten Situation, in einer akut gewordenen Zwickmühle zwischen Gewaltfreiheit und Menschenrechtsschutz werden gewaltfreie Lösungen immer weniger durchsetzbar sein. Deshalb ist der Satz so richtig: wer den Frieden will, muss den Frieden

vorbereiten. Daher streiten wir für eine langfristige pazifistische Strategie, die solche Situationen gar nicht erst entstehen lässt, sondern lange davor anfängt zu handeln.

10.4 Menschenrechte schützen

Unsere Vision einer pazifistischen Welt wird nicht von heute auf morgen zu erreichen sein. Wir wissen, dass politisches Handeln deshalb immer wieder in das Dilemma zwischen Schutz der Menschenrechte und Gewaltfreiheit geraten wird. Im Grundsatz müssen Gesellschaften von innen heraus gestaltet werden, ihre eigenen Werte bestimmen und ihre Rechte einfordern. Menschenrechte können nicht einfach von außen aufgezwungen und nachhaltig verankert werden. Dennoch müssen Menschenrechtsverletzungen global beachtet, kritisiert und mit gewaltfreien Mitteln verhindert werden. Im Mittelpunkt stehen für uns immer die unterdrückten Menschen oder gesellschaftlichen Gruppen, nicht nationalstaatliche Souveränität. Deshalb muss es bei ethnischen Säuberungen, Genozid, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit möglich sein, die Menschen notfalls gegen privatisierte oder staatliche Gewalt oder bei staatlichem Versagen zu schützen.

Das Konzept der Responsibility to Protect, also der internationalen Schutzverantwortung, gibt der Staatengemeinschaft das Recht, einzugreifen, wenn ein Staat seiner Verantwortung zum Schutz der Menschen nicht nachkommt. Viel zu oft wird dieses Konzept aber auf die militärische Komponente der bewaffneten Intervention verkürzt. Für uns ist klar, auch mit dem Schutz der Menschenrechte lässt sich Gewalt nicht per se rechtfertigen. Vielmehr unterstützen wir die zivilen Dimensionen, die so genannte Verantwortung zur Prävention und die Verantwortung zum Wiederaufbau. In unserem pazifistischen Verständnis wollen wir auch die Responsibility to Protect mit gewaltfreien Mitteln wahrnehmen. Dafür muss bei der UN ein Frühwarnsystem zur Bearbeitung von Konflikten angesiedelt werden, damit der Präventionsgedanke der Responsibility to Protect ernsthaft umgesetzt werden kann. Ein solches System, das auf dezentraler lokaler Berichterstattung basiert, befähigt nationale, regionale und internationale Institutionen Konfliktpotential frühzeitig zu erkennen und diesem präventiv entgegenzuwirken. Frieden ist mehr als das Schweigen der Waffen. Dauerhafter Frieden braucht die Bestrafung von KriegsverbrecherInnen, aber auch Entschädigung und die Versöhnung zwischen verfeindeten Gruppen.

Zugleich sind wir uns bewusst, dass sich der Einsatz von Gewalt im aktuellen System und der bestehenden Welt nicht immer wird verhindern lassen. Um Menschenrechte zur Not auch unter Anwendung von Gewalt zu schützen, bedarf es aber einer veränderten globalen Entscheidungs- und Durchsetzungsstruktur, die nicht länger von Einzelinteressen bestimmt wird. Es müssen unabhängige Gremien wie der Internationale Gerichtshof für Menschenrechte über das Vorliegen von schweren Menschenrechtsverletzungen befinden. Eine Entsendung von Truppen darf nur auf dieser Basis und unter dem Mandat der Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfinden.

11 Globale Gerechtigkeitspolitik

Verarmung, die Ausbreitung tödlicher Epidemien wie AIDS und die Zunahme von Umweltkatastrophen bedrohen das Leben von Milliarden Menschen, aber auch von Tieren und Pflanzen – und die Welt schaut zu. Besonders die Tatenlosigkeit des Globalen Nordens verurteilen wir dabei scharf, denn nicht zuletzt die historische Verantwortung, die sich aus der brutalen kolonialen Ausbeutung ergibt, verpflichtet ihn zum Handeln. So wichtig manche

Initiativen in der Entwicklungszusammenarbeit auch sind, die heutige Entwicklungspolitik geht an den eigentlichen Problemen vorbei.

Gefangen in der Vorstellung, den armen Ländern müsste bei ihrer Entwicklung geholfen werden, wird übersehen, dass es vielfach vor allem die Art, wie in den Ländern des Globalen Nordens gelebt und produziert wird, und die ungerechten globalen Strukturen sind, die Armut und das Elend in den Ländern des Südens hervorbringen. So ist die heutige Entwicklungshilfe häufig nur ein Feigenblatt, hinter dem sich in anderen Politikbereichen alte Ausbeutungsmuster fortsetzen. Allzu oft stecken hinter dem Begriff der Entwicklungspolitik auch noch koloniale Denkstrukturen. Sei es die Gegenüberstellungen von Globalem Norden und Süden als „modern und zivilisiert“ versus „barbarisch und primitiv“ oder die Idee, der historische Weg des Westens wäre nachahmenswert. Immer noch herrscht der Glaube vor, dass die vermeintlich notwendige Aufgabe der „Entwicklung“ fremder Gesellschaften Aufgabe des Nordens, also des Weißen Teils der Erdbevölkerung, ist und nach dessen Muster zu verlaufen habe.

Die heutige Entwicklungsindustrie ist vielfältig. Wir unterstützen solidarische Projekte der globalen Zivilgesellschaft, die auf einer gleichberechtigten Arbeitsweise aufbauen, die lokale, historische Struktur beachten und bei welchen die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung im Vordergrund stehen. Die meiste staatliche und internationale Entwicklungspolitik kennt den Grundsatz der solidarischen Zusammenarbeit nicht. Es verstecken sich wirtschaftliche Interessen hinter der Politik, zu oft werden ausbeuterische Eliten unterstützt. Ein krasser Gegensatz herrscht zwischen den Lippenbekenntnissen zur Bereitstellung von Mitteln und den wirklich geleisteten Zahlungen. Dabei stellt sich die Minderheit der reichen Staaten meist als gütiger Geber dar, während sich die Mehrheit der ausgebeuteten Staaten als Bittsteller empfinden muss. Die Mehrheit finanziert aber den Lebensstil der Minderheit. Durch ungerechtfertigte Zinszahlungen, durch das Abwerben von gut ausgebildeten Menschen, durch die Ausbeutung billiger Rohstoffe, die zu teuren Produkten veredelt werden und durch von der Entwicklungshilfe direkt und indirekt unterstützte korrupte DiktatorInnen und Geschäftsleute fließt jährlich ein Vielfaches an Milliarden in die reichen Länder, als dass Entwicklungsgelder in den Süden gegeben werden.

Wir lehnen den klassischen Entwicklungsbegriff und die mit ihm verbundenen Konzepte von globaler Ungleichheit ab, denn sie reproduzieren rassistische Strukturen und Denkmuster. Uns geht es um globale Gerechtigkeit, also um die gerechte Verteilung des globalen Wohlstandes zwischen allen Menschen. Es geht nicht um Almosen oder Hilfe, sondern um gerechte Strukturen und Umverteilung. Die 1999 als globale Armutsbekämpfungsstrategie aufgestellten Millenniumsentwicklungsziele greifen deshalb zu kurz. Auch wenn die Länder des Globalen Südens in ihrer Ausarbeitung mitgewirkt haben, so bleiben die Millenniumsziele dennoch dem klassischen Entwicklungsdenken verhaftet. Symptomatisch dafür steht, dass sich die Länder des Globalen Südens nicht mit weiteren Forderungen durchsetzen konnten, die für grundlegende Veränderungen im globalen System gesorgt hätten.

Unser Ziel ist eine Globale Gerechtigkeitspolitik, die nicht lediglich auf Regierungszusammenarbeit und Programmarbeit fokussiert ist, sondern völlig andere Schwerpunkte setzt. Die Unterscheidung zwischen „Entwicklungsländern“ und „entwickelten Ländern“ ist uns viel zu pauschal – in allen Gesellschaften gibt es Probleme wie sozialen Ausschluss, Armut, Mangel an Partizipation und andere Konflikte. Unserem Verständnis von Politik liegt die Überzeugung zugrunde, dass sich alle Menschen und Gesellschaften selbst

frei entfalten sollen. Jeder Mensch hat das Recht auf Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheit – deshalb geht es nicht um Entwicklungshilfe, sondern um solidarische Projekte und gerechte Strukturen, die endlich dafür sorgen, dass niemand auf der Welt mehr in Hunger und Armut leben muss, dass nicht mehr jedes Jahr Millionen Menschen an längst heilbaren Krankheiten sterben und dass nicht mehr Millionen Kinder ohne Bildung aufwachsen. Es bedarf einer Umverteilung, welche den lokalen Bedürfnissen entgegenkommt und so weltweit Gerechtigkeit schafft. Wir setzen uns daher für eine veränderte Weltwirtschaftsordnung und für die gleichberechtigte Beteiligung an globalen Entscheidungen ein – also für eine gerechte Globalisierung. Zentral ist für uns dabei auch die kritische Analyse unseres zerstörerischen Lebensstils im Globalen Norden. Die Handels-, Industrie-, Umwelt- und Migrationspolitik von Ländern des Globalen Nordens berauben viele Menschen ihrer Lebensgrundlage und Menschenwürde.

Gerade neo-liberale Handelspolitik darf nicht mehr vorherrschen. Die geförderte oder erzwungene Öffnung von Märkten erhält bestehende Abhängigkeiten und Ungerechtigkeit. Deshalb ist unser kurzfristiges Ziel, dass sich jedes Politikfeld an den Grundsätzen der globalen Gerechtigkeitspolitik orientiert, das bedeutet Politikkohärenz. Vor allem in den reichen Gesellschaften muss durch die Integration von Globalem Lernen in das Ausbildungssystem ein Bewusstsein für die Zusammenhänge der globalen Probleme geschaffen werden.

Unser Ziel ist es nicht, andere Länder zu „entwickeln“. Global gerechte Politik beginnt in unserer Gesellschaft: etwa durch Politikkohärenz, Konsumkritik, die Entwicklung alternativer Wirtschaftsmodelle, das Aufdecken rassistischer Denkstrukturen, die Verdeutlichung globaler Zusammenhänge und eine menschenwürdige Asylpolitik. Der Globale Norden muss endlich die Schäden anerkennen, die Kolonialismus und Rassismus in vielen Ländern des Globalen Südens hinterlassen haben. Auch die kolonialen Kontinuitäten im globalen Machtgefüge müssen aufgedeckt und beendet werden. Erst dann kann ein globales Zusammenwachsen auf gleicher Augenhöhe beginnen!

12 Wem gehört die Welt?

Fast sieben Milliarden Menschen leben auf unserem Planeten. Alle haben das Recht auf Frieden, Glück, Wohlstand und Teilhabe. Doch während wir diese Rechte genießen können, bleiben sie für die Mehrheit der Menschen ein ferner Traum. Sie erfahren Krieg, Hunger und Armut. Ursache für viele globale Widersprüche sind die ungleiche Verteilung und der Kampf um natürliche Ressourcen. Unser derzeitiger Besitz am Planeten basiert auf einer ungerechten Weltordnung voller Abhängigkeiten, externer Kosten und fehlender Solidarität. Wir selbst leben in einer schizophrenen Generation: einem übermäßigem Konsumangebot steht gleichzeitig das Wissen über eine sich immer weiter verschärfende Knappheit an Ressourcen gegenüber. Hier liegen Gefahr und Chance beieinander. Entweder verändern wir die Welt zum Wohl aller oder wir erleiden gemeinsam die Folgen unserer Fehler.

Für die GRÜNE JUGEND ist die gerechtere Verteilung der Güter der Welt daher eine elementare Gerechtigkeitsfrage. Sie gehören theoretisch allen und gleichzeitig dürfte sie keiner für sich allein beanspruchen. Wie können also die Schätze der Erde – saubere Luft, frisches Wasser, aber auch Rohstoffe wie Coltan und Kohle – allen Menschen bereitgestellt werden und gleichzeitig vor dem Menschen geschützt werden? Wir glauben, die Ressourcen der Erde dürfen weder pauschal einem Staat, noch dem Markt, also kapitalstarken

Einzelinteressen, überlassen werden. Deshalb setzen wir uns hier wie international für einen Ausbau und den starken Schutz der Gemeingüter ein. Zum Beispiel müssen lebenswichtige Ressourcen wie Wasser und Anbauflächen für Lebensmittel der lokalen Bevölkerung zur Verfügung stehen und dürfen nicht von global agierenden Konzernen in Anspruch genommen werden. Denn nur gemeinsam wird Gerechtigkeit geschaffen.

Noch treiben vor allem die Regierungen des Globalen Nordens zusammen mit internationalen Wirtschaftsakteuren die Kluft zwischen Habenden und Nichthabenden mit ihrer Politik immer weiter auseinander. Klima-, Handels-, Friedens- und Entwicklungspolitik spielen alle dieselbe Musik. Es wird Zeit, die Tonart zu ändern.

12.1 Fair trade for a fairer world

Die Welt wird nur gerechter, wenn die Menschen, die heute sozial und ökonomisch ausgeschlossen sind, Selbstbestimmung und ein Recht auf ein Leben in Würde bekommen. Hierzu gehört auch die Freiheit von Diskriminierung durch das globale Handels- und Finanzsystem. So werden Länder des Globalen Südens noch immer schamlos zu Zollsenkungen geködert oder gezwungen. Zudem werden von Konzernen fehlende Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen in vielen Regionen ausgenutzt. Als globalisierungskritischer Verband fordern wir endlich eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Bisher werden wirtschaftliche Interessen grundsätzlich bevorzugt: Marktzugänge werden politisch durchgeboxt, Bürgschaften sichern Großkapital und private Firmen genießen teilweise mehr Rechte als ganze Staaten. Globalisierung soll aber für den Menschen wirken.

Global handelnde Unternehmen beuten aktuell in neokolonialer Art die weltweiten Ressourcen aus, zerstören die Umwelt und spekulieren mit Land und Wasser. In unseren Augen muss die Entscheidung über die Ausbeutung natürlicher Lebensräume in den Händen der dort lebenden und damit der betroffenen Menschen liegen. Die faire Entschädigung für den Handel mit diesen Ressourcen muss zum grundlegenden Pfeiler eines gerechten Handelssystems werden. Nur so können wir allen Menschen und Regionen eine faire Chance auf Entwicklung und Gestaltung ihres Lebens einräumen. Wir fordern deshalb ein regionales Grundrecht auf die natürlichen Ressourcen vor Ort. Die lokale Bevölkerung muss demokratisch über den Handel mit ihren Ressourcen entscheiden, so dass auch ein angemessener Gewinn in die jeweilige Gesellschaft zurückfließt.

Die aktuelle Handels- und Außenwirtschaftspolitik kümmert sich nicht um globale Gerechtigkeit und macht die Anstrengungen ernst gemeinter solidarischer Arbeit zunichte. Die EU koppelt beispielsweise ihre „Transferleistungen“ an das Eingehen von Handelsabkommen zur Erschließung von Märkten. Gerechtigkeitspolitik ist aber ein Querschnittsthema. Auch Handelspolitik muss der Gerechtigkeit unterstellt werden.

Die GRÜNE JUGEND fordert: Fairer Handel vor freiem Handel! Deswegen erteilen wir einem blinden Freihandelsdiktat von multi- und bilateralen Handelsabkommen eine klare Absage. Vielmehr müssen im internationalen Welthandel soziale und ökologische Standards gewährleistet werden. Marktöffnung darf nicht dazu führen, dass die Ernährungssicherung in Entwicklungsländern nicht mehr gewährleistet ist und die Bevölkerung hungert, während die Agrargüter exportiert werden. Länder des Globalen Südens müssen die Freiheit haben ihre Märkte zu schützen. Deswegen lehnt die GRÜNE JUGEND eine Handelspolitik, die Länder des Globalen Südens zur Handelsliberalisierung im Rahmen von multi- und bilateralen

Handelsabkommen drängt, ab. Agrarsubventionen, die die Märkte von Entwicklungsländern zerstören, gehören endlich abgeschafft. Auch darf es keine Vereinbarungen über geistiges Eigentum geben, die zum Beispiel Medikamente zur Behandlung von Krankheiten für die Menschen vor Ort unbezahlbar machen.

12.2 Climate justice now!

Der Kollaps der Ökosysteme ist längst kein Alptraum mehr, mit dem Klimawandel sind schon heute ganz real das Lebensumfeld und das Leben von Abermillionen Menschen bedroht, überwiegend im Globalen Süden. Wir streiten für eine Welt, in der alle Menschen den gleichen Anteil an der Atmosphäre nutzen können – und dies in der Summe noch nachhaltig ist. Dazu müssen alle Staaten im Rahmen ihrer Verantwortung und Fähigkeit ihre klimaschädlichen Emissionen zurückfahren. Bis Mitte des Jahrhunderts muss der Ausstoß von Treibhausgasen weltweit praktisch vollständig auf null zurückgefahren werden. Die großen Emittenten sind deshalb zusätzlich in der Pflicht, weltweit zur Vermeidung klimaschädlicher Emissionen beizutragen. Andere Länder dürfen in Sachen Energieversorgung und Produktion nicht erst die gleichen Fehler machen, wie wir seit Beginn der industriellen Revolution. Dazu bedarf es der entsprechenden technologischen und finanziellen Unterstützung – zusätzlich zu bereits bestehenden und darüber hinaus zugesagten Mitteln. Wir wollen dazu bei der UN einen Pool für Wissenschafts- und Technologie-Transfer einrichten. Die flächendeckenden chemischen Veränderungen der Ökosysteme als Alternative zu echtem Klimaschutz, so genanntes Geo-Engineering, lehnen wir in Forschung und Praxis grundsätzlich ab.

Unser Verständnis von Klimagerechtigkeit ist ein globales Pro-Kopf-Emissionsrecht. Das heißt, jeder Mensch hat das gleiche Recht Treibhausgase zu verursachen, aber nur soviel, wie es der Atmosphäre und damit seinen Mitmenschen und der Umwelt nicht schadet. Unsere Emissionen im Globalen Norden müssen also radikal schrumpfen. In der Energieproduktion müssen wir weg von Öl und Kohle, aber auch von Gas und Atom. Wir müssen aber ebenso Energieeffizienz steigern und vor allem Energie einsparen. Doch all dies wird wahrscheinlich nicht reichen, wir brauchen einen Wandel im System. Wir streiten für ein neues Klimaabkommen, welches radikale Reformen im Bereich der Emissionsvermeidung, der Teilhabe und der Klimafinanzierung beinhaltet. Statt billigen Ablasshandels müssen alle Staaten zu konkreten Maßnahmen zur Reduzierung ihres lokalen Treibhausgasausstoßes verpflichtet werden. Die im Kyoto-Protokoll festgehaltenen so genannten flexiblen Mechanismen kritisieren wir stark, denn sie ermöglichen es in der derzeitigen Form den Verursacherländern, sich von ihrer Emissionsschuld freizukaufen, anstatt vor Ort den Ausstoß klimaschädlicher Stoffe zu senken und zu verhindern. Denn in einer Welt der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung heißt es: Emissionen begrenzen, bei uns damit anfangen!

Wir sind Teil einer globalen Klimabewegung. Auch wenn wir die UNFCCC als ein nützliches Forum empfinden, ist kein Klimaschutz und vor allem keine Klimagerechtigkeit möglich ohne Menschen, die sich auch dafür einsetzen. Damit es zu einem klimafreundlichen Weltwirtschaftssystem und dem Begleichen der historischen Schuld gegenüber dem Globalen Süden kommen kann, müssen die Menschen überall selbst aktiv werden und nicht nur auf das Umschwenken der Eliten warten. Deswegen sind wir vor Ort aktiv, machen auf das Problem aufmerksam und streiten dafür, dass die Kräfteverhältnisse sich ändern. Klimaschutz lässt sich auch nicht gegen andere Ziele wie Demokratisierung oder Armutsbekämpfung ausspielen. Wir wollen die Idee der Klimagerechtigkeit durch die Institutionen tragen, damit

es sehr bald heißt: Climate justice is now!

12.3 Reicher Mensch und armer Mensch

Die illegitime Verschuldung vieler Länder im Globalen Süden führt zu absurden Geldströmen vom Globalen Süden in den Globalen Norden. Wir halten dies für zutiefst ungerecht, nicht nur, weil der Globale Norden ganz wesentlich die großen Krisen unserer Zeit verursacht hat, von den Folgen aber vor allem die ärmsten Menschen weltweit betroffen sind. Da wir versuchen, uns als WeltbürgerInnen zu verstehen, streben wir eine stärkere globale Umverteilung an, die aber nicht von West nach Ost oder etwa von Süd nach Nord verlaufen soll, sondern von Reich nach Arm – egal in welcher Gesellschaft.

Soziale Umverteilung kann nicht einfach zwischen zwei Regierungen abgewickelt werden, sondern muss über legitimierte Institutionen laufen, die gerade nicht in Kontinuität zum kolonial-rassistischen Machtgefälle zwischen Nord und Süd stehen dürfen. Angebliche „win-win“ Lösungen sehen wir skeptisch, ein Umverteilungsprozess wird immer mit GewinnerInnen und VerliererInnen verbunden sein. Dies anzuerkennen ist wichtig, denn nur so kann ein neues, globales, nachhaltiges, emanzipatives und gerechtes System geschaffen werden. Um globale Gerechtigkeit zu erreichen, genügt keine Politik der kleinen Schritte. Eine Möglichkeit der Umverteilung und eines einmaligen Momentes der globalen Solidarität sehen wir in der Einführung eines globalen Grundeinkommens.

Weltweit leisten Frauen zwei Drittel der Arbeit, bekommen ein Zehntel des in Geld ausbezahlten Lohns und besitzen nur ein Hundertstel des fruchtbaren Landes. Globale Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, diese Ungerechtigkeit anzugehen. Eine Umverteilung von Macht und Reichtum muss auch in der Richtung von Männern zu Frauen geschehen.

13 Wer regiert die Welt?

Die weltweite Finanzkrise, der Klimawandel, aber auch Kriege und Verbrechen gegen die Menschheit zeigen uns, dass es Politikbereiche gibt, in denen wir nicht nur global zusammenarbeiten müssen, sondern auch auf globale Institutionen angewiesen sind. Denn globale Probleme erfordern globale Lösungen mit lokaler Umsetzung. Dabei ist es heute so, dass gerade die bindenden Entscheidungen auf globaler Ebene in äußerst undemokratischen Gremien und Organisationen ohne direkte demokratische Kontrolle getroffen werden. So entsprechen weder die Weltbank, die Welthandelsorganisation und der internationale Währungsfonds noch die G8 oder G20 unseren Ansprüchen an demokratische Partizipation und Kontrolle. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dem es obliegt über Sanktionen und den Einsatz von militärischen Mitteln zu entscheiden, ist weit von unseren Ansprüchen entfernt.

Demokratische Kontrolle, Transparenz, Partizipation und Gleichberechtigung sind für uns grundlegende Prinzipien globalen Regierens. Wir setzen uns als GRÜNE JUGEND für die größtmögliche Partizipation aller Menschen ein. Damit wir diesem Anspruch auch auf globaler Ebene gerecht werden können, ist das Subsidiaritätsprinzip für uns zentral bei der Frage, wo welche Entscheidungen getroffen werden sollen. Subsidiarität bedeutet, dass Entscheidungen, wenn möglich, immer auf der niedrigsten Ebene getroffen werden. Sind globale Lösungen erforderlich, dann müssen die Leitlinien und Rahmen auf globaler Ebene

durch demokratisch legitimierte VertreterInnen und Gremien entschieden werden – die Gestaltung und die tatsächliche Umsetzung muss aber immer auf lokaler Ebene geschehen.

13.1 Globale Strukturen reformieren

Die UN wurden im Jahr 1945 gegründet, um durch internationales Zusammenwirken und eine internationale Entscheidungsebene für Sicherheitsfragen zu verhindern, dass sich menschengemachte Katastrophen wie der Erste und Zweite Weltkrieg wiederholen. Sie ist für uns, trotz ihrer derzeitigen Mängel auch in Zukunft die Organisation, an die die gesamte demokratische Politikkoordination auf globaler Ebene angegliedert sein muss.

Die bestehenden Probleme im globalen politischen System wollen wir ändern. In der UN Generalversammlung als der einzigen parlamentsähnlichen Struktur auf globaler Ebene sind zwar 192 Staaten mit gleichem Stimmengewicht vertreten. Zum einen besteht sie jedoch lediglich aus den – häufig nicht demokratisch legitimierten – RegierungsvertreterInnen der Nationalstaaten, zum anderen kann sie praktisch keine für alle Staaten verbindlichen Entscheidungen treffen. Solche können nur in Sicherheitsfragen vom UN Sicherheitsrat getroffen werden, der jedoch für uns in seiner aktuellen Form kein legitimes Gremium ist, da seine Struktur nach wie vor der internationalen Mächtokonstellation von 1945 entspricht und so vor allem Länder des Globalen Nordens die Entscheidungsmacht haben.

Als ersten Schritt, um den Sicherheitsrat kurzfristig gerechter zu gestalten, fordern wir die Abschaffung der Veto-Rechte, lehnen die Einführung weiterer ständiger Sitze von Ländern des Globalen Nordens, wie zum Beispiel Deutschland, im Sicherheitsrat ab und fordern vielmehr die Einbindung von Ländern des Globalen Südens. Anwendungen von Maßnahmen nach Kapitel 6 und 7 der UN-Charta können nur nach Resolutionsannahme durch den Sicherheitsrat und die Generalversammlung mit jeweils Zweidrittelmehrheit erfolgen.

Des Weiteren müssen endlich die ungerechten Strukturen von Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank und Internationalem Währungsfond, in denen die Entscheidungsmacht bei den finanzstarken Staaten liegt, aufgelöst und in ein demokratisches System überführt werden. Die WTO in ihrer aktuellen Gestalt fährt einen nicht tragbaren Kurs der unkontrollierten Liberalisierung der Märkte ohne Rücksicht auf ökologische oder soziale Verluste. Es muss stattdessen klare Regelungen zum Schutz regionaler Besonderheiten und zur Förderung ökologischer und sozialer Produktion und Verbreitung geben.

13.2 Ein Parlament für alle

Wir setzen uns in Anbetracht der entscheidenden Bedeutung und Notwendigkeit legitimer globaler Entscheidungen für demokratische globale Strukturen ein. Wir unterstützen die Forderung nach einer Umwandlung der Generalversammlung in ein Parlament der Vereinten Nationen (UNPA – United Nations Parliamentary Assembly). Gerade auf der globalen Ebene muss die Frage der demokratischen Legitimation der VertreterInnen sehr ernst genommen werden, wir wollen nicht, dass VertreterInnen von zum Teil undemokratischen Exekutiven die globalen Entscheidungen treffen und setzen uns deshalb für freie, gleiche und gerechte Wahlen ein.

Für uns muss ein solches Parlament in seiner Struktur auch die regionale Verteilung der Weltbevölkerung widerspiegeln. Wir sehen aber, dass gerade auf globaler Ebene eine zweite

demokratisch legitimierte Kontrollinstanz von Nöten ist. In einem solchen Gremium, das den UN Sicherheitsrat ablöst, sollten nach unseren Vorstellungen alle Regionen mit gleichwertigem Stimmrecht vertreten sein, es muss aus dem Parlament heraus legitimiert sein, in akut drängenden Fragen Entscheidungen zu treffen und regionsübergreifende Politikkoordination vorzunehmen.

Wir streiten außerdem auch für Elemente der direkten Demokratie auf der globalen Ebene, damit alle WeltbürgerInnen die Möglichkeit haben, globale Politik und Entscheidungen mitzugestalten. Langfristig streben wir einen globalen BürgerInnenentscheid an, der in allen Regionen zeitgleich durchgeführt wird und von BürgerInnen aller Regionen der Welt unterstützt werden muss. Doch bereits jetzt halten wir ein globales Petitionsverfahren für praktikabel, welches die Generalversammlung beauftragt, Lösungen für eingeforderte Themen zu entwerfen oder umzusetzen. Des Weiteren wollen wir auch die Judikative in Form des Internationalen Gerichtshofes (IGH) und des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) stärken. Deren Urteile müssen in allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unmittelbare Wirkung entfalten.

13.3 Globaler Handlungsbedarf

Wir sehen globalen Handlungsbedarf in drei Bereichen, namentlich gerechte Globalisierung, Menschenrechte und Friedenssicherung. Um auf diesen Feldern zu handeln und zur Umsetzung globaler Entscheidungen des neuen Parlaments, muss das aktuelle Netz zahlloser UN Unterorganisationen, die häufig ohne klares Mandat zu ähnlichen Themen arbeiten, umgestellt werden. Wir wollen, dass alle Unterorganisationen zu drei Ministerien zusammengefasst und dem Parlament unterstellt werden. Sie müssen eine kohärente Politik vertreten und nachhaltige Arbeit leisten. Es darf nicht mehr die Möglichkeit geben, dass sich einzelne Regionen aus bestimmten Politikfeldern heraushalten, wenn sie die gemeinsam gefundenen Lösungen nicht akzeptieren. Die Ministerien, die von regional ausgeglichen besetzten Entscheidungsgremien geleitet werden, sollen in drei Bereichen folgende Probleme bearbeiten:

Erstens muss es in der gerechten Globalisierung, die sowohl Sozial- und Umweltfragen als auch das Weltwirtschaftssystem umfasst, zu erheblichen Veränderungen kommen, denn das aktuelle Weltwirtschaftssystem (re)produziert und verfestigt Ungerechtigkeiten. Die UN muss endlich dazu beitragen wirtschaftlichen Fortschritt umweltverträglich und sozial zu gestalten.

Zweitens sehen wir globalen Koordinations- und Entscheidungsbedarf im Bereich der Friedenssicherung und der Konfliktprävention. Hier sollten sämtliche Instrumente der zivilen Konfliktprävention, wie ein Frühwarnsystem, angesiedelt sein. Vor allem müssen bei der UN die Internationalen Friedenskräfte koordiniert und aufgestellt werden.

Drittens muss der bestehende Menschenrechtsrat ausgeweitet werden und zukünftig alle UN-Unterorganisationen umfassen, die dem Schutz der politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, indigenen Rechte sowie dem Schutz der Rechte einzelner Gruppen, beispielsweise von Kindern und ArbeiterInnen, und dem kulturellen Erbe der Menschheit verpflichtet sind. Zudem sollten in diesem Bereich die Institutionen angesiedelt sein, die sich gegen Korruption und für Transparenz in den globalen Institutionen einsetzen.

13.4 Politik von unten

Wir verstehen uns als Teil der globalen Zivilgesellschaft und sehen sie als wichtiges Element im globalen Gefüge. Gerade die Zivilgesellschaft trägt zu einer globalen Öffentlichkeit und damit zu Transparenz und Kontrolle der EntscheidungsträgerInnen bei. Viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bringen zudem eine gesammelte Sachkompetenz in die globalen Diskussionen ein und vertreten Minderheiten, die in den parlamentarischen oder jeweiligen nationalen und regionalen Institutionen nicht vertreten sind. Doch die Zivilgesellschaft ist kein Allheilmittel, denn nicht selten ist es schwierig, bei NGOs nachzuvollziehen, wen genau sie vertreten, wie sie sich finanzieren und ob ihre internen Strukturen demokratisch sind.

Die globalen Entscheidungsprozesse müssen nach unserer Auffassung auf allen Ebenen transparent gestaltet werden, so dass sowohl die Entscheidungsfindung, als auch die Mitwirkung von Lobbygruppen und NGOs nachvollziehbar ist und in der Öffentlichkeit mitverfolgt werden kann. Es darf nicht länger ein Verhandeln hinter geschlossenen Türen geben. In globalen Netzwerken tragen wir zu einer weltweiten Zivilgesellschaft bei. Unsere Grundhaltung, unsere Werte, unsere Solidarität und die Gestaltung einer gerechten, emanzipatorischen, ökologischen Politik macht nicht vor Grenzen halt.

13.5 Stärkung von regionalen Institutionen

Im Sinne der Überwindung von Nationalstaaten wollen wir eine Regionalisierung von politischen Entscheidungen, soweit diese sinnvoll ist. In Weltregionen, die vergleichbare Lebensumstände, Interessen und Probleme haben, sollten diese durch Institutionen wie die Europäische Union und die Afrikanische Union behandelt und geregelt werden. Hierzu könnten gemeinsame soziale Sicherungssysteme gehören sowie gemeinsame Wirtschaftssysteme und Transportwege für den Handel. Dies führt weg von einem rein nationalistischen Denken und hin zu einer globaleren Perspektive. Gleichzeitig sprechen wir uns vehement gegen eine Abschottung von Weltregionen aus – wir wollen keinen Regionalpatriotismus einzelner Weltregionen. Stattdessen sollten die Weltregionen miteinander kooperieren und Konzepte für offene Grenzen für alle sowie eine gute Zusammenarbeit auf globaler Ebene voranbringen.

14 Für ein Europa der Menschen!

Wir sind die Generation, die mit dem Euro aufgewachsen ist, die europäische Grenzkontrollen nur noch anlässlich der G8-Proteste erlebt hat und für die Erasmus mehr als ein niederländischer Gelehrter ist. Europa ist für uns allgegenwärtig, ist Zukunft und Gegenwart – Zukunft, weil wir nur mit Europa die Überwindung des Konstruktes der Nationalstaaten erreichen und uns auf den Weg der Demokratisierung globaler Politik machen können – Gegenwart, weil schon jetzt viele wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, in die wir uns wie selbstverständlich einmischen.

Für uns ist die Bundesrepublik Deutschland eine föderale Ebene der Europäischen Union. Unser Ziel ist ein europäischer Bundesstaat. Für uns hat die Idee Europas Frieden geschaffen auf einem Kontinent, der jahrhundertlang von Kriegen geprägt war. Mit der Erweiterung der EU haben wir endgültig die Zeiten des Kalten Krieges hinter uns gelassen. Doch die EU ist noch lange nicht am Ziel. Die sozialen Unterschiede innerhalb der EU sind zu groß, die aktuelle Struktur ist zu undemokratisch, zu empfänglich für Eingaben von Interessenverbänden und die Grenzpolitik tötet. Doch das bedeutet nicht, dass die GRÜNE

JUGEND Europa aufgibt. Im Gegenteil, es gibt viel zu tun und wir haben Ideen und Forderungen für unser Europa der Zukunft.

Europa darf nicht länger Spielball nationaler Interessen sein, der im Zweifel auch noch als Buhmann erhalten muss, wenn eine unpopuläre Entscheidung getroffen wurde. Deshalb streiten wir für ein weiteres Zusammenwachsen der Wirtschafts- und Finanzsysteme und sehen eine gemeinsame Außenpolitik auch heute schon als notwendig an. Dennoch darf es nicht zu einer weiteren Vergemeinschaftung kommen, ohne dass die demokratische Legitimation gesichert ist. Die Strukturen müssen so umgestaltet werden, dass eine transparente demokratische Kontrolle vorhanden ist. Ein Europäischer Bundesstaat ist für uns der einzige Weg, um dies zu sichern. In diesem soll stets das Subsidiaritätsprinzip gelten, so dass die kommunale Ebene für die Umsetzung vor Ort verantwortlich ist und möglichst viele Entscheidungen auch vor Ort getroffen werden. So ersetzen die Gemeinden und Zusammenschlüsse von Gemeinden die heutigen Nationalstaaten als zentralen Handlungsraum für Politik.

Die Europäische Union ist ein Demokratisierungsmotor für den gesamten Kontinent, diesen Trend wollen wir vorantreiben. Wir bekennen uns zu einem Europa, das offen ist. Offen für den Beitritt aller Staaten, vor allem der Region, die sich zu den Menschenrechten und den Grundsätzen wie Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und der europäischen Demokratie bekennen. Der lange versprochene Beitritt der Türkei muss Wirklichkeit werden. Die weitere Erweiterung um zahlreiche Staaten muss aber notwendigerweise mit einer strukturellen Reform der EU Institutionen einhergehen. Denn noch ist die Gefahr der mangelnden Akzeptanz in der Bevölkerung allgegenwärtig, dies zeigt sich auch an der niedrigen Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP).

Grenzen und nationale Identitäten können vor allem durch Verständigung und Kontakt überwunden und zusammengebracht werden. Durch das immer weiter voranschreitende Zusammenwachsen der Europäischen Union haben viele von uns schon jetzt das Gefühl, zu einem großen Verbund zu gehören. Europa muss weiter in die Jugend investieren und allen jungen Menschen die Möglichkeit geben, an europäischen Projekten und Austausch teilzunehmen. Viel zu häufig stehen jedoch zu Zeit die Angebote durch die gezielte Werbung und sprachlichen Grundvoraussetzungen nur denjenigen jungen Menschen offen, die aus ihrem Elternhaus ohnehin schon überdurchschnittliche Möglichkeiten geboten bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle jungen Menschen auf dem Weg zur Identifikation als WeltbürgerInnen auch als EuropäerInnen fühlen können und ihnen die Möglichkeiten der EU offenstehen. Wir unterstützen unseren europäischen Dachverband, die Federation of Young European Greens (FYEG), darin, europaweite Projekte zu organisieren, voneinander zu lernen und alternative Konzepte für europäische Politik zu entwickeln.

14.1 Europa muss sich ändern, damit es bleibt

Die Europäische Kommission und der Rat sind strukturell so angelegt, dass die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten ihre nationalen Interessen dort einbringen können. Später behaupten sie dann oft, dass unpopuläre Entscheidungen von der EU ausgingen und sie dafür nicht verantwortlich seien. Dies entspricht nicht unserem Anspruch an Europa und würde auch bei einer Erweiterung um zahlreiche Staaten zur Handlungsunfähigkeit der EU führen. Die Europäische Kommission und der Rat sind für uns keine ausreichend demokratisch legitimierte Gremien. Für uns sind politische Interessen keine Interessen von Nationen,

sondern von Menschen. Das Europäische Parlament (EP) als das demokratisch legitimierte Gremium hat zwar durch den Vertrag von Lissabon einen Machtwuchs im Bereich der Mitspracherechte erfahren, doch dies ist noch lange nicht ausreichend. Europa braucht eine effektive, direkte und demokratische Partizipation, eine europäische Öffentlichkeit und eine wirkliche Vertretung der Menschen in den Europäischen Institutionen. Nur so kann diesen Legitimität verliehen werden.

Das Europäische Parlament muss daher schnellstmöglich mit umfassenden Kompetenzen, wie etwa dem Initiativrecht für eigene Gesetzesvorlagen, ausgestattet werden. Des Weiteren wollen wir bei Wahlen auf der europäischen Ebene nicht vermeintlich „nationale KandidatInnen“ wählen. Daher setzen wir uns für ein einheitliches, transnationales Wahlrecht ein. Wir befürworten die Einführung von Europäischen Wahllisten – so kann nationales Denken überwunden werden. Auch die Europäische BürgerInneninitiative muss so ausgestaltet sein, dass mit ihr tatsächlich politische Entscheidungen und Veränderungen herbeigeführt werden können und alle in Europa lebenden Menschen die Möglichkeit haben mit zu entscheiden.

Wir wollen die Europäische Union auch finanziell auf eigene Füße stellen und sie mit Eigenmitteln ausstatten. Seien es eine eigene Steuer oder europäische Staatsanleihen. Nur mit eigenem Geld kann Europa auf Augenhöhe mit den Mitgliedsstaaten an einem Tisch sitzen.

14.2 Für eine europäische Wirtschaftsregierung!

Die Wirtschaftskrise hat uns gezeigt, eine die Staatsgrenzen überschreitende Finanzaufsicht ist dringend notwendig, aber das reicht uns nicht. Wir fordern als ersten Schritt eine gemeinsame Wirtschaftsregierung für die EU. Nicht nur die Einführung des Euro als gemeinsame Währung verlangt das, weder Wirtschaft noch Kapitalmärkte arbeiten heute noch rein national, Unternehmen und Banken handeln längst auf europäischer und globaler Ebene. Wenn wir ihnen etwas entgegensetzen wollen, müssen wir Grenzen und nationale Differenzen hinter uns lassen. Nur so kann es eine effektive finanzpolitische Steuerung und Kontrolle im europäischen Raum und damit eine zukunftsfähige EU geben. Dennoch darf es nicht zu einer weiteren Vergemeinschaftung kommen, ohne dass die demokratische Legitimation gesichert ist. Die Strukturen müssen so umgestaltet werden, dass eine transparente demokratische Kontrolle vorhanden ist. Die Verbreitung des Euros als gemeinsame Währung wollen wir trotz der damit einhergehenden Schwierigkeiten vorantreiben, da er ein monetär grenzenloses Europa schafft.

Zu einer europäischen Wirtschaftsregierung mit gemeinsamer Währung gehört auch eine engere finanz- und haushaltspolitische Absprache und gegenseitige Kontrolle. Hier muss das europäische Parlament mehr Kompetenzen bekommen und Mitgliedsstaaten zur Verantwortung ziehen können, um zu vermeiden, dass es erneut zu Situationen kommt wie Mitte 2010, als die EU Griechenland vor einem Staatsbankrott retten musste.

14.3 Ein Raum der Solidarität in Europa

Obwohl die EU aus einer Wirtschaftsunion entstanden ist, regelt sie inzwischen weit mehr als nur wirtschaftliche Zollfreiheit innerhalb eines Binnenmarktes. Doch sie hat noch keinen Weg gefunden, das gefährlich voranschreitende Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich aufzuhalten. Wir wollen ein soziales und gerechtes Europa, in dem ArbeitnehmerInnen und

Gewerkschaften unterschiedlicher Mitgliedsstaaten nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern eine länderübergreifende Sozialpolitik. Wir streiten für klare soziale Richtlinien und einen gemeinsamen Mindestlohn. Genauso fordern wir flächendeckende soziale Mindeststandards sowie die Möglichkeit überall in Europa Sozialleistungen zu beziehen. Zudem müssen die Reichen Europas konsequent in die Pflicht genommen werden und ihnen darf nicht die Möglichkeit gegeben werden, ihr Finanzkapital in andere Staaten zu verschieben, um sich so ihrer Beitragspflicht und Verantwortung zu entziehen.

Wir reisen umher, studieren und arbeiten in unterschiedlichsten Städten oder kommunizieren mit FreundInnen auf der ganzen Welt. Leider bleibt diese Freiheit vielen Menschen auf der Welt verwehrt. Jeder Mensch soll dort leben, lernen und arbeiten können, wo er oder sie will! Dazu gehört auch, dass überall faire Arbeitsbedingungen gelten: Europaweite soziale Mindeststandards müssen gewährleisten, dass jeder Mensch gleich behandelt wird. Auch hier ist Europa für uns ein Schritt in die richtige, in die globale Richtung. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) zum Beispiel ist eine wichtige Instanz, um Gerechtigkeit in Europa durchzusetzen. Kein Mensch darf aufgrund seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner sexuellen Orientierung oder seiner Religion diskriminiert werden.

14.4 Ene mene mein, dein, sein, natürlich darf hier jedeR rein

Die EU muss eine Einwanderungspolitik entwerfen, die alle Menschen mit offenen Armen empfängt und ihnen die Möglichkeiten und Unterstützung zum Einstieg in unsere Gesellschaften bietet. Mittelfristig muss es zumindest gemeinsame EU Außenvertretungen mit einer einheitlichen liberalen Visapolitik geben. Es kann nicht sein, dass die persönlichen Rassismen von Konsularbeamten und verschiedenen Botschaften über die Zukunft und das Leben einzelner entscheiden und die Menschen auf einen Spießbrutenlauf von einer europäischen Botschaft zur nächsten geschickt werden, in der Hoffnung irgendwo ein Einreisevisum für den Schengenraum zu erhalten.

Statt sich nach dem Motto „Ene, mene, mein, niemand kommt hier rein!“ abzuschotten und an ihren Außengrenzen eine menschenunwürdige tödliche Politik zu betreiben, muss die EU zum einen endlich das Menschenrecht auf Asyl beachten. Zum anderen muss es langfristig insgesamt einen Wandel in der Einwanderungspolitik geben, der Asylrecht überflüssig macht, weil es allen ist erlaubt einzureisen. Durch nachhaltige Umverteilungs- und Friedenspolitik können Flüchtlingsbewegungen überflüssig werden.

Abschiebungen jeder Art lehnen wir ab. Wir wollen keine EU, die sich auf ihrem hohen Lebensstandard ausruht und diesen mit Zähnen und Klauen verteidigt, indem sie sich gegen alles und jeden abschottet. Die Grenzschutzagentur FRONTEX muss endlich abgeschafft werden. Eine Grenzarmee, die die Achtung der Menschenrechte schon lange über Bord ihrer im Mittelmeerraum patrouillierenden Schiffe geworfen hat und für die das Leben anderer Menschen keinen Wert hat, darf unter keinen Umständen Teil unserer EU sein. Jedes „Aufbewahren“ von Menschen in Lagern ist menschenverachtend, muss verurteilt und endlich beendet werden.

14.5 Auf zum globalen Frieden

Im Überwinden von nationalstaatlichen Interessen sehen wir eine einmalige Möglichkeit, sich für globalen Frieden einzusetzen. Daher muss Europa seine zivilen Mittel ausbauen.

Friedensdienste, diplomatische Initiativen und Aufbauhilfen für von Krisen gezeichnete Regionen sind sinnvolle und wichtige Instrumente, bei denen die Europäische Union und der Europarat einen großen Erfahrungsschatz haben. Militärische Operationen der EU sind für uns, wenn überhaupt, dann nur im Rahmen der Vereinten Nationen und mit Zustimmung des Europäischen Parlaments legitim.

Mit zunehmender Sorge beobachten wir allerdings die schrittweise Unterordnung ziviler Mittel unter militärische Strukturen und Logiken. Die Europäische Union muss sich gerade als Friedensmacht von militärischen Lösungen emanzipieren und verabschieden. Dazu gehört auch eine beschleunigte europaweite Abrüstung – global kann Europa hier eine VorreiterInnenrolle einnehmen. Wir setzen uns für ein sofortiges Ende der Stationierung von Atomwaffen auf europäischem Boden ein!

V OUTRO

Die GRÜNE JUGEND strebt nach grundsätzlicher Veränderung unserer Gesellschaft, unseres Wirtschaftssystems und unseres politischen Systems. Wir sind überzeugt, dass wir durch unser Handeln zu vielen kleinen Verbesserungen beitragen können, und dass diese Verbesserungen uns auf dem Weg zu grundsätzlicher Veränderung weiterbringen. Wir gehen in die Institutionen, beschäftigen uns mit der Verfassung, den Gesetzen, den Geldflüssen, beteiligen uns an Verfahren und machen Wahlkampf. Diese Dinge bestimmen unser Leben mit. Sie können unterdrücken und blockieren oder aber Veränderungen zulassen und beschleunigen. Deshalb mischen wir uns ein. Unsere Verbundenheit mit der grünen Partei ist dabei sehr hilfreich. Doch wir sind kein Anhängsel der Partei, sondern eine eigenständige Akteurin im linken Spektrum – mit eigenen Methoden, Zielen und Bündnissen.

Wir wollen Veränderung von unten. Wir demonstrieren, blockieren und beteiligen uns an Aktionen. Wir sehen die Organisation und Teilnahme an Demonstrationen und politischen Aktionen als essentiellen Bestandteil unserer politischen Arbeit und als legitime Möglichkeit unsere Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sehen uns als Teil einer aktiven Zivilgesellschaft und arbeiten auf den verschiedensten Ebenen mit Organisationen und Bewegungen zusammen. Wir gehen mit unserer Meinung auf die Straße, veranstalten Demonstrationen gegen Naziaufmärsche, blockieren den Castor, boykottieren genveränderte Lebensmittel, besetzen Felder, protestieren gegen Studiengebühren, streiten für eine menschliche Asylpolitik und eine friedliche Welt. Wir machen von unserem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch und schrecken im Zweifelsfall auch vor zivilem Ungehorsam nicht zurück. Dabei begleitet uns ein gewaltfreier Grundkonsens. Unser Engagement richtet sich nach außen, wir wollen informieren und Menschen wachrütteln. Wir unterstützen Menschen, die Dinge selbst in die Hand nehmen wollen, anstatt zu warten, bis es andere für sie tun.

Wir wollen Veränderung von innen. Wir bilden uns selbst und reflektieren unser Verhalten. Wir gendern unsere Sprache, gehen unserem eigenen Rassismus auf die Spur und experimentieren mit uns selbst. Gerade in gesellschaftspolitischen Fragen ist es wichtig, wie die Einzelnen handeln, da Veränderungen in den Handlungen der Einzelnen zwar keine Garantie, aber eine Voraussetzung für gesamtgesellschaftliche Veränderungen sind. Unser Engagement in allen Politikfeldern und auf allen Ebenen ist kein blinder Aktionismus. Wir streben konkrete Veränderungen an, weil wir wollen, dass es den Menschen gut geht. Wir kämpfen für Solidarität und Chancengleichheit und wollen Freiräume schaffen, in denen Menschen sich entfalten können.

Willst du die Umwelt und das Klima schützen, die Welt, die Gesellschaft oder auch nur den ungerechten Zustand in deinem Ort verändern, dann warte nicht auf morgen, sondern streite mit uns heute schon, denn Veränderung ist möglich, wenn wir gemeinsam in der GRÜNEN JUGEND dafür kämpfen.

Bringen wir die Verhältnisse zum Tanzen!